



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

08 | 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Baugewerbe 2022

Zweiter Bildungsweg

Verfügbares Einkommen



Fotonachweis

Titelfoto: © gopixa – stock.adobe.com

Die nominalen Umsätze und Auftragseingänge im Baugewerbe stiegen 2022 deutlich an. Die Zuwächse gingen jedoch mit kräftig steigenden Preisen für Baustoffe und Bauleistungen einher. Die Zahl der Baugenehmigungen ging im vergangenen Jahr um zehn Prozent zurück. Sie ist ein wichtiger Frühindikator zur Einschätzung der Baukonjunktur, da sie über die zukünftige Bauaktivität Auskunft gibt.

08 | 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell	471
Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Preise ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Verkehr ■ Finanzen	
Verbraucherpreise	486
Rheinland-Pfalz in Karten: Gewerbeanmeldungen 2022	487
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022 – Anstieg der nominalen Umsätze und Auftragseingänge im Baugewerbe, Zahl der Baugenehmigungen rückläufig	488
Der zweite Bildungsweg: Angebote sowie geschlechter- und herkunftsspezifische Unterschiede	494
Die langfristige Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	509
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	521
Neuerscheinungen	536

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Leichter Anstieg der Industrieproduktion im Mai

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Mai 2023 zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte stieg der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht um 0,4 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen legte der Güterausstoß zu. Die Investitionsgüterproduzenten sowie die Hersteller von Konsumgütern erhöhten die Produktion gegenüber dem Vormonat um jeweils 1,5 Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie verringerte sich die Ausbringung dagegen um 0,9 Prozent.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verzeichnete lediglich die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie einen Anstieg des Güterausstoßes. In der Branche, die zur Investitionsgüterindustrie zählt und gemessen an den Umsätzen der zweitgrößte Industriezweig ist, nahm der Output im Mai 1,5 Prozent zu. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, drosselte ihre Produktion hingegen um 1,3 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, lag der Güterausstoß 0,6 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2023				Jan bis Mai 2023	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Apr 2023		Mai 2022		Jan bis Mai 2022	
Entwicklung der Produktion						
Industrie	0,4 %	↗	-9,4 %	↓	-8,3 %	↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,9 %	↘	-12,7 %	↓	-14,2 %	↓
Investitionsgüterproduzenten	1,5 %	↗	-0,6 %	↘	5,0 %	↗
Konsumgüterproduzenten	1,5 %	↗	-12,7 %	↓	-10,0 %	↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-1,3 %	↘	-19,6 %	↓	-22,8 %	↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,5 %	↗	-4,9 %	↓	7,1 %	↗
Maschinenbau	-0,6 %	↘	-2,7 %	↓	1,7 %	↗
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	2,4 %	↗	-22,6 %	↓	-29,7 %	↓
Inland	6,2 %	↗	-19,2 %	↓	-33,1 %	↓
Ausland	-0,1 %	↘	-24,8 %	↓	-27,2 %	↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,6 %	↓	-31,9 %	↓	-30,3 %	↓
Investitionsgüterproduzenten	4,0 %	↗	-12,9 %	↓	-29,8 %	↓
Konsumgüterproduzenten	14,1 %	↗	-21,8 %	↓	-27,9 %	↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-8,7 %	↓	-44,0 %	↓	-41,0 %	↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4,1 %	↗	-24,8 %	↓	-45,3 %	↓
Maschinenbau	3,2 %	↗	-3,5 %	↓	-14,0 %	↓

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist ein deutlicher Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen. Die Ausbringung war im Mai 2023 um 9,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Der

Output der Vorleistungsgüterindustrie ging deutlich zurück; das ist auf den verringerten Güterausstoß der Chemieindustrie zurückzuführen. Ähnlich schwach entwickelte sich die

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





Konsumgüterindustrie. Die Produktionsleistung der Investitionsgüterproduzenten nahm trotz Rückgängen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie im Maschinenbau gegenüber dem Vorjahresmonat nur leicht ab.

Auftragseingänge in der Industrie steigen im Mai

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Mai 2023 höher als im Vormonat. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 2,4 Prozent. Die Zunahme ist auf das florierende Inlandsgeschäft zurückzuführen (+6,2 Prozent); das Ordervolumen aus dem Ausland blieb nahezu unverändert (-0,1 Prozent).

Die drei industriellen Hauptgruppen zeigen ein uneinheitliches Bild: Den Zuwächsen in der Konsumgüterindustrie (+14 Prozent) und in der Investitionsgüterindustrie (+4 Prozent) stand ein Rückgang der bereinigten Auftrags-eingänge in der Vorleistungsgüterindustrie gegenüber (-3,6 Prozent).

Die Einbußen in der Vorleistungsgüterindustrie sind insbesondere auf die Entwicklung in der Chemieindustrie zurückzuführen. Bei den Herstellern chemischer Erzeugnisse gingen im Mai 8,7 Prozent weniger Bestellungen ein als im Vormonat. In den beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie stieg die Nachfrage hingegen: Das Ordervolumen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteilein-

dustrie erhöhte sich um 4,1 Prozent. Der Maschinenbau erhielt 3,2 Prozent mehr Aufträge als im April.

Trotz des kurzfristigen Anstiegs der bereinigten Auftragseingänge ist im Vergleich zum Vorjahresmonat ein deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Industrieprodukten zu verzeichnen. Die Bestellungen waren im Mai 2023 um 23 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen wesentlich schlechter als im Vorjahresmonat. Zur Verringerung des Ordervolumens trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftrags-eingänge zum Teil deutlich unter dem Niveau von Mai 2022; am höchsten waren die Einbußen in der Chemieindustrie mit -44 Prozent.

Industriebetriebe erzielen weniger Umsätze

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in den ersten fünf Monaten 2023 weniger Umsatz als im Vergleichszeitraum 2022. Vor allem die Rückgänge in der Pharmazeutischen Industrie sowie der Chemischen Industrie beeinflussten diese Entwicklung maßgeblich. Die Umsätze lagen von Januar bis Mai 2023 trotz allgemein steigender Preise 7,3 Prozent unter denen des Vergleichszeitraums des Vorjahres (Deutschland: +5,6 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich dagegen um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

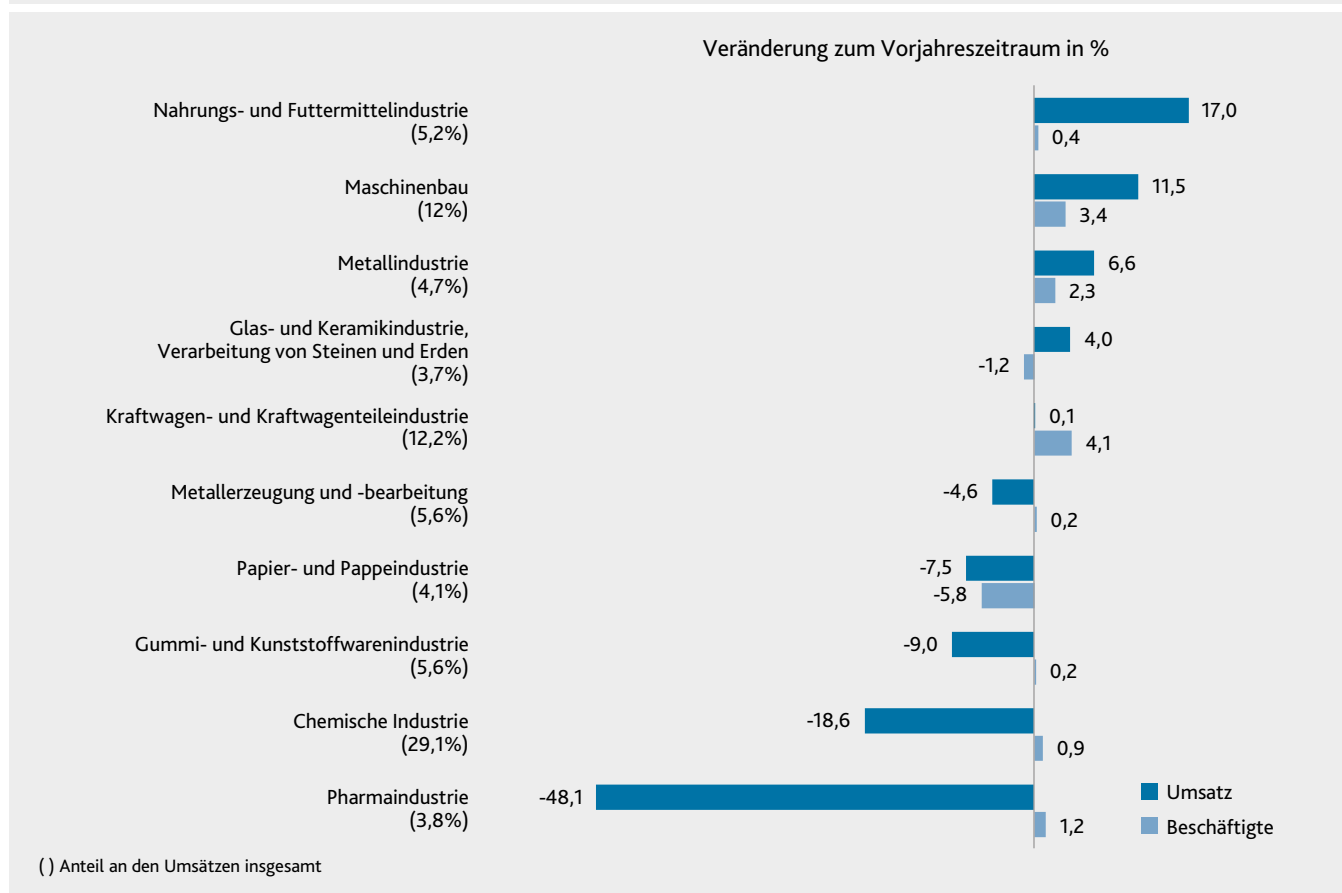
Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe in den ersten fünf Monaten 45,1 Milliarden Euro. Die Auslandsnachfrage nach rheinland-pfälzischen Gütern sank um 5,6 Prozent auf 25,4 Milliarden Euro. Die Inlandsumsätze gingen um 9,5 Prozent zurück. Die Exportquote betrug 56,4 Prozent (+1 Prozentpunkt). Zum Vergleich: In Deutschland stiegen die Umsätze aus dem Ausland um 8,1 Prozent und die aus dem Inland um drei Prozent; die Exportquote lag bei 51,4 Prozent (+1,2 Prozentpunkte).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten Umsatzeinbußen gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2022. Die höchsten Verluste gab es mit -48 Prozent in der Pharmaindustrie. Die Chemische Industrie – gemessen am Umsatz der bedeutendste Industriezweig – erwirtschaftete 19 Prozent weniger. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lagen die Umsätze in etwa auf Vorjahresniveau (+0,1 Prozent). Höhere Erlöse verzeichneten dagegen der Maschinenbau sowie die Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+12 bzw. +17 Prozent).

Die Industriebetriebe beschäftigten in den ersten fünf Monaten 261000 Arbeitskräfte; das waren rund 3800 mehr als im Vergleichszeitraum 2022 (+1,5 Prozent). Acht der zehn umsatzstärksten Branchen meldeten höhere bzw. weitestgehend gleichbleibende Beschäftigtenzahlen. Die größten Zunahmen gab es im Maschinenbau sowie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+3,4 bzw. +4,1 Prozent). Die Papier-



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Mai 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



und Pappehersteller reduzierten dagegen die Belegschaft um 5,8 Prozent.

Der Umsatz in den Industriebetrieben belief sich im Mai 2023 auf 8,9 Milliarden Euro und lag damit rund eine Milliarde Euro niedriger als im Mai 2022 (–10 Prozent). Die Umsätze aus dem Inland gingen 9,9 Prozent, die aus dem Ausland zehn Prozent zurück. In Deutschland wurden 1,2 Prozent höhere Umsätze erzielt. Die Erlöse aus dem Inland sanken um 2,6 Prozent, während die aus dem Ausland um fünf Prozent stiegen. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,1 Prozent

auf 261000 Personen zu (Deutschland: +1,4 Prozent).

Ausgewiesen werden die nominalen Umsätze, d. h. eine Preisbereinigung erfolgt nicht.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im Mai

Bei den Betrieben des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes gingen im Mai 2023 mehr neue Aufträge ein als im Vormonat. Der Wert der Bestellungen stieg kalender- und saisonbereinigt um 5,2 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze nahmen im Mai 3,5 Prozent zu.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich bei den Auftragseingängen in jeweiligen Preisen ein kräftiges Minus von 18 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze waren dagegen 6,4 Prozent höher als im Mai 2022. Preisbereinigte Angaben zu Bestellungen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – das heißt um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Im Hochbau sank das Ordervolumen im Mai gegenüber dem Vormonat um

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Mai 2023		Jan bis Mai 2023
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Apr 2023	Mai 2022	Jan bis Mai 2022
Auftragseingang	5,2 % ↑	-18,1 % ↓	3,3 % ↑
Hochbau insgesamt	-4,0 % ↓	-14,4 % ↓	5,0 % ↑
Wohnungsbau	-19,8 % ↓	-42,2 % ↓	-30,2 % ↓
gewerblicher Hochbau	-6,9 % ↓	1,4 % ↗	37,3 % ↑
öffentlicher Hochbau	35,6 % ↑	0,7 % ↗	-7,5 % ↓
Tiefbau insgesamt	13,0 % ↑	-20,6 % ↓	1,9 % ↗
gewerblicher Tiefbau	41,7 % ↑	70,2 % ↑	51,6 % ↑
Straßenbau	1,6 % ↗	-58,6 % ↓	-24,8 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,9 % ↗	34,4 % ↑	13,0 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	3,5 % ↑	6,4 % ↑	5,3 % ↑
Hochbau insgesamt	7,7 % ↑	6,0 % ↑	4,4 % ↑
Wohnungsbau	10,1 % ↑	-1,3 % ↓	1,3 % ↗
gewerblicher Hochbau	5,5 % ↑	9,7 % ↑	10,5 % ↑
öffentlicher Hochbau	8,3 % ↑	18,2 % ↑	-3,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	-0,3 % ↓	6,7 % ↑	6,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	0 % →	15,9 % ↑	17,5 % ↑
Straßenbau	4,2 % ↑	5,2 % ↑	3,9 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-7,7 % ↓	0,7 % ↗	-0,6 % ↓

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

vier Prozent. Ein wesentlicher Grund war der Rückgang der Auftragseingänge im Wohnungsbau (-20 Prozent). Auch der gewerbliche Hochbau verbuchte weniger neue Bestellungen als im April (-6,9 Prozent). Lediglich im sogenannten öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst, nahm das Ordervolumen um 36 Prozent zu. Die Betriebe des Tiefbaus erhielten im Mai mehr neue Aufträge als im Monat zuvor (+13 Prozent). Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen im gewerblichen Tiefbau (+42 Prozent). Im sonstigen öffentlichen Tiefbau und im Straßen-

bau fiel das Wachstum geringer aus (+1,9 bzw. +1,6 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Auftragseingänge im Hochbau um 14 Prozent und im Tiefbau um 21 Prozent.

Das Umsatzwachstum gegenüber dem Vormonat ist vor allem auf die positive Entwicklung im Hochbau zurückzuführen. Die baugewerblichen Erlöse des Hochbaus nahmen im Mai um 7,7 Prozent zu. Alle Teilbereiche des Hochbaus erwirtschafteten ein Umsatzplus. Im Wohnungsbau stiegen die Erlöse um zehn Prozent. Der öffentliche Hochbau und der gewerbliche Hochbau setzten 8,3 bzw.

5,5 Prozent mehr um als im April. In den Teilbereichen des Tiefbaus entwickelten sich die Umsätze im Mai unterschiedlich. Insgesamt sanken die Erlöse leicht um 0,3 Prozent. Einem Umsatzrückgang im sonstigen öffentlichen Tiefbau (-7,7 Prozent) stand ein Zuwachs im Straßenbau gegenüber (+4,2 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau blieben die Umsätze nahezu unverändert.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Umsätze in jeweiligen Preisen im Hochbau um sechs Prozent. Im Tiefbau nahmen sie um 6,7 Prozent zu.

Bruttoinlandsprodukt steigt 2021 in allen Kreisen

Nach dem pandemiebedingten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 wurde in Rheinland-Pfalz 2021 ein Rekordwachstum erzielt. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen stieg in allen Verwaltungsbezirken – teils sehr kräftig. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen erhöhte sich in den kreisfreien Städten mit +22 Prozent deutlich stärker als in den Landkreisen (+5,8 Prozent).

Der kräftige Anstieg der Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten ist vor allem auf das außergewöhnlich hohe Wachstum in der kreisfreien Stadt Mainz zurückzuführen (+80 Prozent). Dort profitierten einzelne Branchen von der Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes gegen das Coronavirus. Erst mit großem Abstand folgen der Landkreis Germersheim

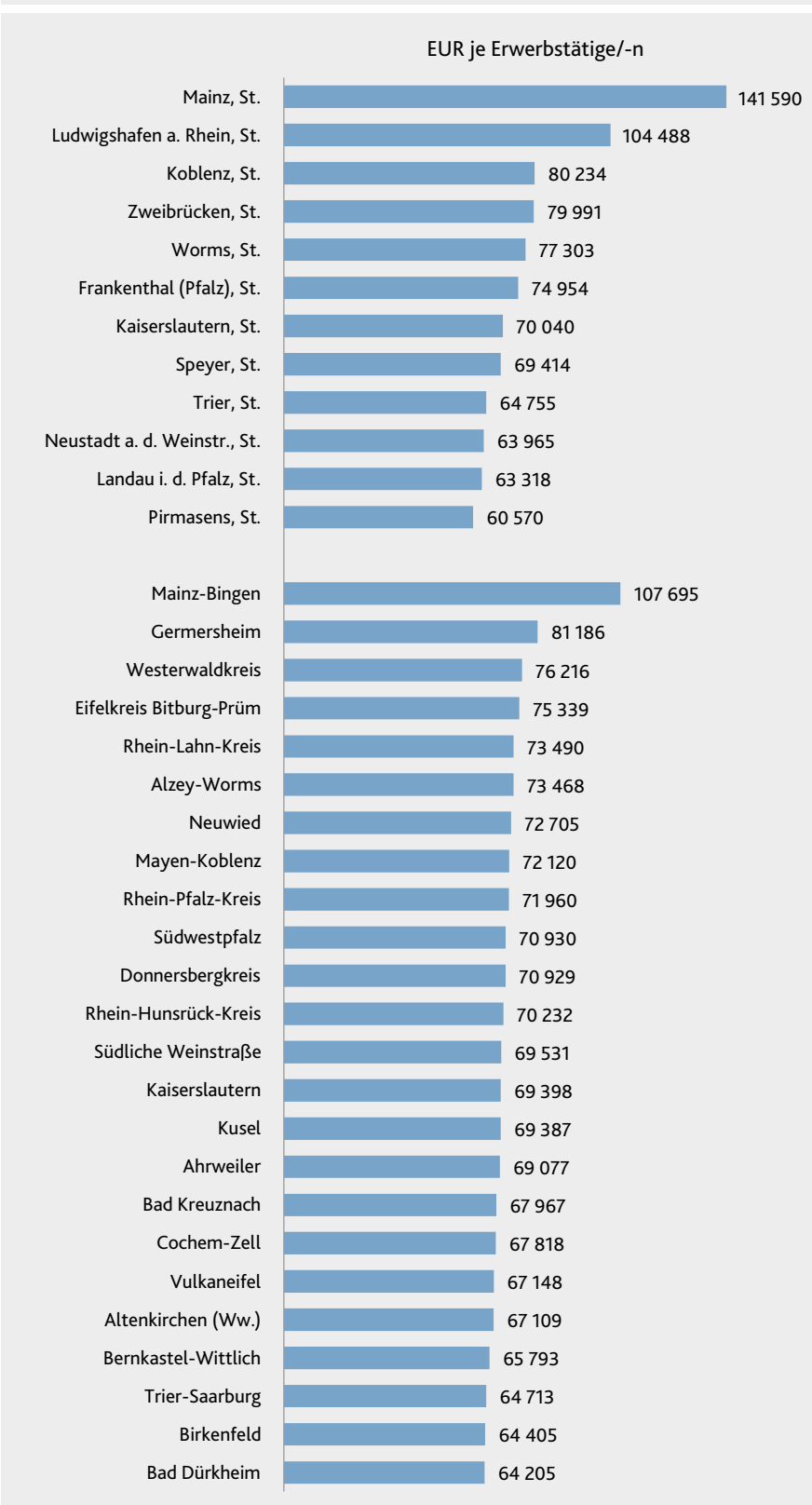


und die kreisfreie Stadt Zweibrücken mit +15 bzw. +13 Prozent. Vergleichsweise schwach stieg das Bruttoinlandsprodukt in der kreisfreien Stadt Trier mit +1,2 Prozent und dem Landkreis Mayen-Koblenz mit +1,9 Prozent.

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich 2021 auf 162,2 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr errechnet sich ein nominales Wachstum von zwölf Prozent; das ist die höchste Veränderungsrate seit vergleichbare Ergebnisse für die Wertschöpfung vorliegen. Ein Großteil der Wirtschaftsleistung wurde in den Landkreisen (57 Prozent) erstellt, auf die kreisfreien Städte entfielen 43 Prozent. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten mehr als ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Dabei entfällt allein auf die kreisfreie Stadt Mainz ein Anteil von 14 Prozent. Die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – erwirtschafteten weniger als ein Fünftel des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – stieg 2021 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um zwölf Prozent auf 80 100 Euro. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 91 700 Euro deutlich über dem Wert der Landkreise (73 200 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird aller-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2021





dings maßgeblich von den Städten Mainz und Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je erwerbstätige Person mit 141 600 bzw. 104 500 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Beide Städte liegen schon lange über dem Durchschnittswert von Rheinland-Pfalz, wobei die kreisfreie Stadt Mainz aufgrund der Sonderentwicklung 2021 erstmals den Spitzenplatz einnimmt und die landesdurchschnittliche Arbeitsproduktivität beträchtlich anhebt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 107 700 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person auf. Die niedrigste Produktivität wurde im Vergleich der kreisfreien Städte in Pirmasens mit 60 600 Euro und im Vergleich der Landkreise in Bad Dürkheim mit 64 200 Euro registriert.

In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wirtschaftsleistung: Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 63 Prozent und in den kreisfreien Städten 71 Prozent der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Mainz, Neustadt, Koblenz und Landau lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von rund 62 bzw. 52 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei rund 67 Prozent, der Anteil des Produzie-

renden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung betrug durchschnittlich knapp ein Drittel.

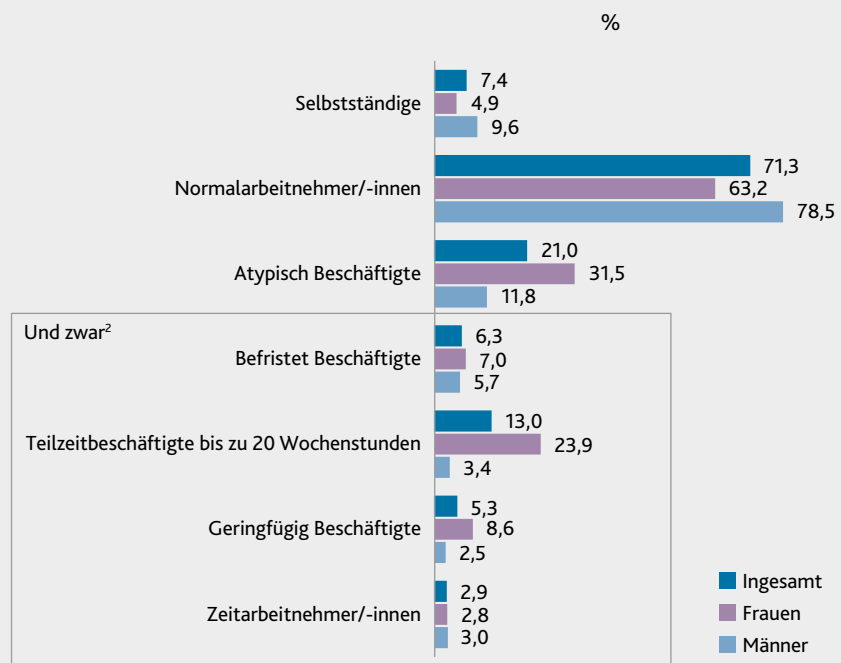
In der langfristigen Betrachtung entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen meist besser als in den kreisfreien Städten. Im Jahr 2020 war der Zuwachs gegenüber 2000 in den Landkreisen mit +64 Prozent mehr als 20 Prozentpunkte höher als in den kreisfreien Städten. Aufgrund des Rekordwachstums in Mainz im Jahr 2021 liegen kreisfreie Städte und Landkreise in der langfristigen Betrachtung gegenüber 2000 nun mit einem Plus von 73 Prozent erstmals gleichauf.

Am stärksten legte die nominale Wirtschaftsleistung langfristig mit +155 Prozent in der kreisfreien Stadt Mainz zu, gefolgt von den Landkreisen Mainz-Bingen (+133 Prozent) und Germersheim (+106 Prozent). In der kreisfreien Stadt Pirmasens und im Landkreis Kusel nahm das Bruttoinlandsprodukt seit 2000 dagegen nur um 31 bzw. 32 Prozent zu. Zu beachten ist, dass die nominalen Veränderungsraten durch Preisniveauveränderungen beeinflusst sind.

Ein Fünftel der Erwerbstätigen ist 2022 atypisch beschäftigt

Im Jahr 2022 waren in Rheinland-Pfalz 21 Prozent der rund 1,8 Millio-

Kernerwerbstätige¹ 2022 nach Geschlecht und Erwerbsformen



¹ Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren einschließlich mithelfende Familienangehörige, ohne Personen in Bildung, Ausbildung oder im freiwilligen Wehrdienst/Bundesfreiwilligendienst. – 2 Angaben lassen sich nicht zum Gesamtanteil der atypisch Beschäftigten aufsummieren, da sich die Gruppen überschneiden.

Quelle: Erstergebnisse des Mikrozensus 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten



nen Erwerbstätigen in ihrer Haupttätigkeit atypisch beschäftigt. Wie auf Basis von Erstergebnissen des Mikrozensus 2022 ermittelt wurde, waren das etwa 385 000 Personen. Zu den atypisch Beschäftigten zählen Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Arbeitsstunden je Woche, befristet oder geringfügig Beschäftigte sowie Angestellte bei Zeitarbeitsfirmen.

Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der atypisch Beschäftigten in Rheinland-Pfalz waren Frauen. Während mit 32 Prozent nahezu jede dritte erwerbstätige Frau einer atypischen Beschäftigung nachging, waren es bei den Männern nur zwölf Prozent. Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Frauen in atypischer Beschäftigung war vor allem auf einen hohen Anteil an Teilzeitarbeit zurückzuführen: 24 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiteten in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis mit bis zu 20 Wochenstunden. Bei den Männern lag dieser Anteil bei 3,4 Prozent. Auch waren erwerbstätige Frauen mit einem Anteil von 8,6 Prozent häufiger geringfügig beschäftigt (z. B. sogenannter Minijob) als Männer mit 2,5 Prozent.

In einem Normalarbeitsverhältnis waren im Jahr 2022 insgesamt 1,3 Millionen Erwerbstätige und damit 71 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz tätig. Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis verstanden, das in Vollzeit oder in Teilzeit mit über 20 Wochenstunden und unbefristet ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet zudem direkt in

dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat. Von den erwerbstätigen Männern befanden sich 78 Prozent (767 000 Personen) in einem Normalarbeitsverhältnis. Bei den erwerbstätigen Frauen waren es 63 Prozent (541 000 Personen).

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2022 bei 7,4 Prozent (136 000 Personen). Auch hier gibt es Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Mit 94 000 (9,6 Prozent) waren mehr als doppelt so viele Männer selbstständig wie Frauen (42 000; 4,9 Prozent).

Betrachtet werden hier nur sogenannte Kernerwerbstätige. Hierunter werden Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren verstanden, die sich nicht in schulischer oder beruflicher Bildung bzw. Ausbildung oder in einem Freiwilligendienst bzw. im freiwilligen Wehrdienst befinden. Neben den abhängig Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen bzw. in atypischer Beschäftigung zählen hierzu auch Selbstständige und mit helfende Familienangehörige. Bei den Merkmalen atypischer Beschäftigung können Mehrfachzählungen vorkommen, beispielsweise wenn eine Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenstunden im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt wird.

Mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahreszeitraum

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe meldeten in den ersten fünf Monaten 2023 deutlich mehr Gäste

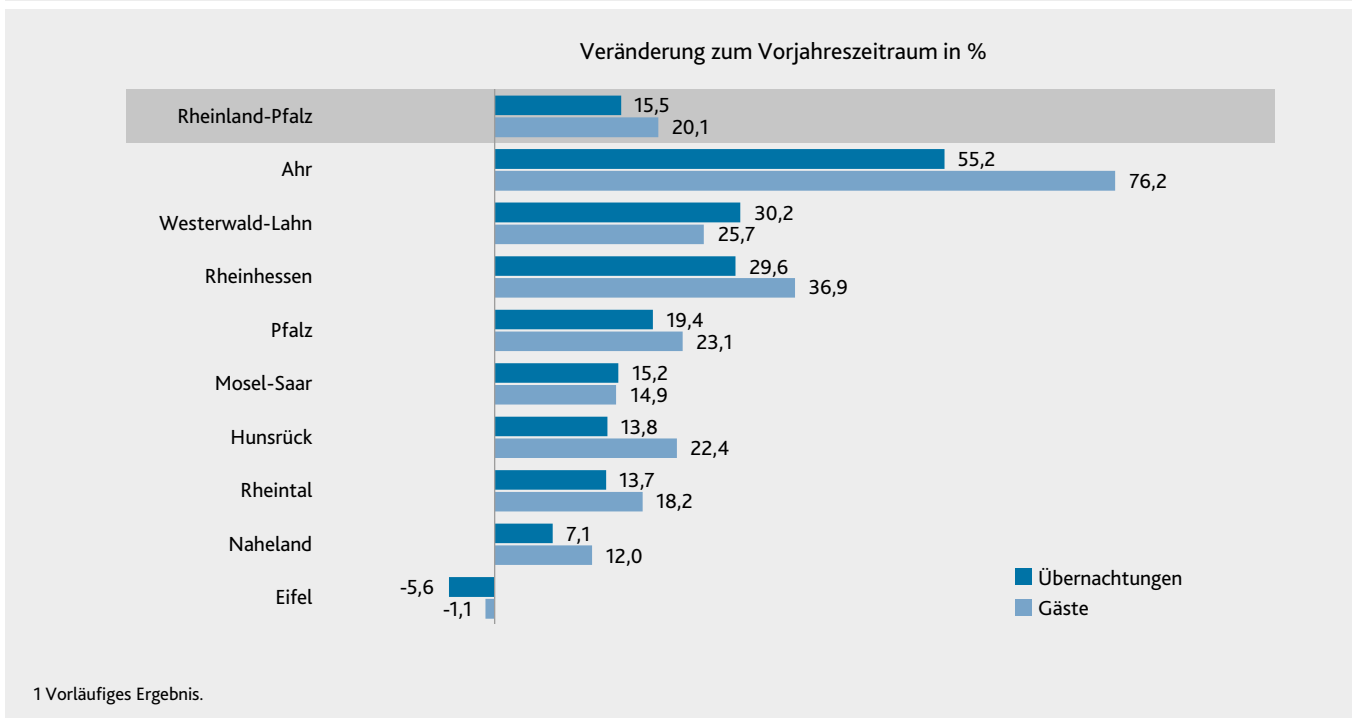
und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Mai kamen 2,9 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz (+20 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 16 Prozent auf 7,4 Millionen. Die Zahl der Gäste und Übernachtungen lag allerdings immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau der ersten fünf Monate 2019 (–5 bzw. –0,6 Prozent).

Im Mai 2023 übertrafen die Gäste- und Übernachtungszahlen erstmalig das Vorkrisenniveau von Mai 2019: Rund 928 000 Gäste besuchten Rheinland-Pfalz und buchten insgesamt 2,4 Millionen Übernachtungen (+0,5 bzw. +9,3 Prozent).

Acht der neun Tourismusregionen verbuchten im Zeitraum Januar bis Mai 2023 mehr Gäste und Übernachtungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der gemessen am Übernachtungsaufkommen beliebtesten Region Pfalz stieg die Zahl der Gäste um 23 Prozent und die der Übernachtungen um 19 Prozent. Im zweitplatzierten Reisegebiet Mosel-Saar lag der Zuwachs bei je 15 Prozent. Deutliche Anstiege bei den Übernachtungszahlen erzielten mit je +30 Prozent die Gebiete Rheinhessen und Westerdal-Lahn (Gäste: +37 bzw. +26 Prozent). Vorübergehende Betriebs-schließungen führten in der Eifel zu rückläufigen Gäste- und Übernachtungszahlen (–1,1 bzw. –5,6 Prozent). Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Vorjahr aufgrund der Flutkatastrophe im Juli 2021 registrierte das Ahrtal die höchsten Zuwächse (Gäste: +76 Prozent; Übernachtun-



Übernachtungen und Gäste von Januar bis Mai 2023¹ nach Tourismusregionen



gen: +55 Prozent). Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 lagen hier die Gäste- und Übernachtungszahlen um 52 bzw. 54 Prozent niedriger.

In neun der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Deutliche Zuwächse verbuchten die Hotels garnis mit +30 Prozent. Noch höher lagen die Zunahmen, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau, bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie den Jugendherbergen und Hütten (+38 bzw. +32 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten 18 Prozent mehr Übernachtungen. Die Rückgänge bei den Ferienzentren (-20 Prozent) sind unter anderem auf vorübergehende Reduzierungen des Angebots zurückzuführen.

Rund 2,4 Millionen der Gäste kamen aus dem Inland (+20 Prozent). Diese buchten rund sechs Millionen Übernachtungen (+14 Prozent). Aus dem Ausland besuchten 484 000 Gäste Rheinland-Pfalz; das war ein Anstieg um 28 Prozent. Deren Zahl der Übernachtungen betrug 1,3 Millionen (+22 Prozent).

Handwerk im ersten Quartal mit nominalem Umsatzzuwachs

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte in den ersten drei Monaten 2023 – auch unter dem Einfluss der gestiegenen Preise – nominal mehr Umsätze als im Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Angaben erwirtschafteten die Handwerksbetriebe von Januar bis März 2023 nominal, also

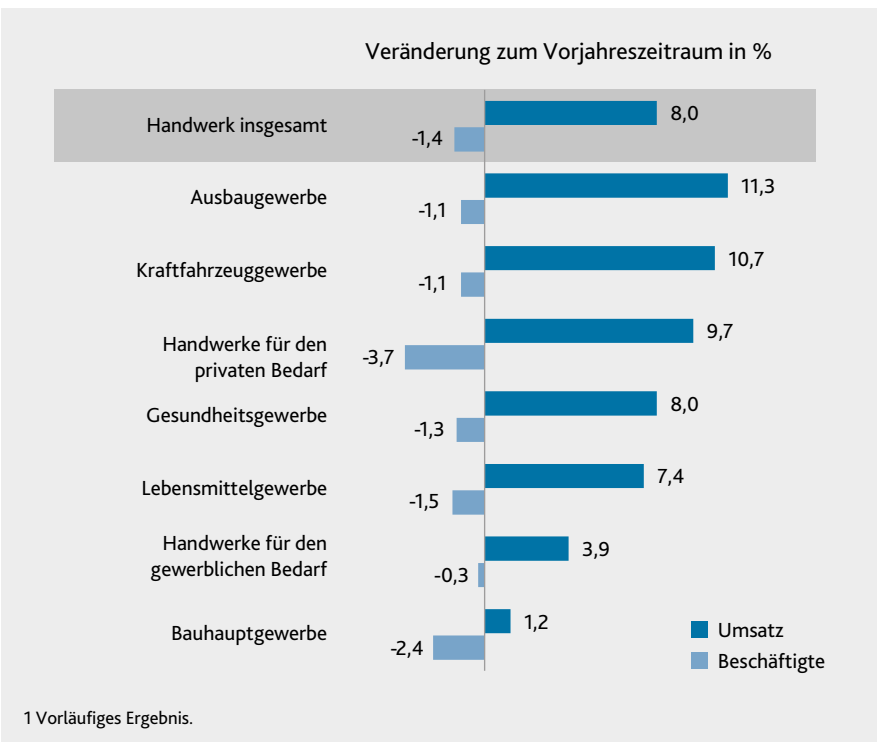
ohne Berücksichtigung der Preisanstiege, acht Prozent höhere Erlöse (Deutschland: +9,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm dagegen um 1,4 Prozent ab (Deutschland: -0,9 Prozent).

Alle Gewerbegruppen setzten mehr um als in den ersten drei Monaten 2022. Zweistellige Zuwachsraten gab es im Ausbaugewerbe sowie Kraftfahrzeuggewerbe (beide +11 Prozent). Das Bauhauptgewerbe erzielte einen Zuwachs um 1,2 Prozent.

Der Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,4 Prozent ab. Mit einem Minus von 3,7 bzw. 2,4 Prozent reduzierten die Handwerke für den privaten Bedarf sowie das Bauhauptgewerbe ihr Personal am deutlichsten. Die gerings-



Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2023¹ nach Gewerbegruppen



ten Rückgänge gab es bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (-0,3 Prozent).

Schnittkäse und Brot teurer – Butter und Sonnenblumenöl wieder günstiger

Die Verteuerung von Nahrungsmitteln trug in den vergangenen Monaten erheblich zum Anstieg des Verbraucherpreisindex bei. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in Rheinland-Pfalz lagen im Juli 2023 zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Verbraucherpreisindex insgesamt erhöhte sich gegenüber Juli 2022 um 6,1 Prozent; fast ein Fünftel dieses Anstiegs ist auf die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln zurückzuführen.

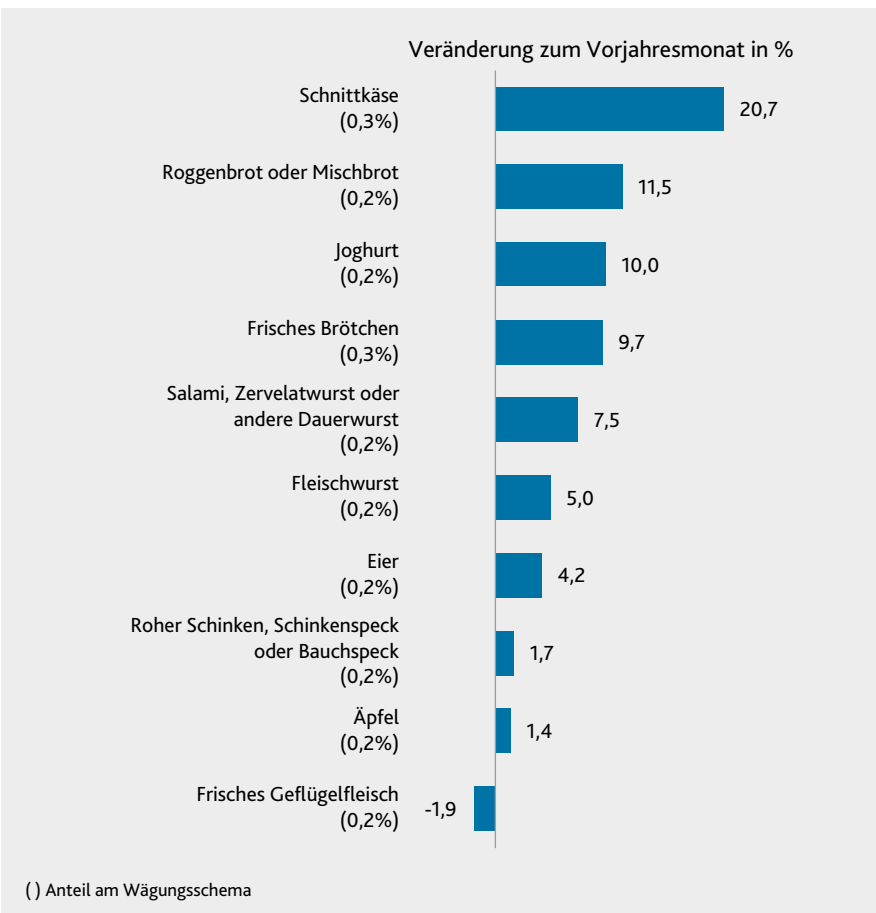
Welchen Einfluss die Entwicklung des Preises eines einzelnen Nahrungsmittels auf die Gesamtentwicklung der Nahrungsmittelpreise hat, hängt zum einen von der Höhe der Preisveränderung und zum anderen von der Verbrauchsbedeutung des Nahrungsmittels ab. Bei neun der zehn Nahrungsmittel mit der höchsten Verbrauchsbedeutung lagen die Preise im Juli 2023 über dem Niveau des Vorjahresmonats. Am stärksten verteuerte sich Schnittkäse (+21 Prozent). Auch die Preise für Roggenbrot oder Mischbrot (+11,5 Prozent) sowie für Joghurt (+10 Prozent) stiegen mit zweistelliger Rate. Frische Brötchen lagen mit +9,7 Prozent nur knapp unter der Zehn-Prozent-Marke. Ein gemischtes Bild ergibt sich bei Fleisch und Fleischwaren: Die Wurstsorten

mit der größten Verbrauchsbedeutung wurden spürbar teurer. Die Preise für „Salami, Zervelatwurst oder andere Dauerwurst“ stiegen um 7,5 Prozent und für Fleischwurst mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher fünf Prozent mehr bezahlen als im Juli 2022. Vergleichsweise gering fielen hingegen die Preissteigerungen bei „Rohem Schinken, Schinkenspeck oder Bauchspeck“ aus (+1,7 Prozent); frisches Geflügelfleisch wurde sogar günstiger angeboten als im Vorjahresmonat (-1,9 Prozent). Eier waren im Juli 2023 um 4,2 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Nur leichte Preissteigerungen gab es bei Äpfeln (+1,4 Prozent). Diese zehn Nahrungsmittel haben zusammen einen Anteil von 2,3 Prozent im sogenannten Wägungsschema; insgesamt fließen Nahrungsmittel mit 10,5 Prozent in den Verbraucherpreisindex ein. Das Wägungsschema gibt die Verbrauchsbedeutung wieder, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt.

Zucker verteuerte sich gegenüber dem Vorjahresmonat besonders stark (+70 Prozent). Aber auch die Preise einiger Gemüsesorten stiegen kräftig: Die Preise für „Zwiebeln, Knoblauch oder ähnliches“ waren um 50,5 Prozent höher als im Juli 2022; Möhren folgten auf Platz drei mit +45 Prozent. Für ein Nudelfertiggericht mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 41 Prozent mehr bezahlen; Tomatenketchup oder Gewürzketchup wurde 39 Prozent teurer angeboten.



Verbraucherpreise der zehn Nahrungsmittel mit der höchsten Verbrauchsbedeutung im Juli 2023



Bei einigen Nahrungsmitteln gab es spürbare Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Besonders stark sanken die Preise für Butter (–30 Prozent). Auch „Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches“, das sich im Frühjahr 2022 nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine stark verteuert hatte, wurde deutlich günstiger angeboten als im Juli 2022 (–26 Prozent). Auf den Plätzen drei und vier folgten Zitronen und Tomaten (–12,2 bzw. –12,1 Prozent). Die Preise für „Zucchini, andere Kürbisse oder Mais“ lagen um 6,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Doktorandenzahl steigt leicht – deutlicher Zuwachs bei den promovierenden Medizinerinnen und Mediziner

Im Jahr 2022 arbeiteten in Rheinland-Pfalz knapp 8 200 Akademikerinnen und Akademiker an ihrer Doktorarbeit, darunter mehr als 1 300 in der Allgemeinmedizin. Die Zahl der Doktorandinnen und Doktoranden stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent, die der promovierenden Ärztinnen und Ärzte um 18 Prozent.

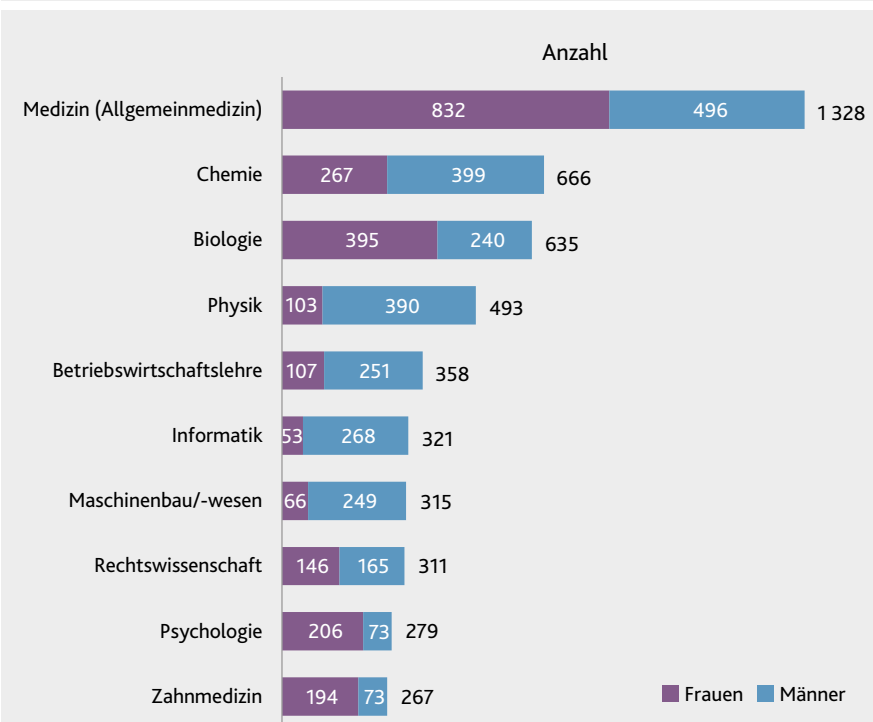
Die meisten Akademikerinnen und Akademiker meldeten ihre Promotion

in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ (2 500) an, gefolgt von „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ sowie „Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften“ (jeweils 1 700). Am häufigsten wurde in der Medizin, Chemie, Biologie und Physik promoviert. Obwohl der Frauen- und Männeranteil unter den Promovierenden mit jeweils 50 Prozent ausgewogen war, bestanden nach wie vor deutliche Geschlechterunterschiede in einzelnen Promotionsfächern: Beispielsweise lag der Frauenanteil in der Psychologie bei 74 Prozent, in der Informatik nur bei 17 Prozent.

In Rheinland-Pfalz haben acht wissenschaftliche Hochschulen das Promotionsrecht. Die meisten Promovierenden waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (4 700) angemeldet, gefolgt von der Technischen Universität Kaiserslautern (1 500). Im Rahmen der Promotion wird der akademische Grad eines Dokortitels in einer bestimmten Fächergruppe verliehen. Durch den Nachweis besonderer wissenschaftlicher Fähigkeiten gilt der Titel in Deutschland als höchster akademischer Grad. Die Promotion wird über eine Monografie oder kumulativ über mehrere wissenschaftliche Publikationen sowie eine Prüfung (Rigorosum) oder eine mündliche Verteidigung der Arbeit (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Anmeldung als Doktorandin bzw. Doktorand ist in der Regel ein abgeschlossenes Masterstudium, das Staatsexamen oder ein universitäres Magister- bzw. Diplomstudium.



Promovierende¹ 2022 nach den zehn häufigsten Fächern und Geschlecht



¹ Promovierende mit schriftlicher Betreuungszusage nach § 34 des Landeshochschulgesetzes.

Nicht alle Akademikerinnen und Akademiker haben die Möglichkeit, eine Doktorarbeit im Rahmen einer Anstellung an einer Hochschule zu erstellen: Nur 40 Prozent der Promovierenden waren 2022 an einer Hochschule beschäftigt. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Fachbereichen. Während in der Mathematik sowie den Ingenieur-, Natur- und Sportwissenschaften mehr als die Hälfte der Doktorandinnen und Doktoranden ein Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule hatten, waren es in der Medizin und den Gesundheitswissenschaften (13 Prozent), der Kunst (26 Prozent) und den Geisteswissenschaften (31 Prozent) deutlich weniger.

Ausländische Fachkräfte unterstützen die Gesundheitsversorgung

Im Jahr 2022 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 200 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Rund 68 Prozent der Anträge entfielen auf die Anerkennung medizinischer Gesundheitsberufe.

Das Feststellungsverfahren bietet seit nunmehr elf Jahren die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitierte insbesondere die Gesundheitsver-

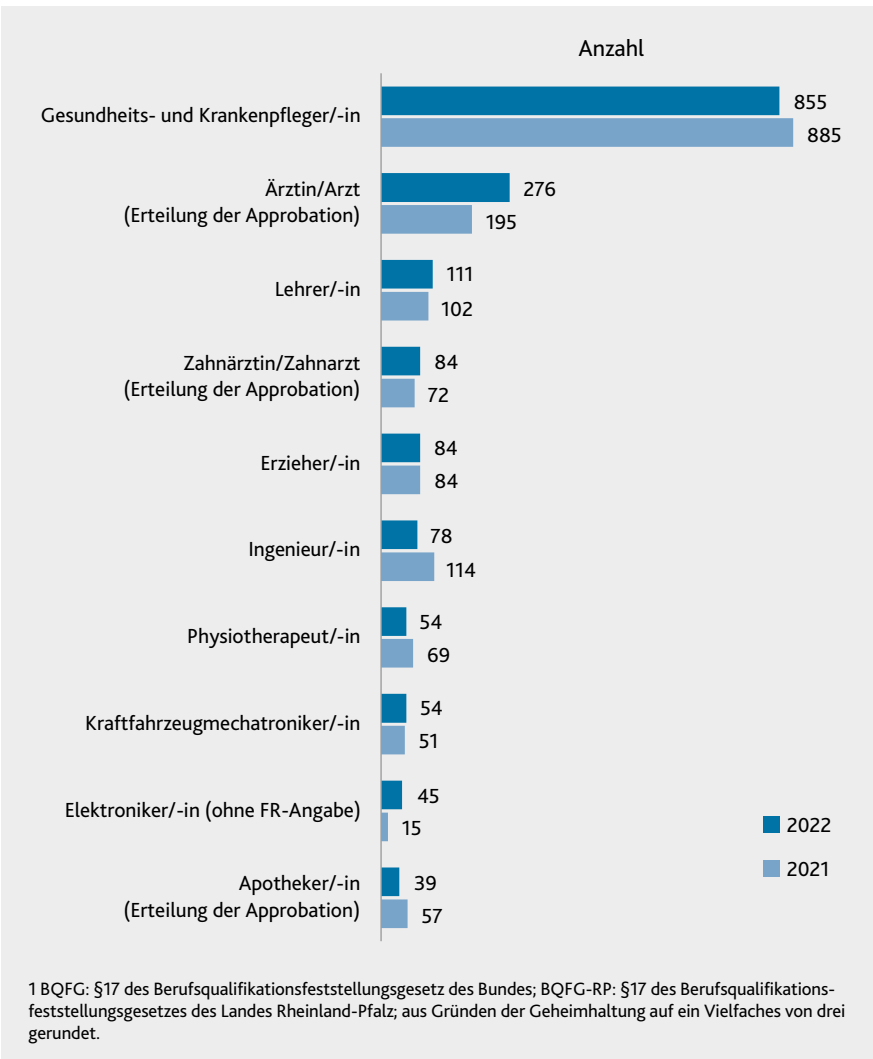
sorgung: Im Jahr 2022 wurden unter anderem knapp 900 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege, rund 400 Approbationen zur Ausübung des Arzt- oder Zahnarztberufs und etwa 40 Approbationen im Apothekerberuf in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet.

Am häufigsten wurden Anträge für eine in Indien erworbene Qualifikation eingereicht (309), gefolgt von Bosnien-Herzegowina (159) und den Philippinen (153). Mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde der Rahmen für die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland erweitert. Damit einher ging ein Anstieg der Zahl der Anerkennungsverfahren von in Nicht-EU-Staaten erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüssen: Zwischen 2019 und 2022 stieg ihre Zahl um 30 Prozent.

Unterschiede zwischen in Deutschland und in Drittstaaten erworbenen Berufsqualifikationen bedingten für eine gleichwertige Anerkennung jedoch häufig einer Nachqualifikation bzw. einer Ausgleichsmaßnahme. Gegenüber 2019 verdoppelte sich die Zahl der bearbeiteten Anträge, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt bekamen (+99 Prozent). Nach erfolgreichem Abschluss der Nachqualifikation kann bei Gleichwertigkeit zum deutschen Referenzberuf eine vollständige Anerkennung erfolgen.



Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2021 und 2022 nach den zehn häufigsten Referenzberufen¹



Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im ersten Quartal rückläufig

Im ersten Quartal 2023 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von rund fünf Millionen Tonnen. Das waren 462 000 Tonnen bzw. 8,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Der Gütereingang ging um 8,4 Prozent auf 2,8 Millionen Tonnen, der Versand um 8,6 Prozent auf 2,1 Millionen Tonnen zurück. Damit erreichten sowohl der Versand als auch der Empfang den niedrigsten Wert seit 2017.

Die höchste Umschlagmenge entfiel mit gut 1,1 Millionen Tonnen auf die Abteilung „Kokerei- und Mineralöl-erzeugnisse“ (–9,5 Prozent). Es folgten „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit knapp

1,1 Millionen Tonnen (–12 Prozent) sowie die chemischen Erzeugnisse mit rund einer Millionen Tonnen und einem Rückgang von 6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Den größten Zuwachs verzeichnete die Abteilung „Sekundärrohstoffe, Abfälle“ mit rund 427 000 Tonnen (+33 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). In der Abteilung „Sonstige Mineralerzeugnisse (Glas, Zement, Gips etc.)“ sank die Umschlagmenge um 28 Prozent auf rund 86 000 Tonnen.

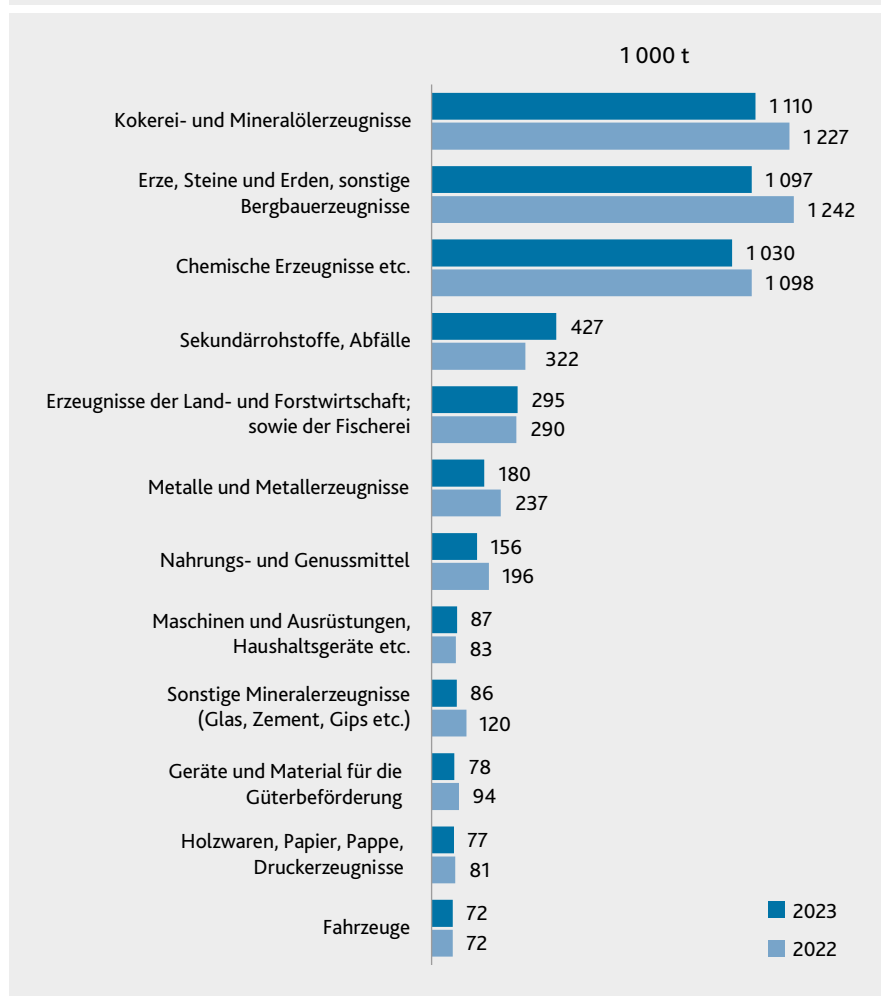
In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden in den ersten drei Monaten 2023 rund 1,5 Millionen Tonnen umgeschlagen; das waren 8,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der zweitgrößte Hafen des Landes in Mainz wies mit rund 770 000 Tonnen einen Rückgang von 9,3 Prozent im Güterumschlag auf. Den höchsten Rückgang im Vergleich zum ersten Quartal 2022 verzeichnete der Hafen in Gernersheim mit 30,5 Prozent auf knapp 190 000 Tonnen. Ein Wachstum in den Umschlagsmengen konnten die Häfen Speyer und Bendorf verbuchen.

Straßenverkehr fordert bis Mai weniger Todesopfer als im Vorjahreszeitraum

In den ersten fünf Monaten 2023 starben weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz als im Vergleichszeitraum 2022. Von Januar bis Mai verloren 45 Personen bei Verkehrsunfällen ihr Leben – das



Güterumschlag von Januar bis März 2022 und 2023 nach Güterabteilungen



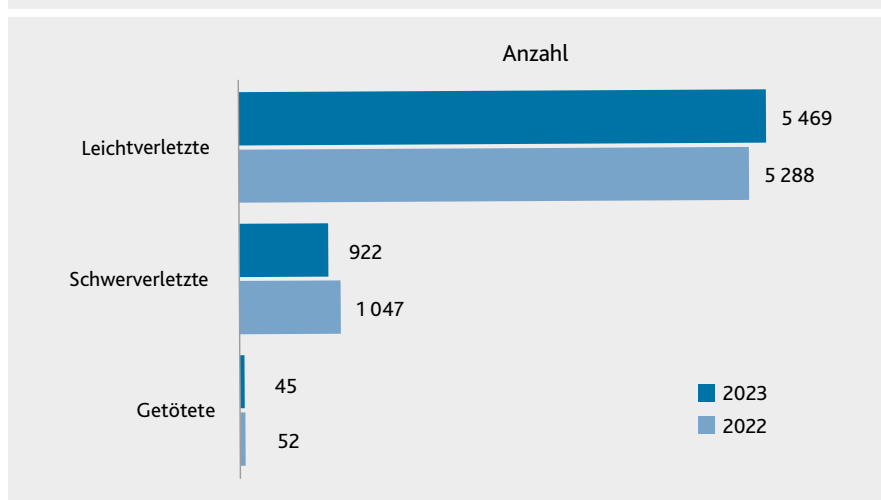
waren sieben weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Polizei registrierte in den ersten fünf Monaten 56 438 Verkehrsunfälle, davon 4 951 mit Personenschaden und 51 487 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 3 252 bzw. 6,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Unfällen mit Personenschaden war von Januar bis Mai ein Rückgang um 67 bzw. 1,3 Prozent festzustellen. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 922, die der Leichtverletzten bei 5 469.

Die Unfallzahlen in den ersten fünf Monaten 2023 liegen etwa 4,1 Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den jeweils ersten fünf Monaten der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden als in den Jahren zuvor. Von Januar bis Mai 2023 bewegen sich die Unfallzahlen knapp unter dem Niveau des Vergleichszeitraums der Vor-Corona-Jahre 2017 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, das heißt, der Menschen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt mit 6 436 rund vier Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

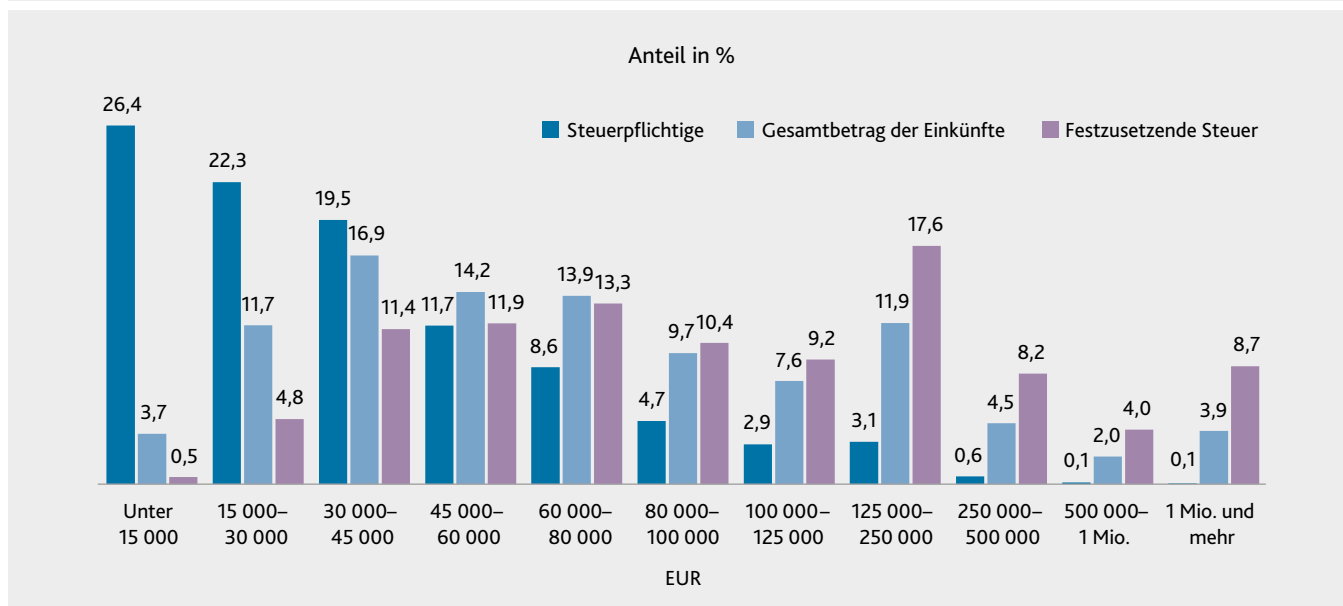
Insgesamt verloren im Mai dieses Jahres 17 Menschen ihr Leben, das waren fünf mehr als im Mai 2022; 256 Beteiligte wurden schwer und 1 463 leicht verletzt. Insgesamt ereigneten sich 12 609 Unfälle (+2,3 Prozent gegenüber Mai 2022).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2022 und 2023





Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte sowie festzusetzende Einkommensteuer 2019 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte



Anzahl der Einkommensmillionäre steigt um 13 Prozent

Die rund zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten 2019 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 42 800 Euro. Dies entspricht einem Plus von 4,1 Prozent bzw. 1 700 Euro gegenüber dem Jahr 2018. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 7 500 Euro je Steuerpflichtigen und legte damit um 5,8 Prozent zu.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte weist eine Ungleichverteilung auf. Rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen lagen unter dem Durchschnittswert von 42 800 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur knapp 15 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Einen Gesamtbetrag der Einkünfte

von 100 000 Euro und mehr hatten sieben Prozent der Steuerpflichtigen; sie trugen rund 48 Prozent (2018: 46 Prozent) zur festgesetzten Steuer bei. Unter ihnen sorgten 1 045 Einkommensmillionäre (2018: 928) für 8,7 Prozent der festgesetzten Steuer (2018: 6,6 Prozent), obwohl sie nur rund 0,05 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren. Als Einkommensmillionäre gelten Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr.

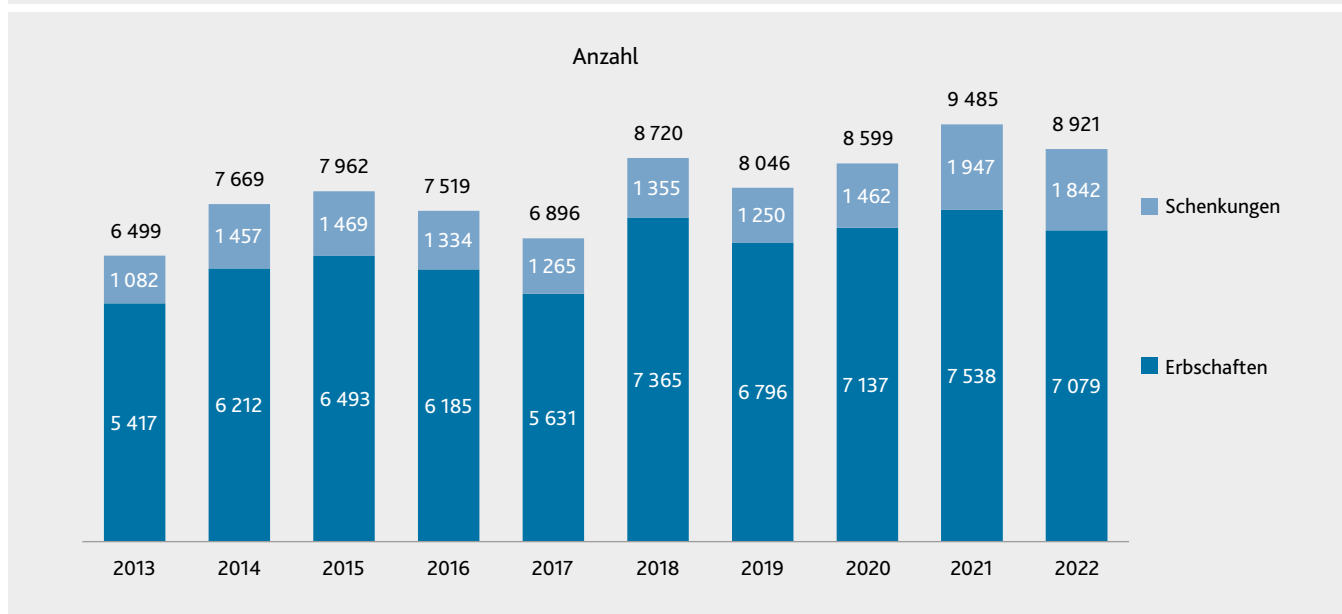
Der Großteil der Steuerpflichtigen (84 Prozent) hatte überwiegende Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich gut 40 000 Euro je Steuerpflichtigen. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflich-

tigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 130 400 Euro je Steuerpflichtigen.

Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigen wurden in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erzielt. Spitzenreiter war – wie in den Jahren zuvor – der Landkreis Mainz-Bingen mit gut 51 700 Euro, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit rund 49 500 Euro und der kreisfreien Stadt Ludwigshafen mit knapp 48 900 Euro. Die Schlusslichter waren die kreisfreien Städte Pirmasens mit rund 32 200 Euro und Zweibrücken mit knapp 35 000 Euro sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit gut 36 000 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 1,5 Prozent



Fälle mit festgesetzter Erbschaft- und Schenkungsteuer 2013–2022 nach Art des Vermögensübergangs



(2018: 5,2 Prozent) höher als in den kreisfreien Städten.

Enormer Zuwachs bei der festgesetzten Steuer auf Schenkungen 2022

Im Jahr 2022 setzten die Finanzbehörden in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 554 Millionen Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Das waren gut 36 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bereits 2021 war im Vorjahresvergleich ein Anstieg um fast 28 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Auf Erbschaften entfielen im Jahr 2022 knapp 269 Millionen (–23 Prozent). Die Steuern auf Schenkungen legten um das 4,8-Fache auf rund 286 Millionen Euro zu. Insgesamt wurden Steuern für 7 079 Erbschaften (–6,1 Prozent) und 1 842 Schenkungen (–5,4 Prozent) festgesetzt.

Die im Jahr 2022 getätigten Festsetzungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer basierten auf veranlagten Vermögensübertragungen in Höhe von rund 3,2 Milliarden Euro. Dabei beliefen sich die Übertragungen aufgrund von Erbschaften auf gut 2 Milliarden (–18 Prozent) und jene aufgrund von Schenkungen auf 1,2 Milliarden Euro (+95 Prozent). Im Vergleich zu den Erbschaften sind die Schenkungen größeren Schwankungen ausgesetzt.

Das im Wege von Erbschaften übertragene Vermögen war – gemessen an seinem Wert – hauptsächlich sogenanntes übriges Vermögen sowie Haus- und Grundvermögen. Dabei dominiert das übrige Vermögen, zu dem vorwiegend Bankguthaben, börsennotierte Wertpapiere sowie Anteile und Genussscheine zählen, mit einem Anteil von knapp 55 Prozent. Das Haus- und

Grundvermögen kam auf einen Anteil von über 40 Prozent.

Bei dem im Wege von Schenkungen übertragenen Vermögen erhöhte sich der Anteil des übrigen Vermögens auf 73 Prozent (Vorjahr: 40 Prozent). Hier gab es im Jahr 2022 einen signifikanten Anstieg an Vermögensübertragungen in Form von Anteilen an Kapitalgesellschaften. Der Anteil des Grundvermögens reduzierte sich auf 22 Prozent (Vorjahr: 45 Prozent).



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2023

Der Verbraucherpreisindex lag im Juli 2023 um 6,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate war damit etwas niedriger als im Juni (+6,4 Prozent).

Die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln hatten weiterhin einen großen Einfluss auf die Inflationsrate: Nahrungsmittel verteuerten sich binnen Jahresfrist um zehn Prozent. Am stärksten erhöhten sich die Preise für „Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren“ (+19 Prozent). Lediglich Speisefette und -öle wurden billiger (–18 Prozent), da die Preise für Butter sowie „Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches“ wesentlich niedriger waren als ein Jahr zuvor (–30 bzw. –26 Prozent). Die Energiepreise erhöhten sich ebenfalls stärker als der Gesamtindex – im Juli 2023 lagen sie um sieben Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Den Preissteigerungen bei Haushaltsenergie standen sinkende Kraftstoffpreise gegenüber; sie lagen 3,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und

Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, verringerte sich im Juli auf +5,5 Prozent nach +5,7 Prozent im Juni.

In allen zwölf Abteilungen waren die Preise im Juli 2023 höher als im Vorjahresmonat. Die stärksten Steigerungen gab es bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+10 Prozent) sowie bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+8,7 Prozent). Die mit Abstand geringsten Preissteigerungen waren in der Abteilung „Post und Telekommunikation“ zu verzeichnen (+0,4 Prozent).

Der Verbraucherpreisindex stieg im Juli 2023 gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent. Dazu trugen insbesondere die Preissteigerungen in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ bei (+1,6 Prozent). Spürbare Preissenkungen gab es nur bei Bekleidung und Schuhen (–4,7 Prozent). Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurden geringfügig günstiger angeboten als im Juni (–0,1 Prozent).

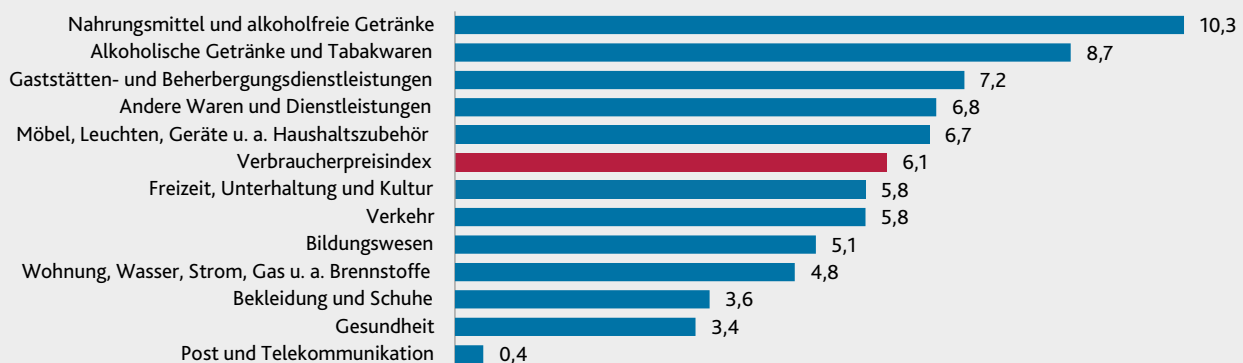
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

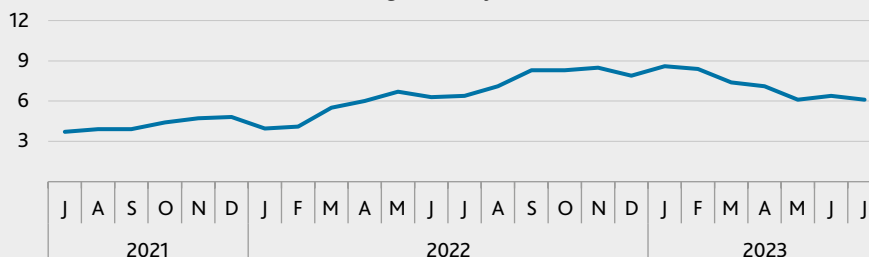
Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2023

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Juli 2023

Verbraucherpreisindex: +6,1%

Ausgewählte Preisentwicklungen:



Weizenmehl: +27,6%



Butter: –30,2%

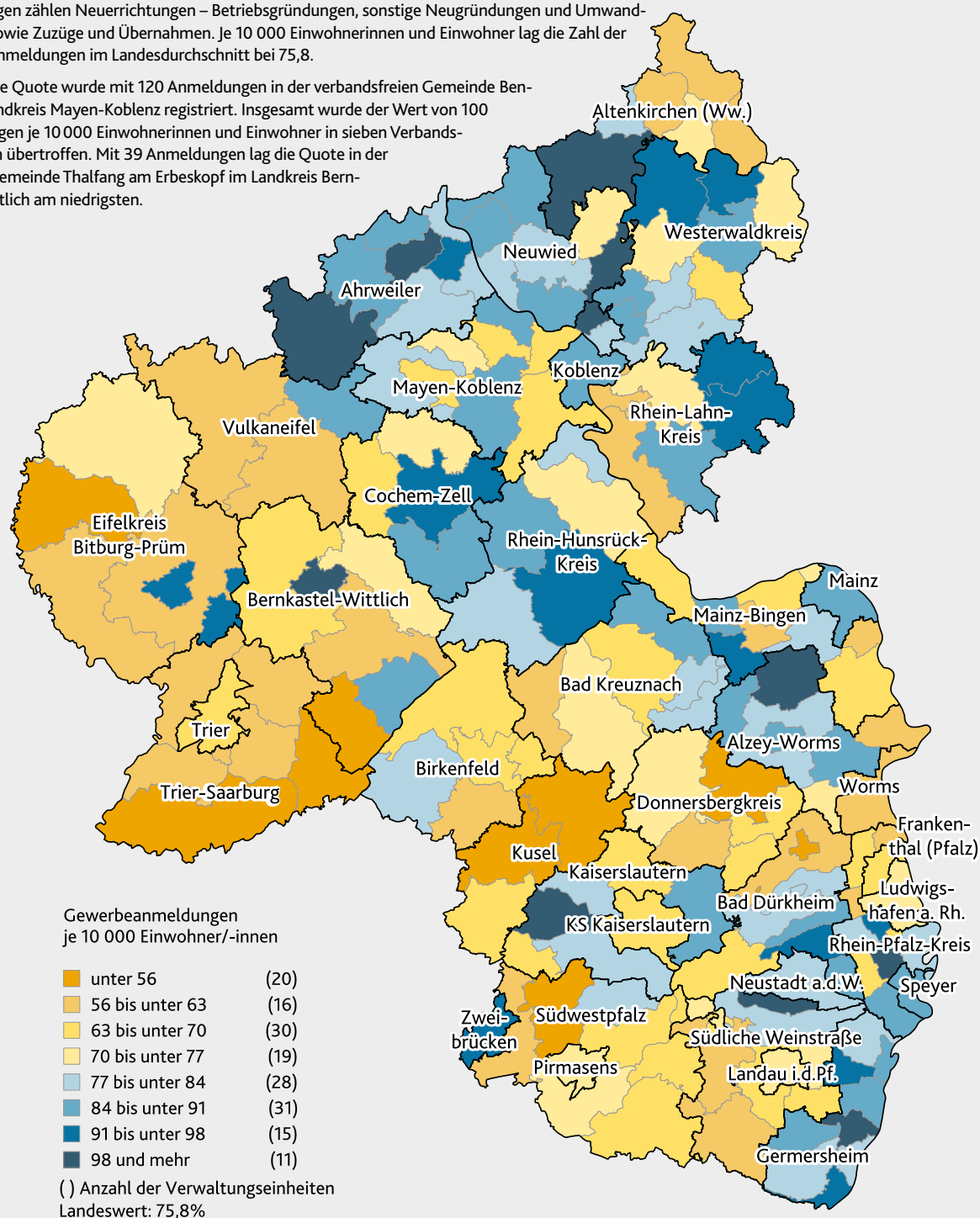


Gewerbeanmeldungen 2022

Rund 31 600 Gewerbe angemeldet

In Rheinland-Pfalz wurden 2022 insgesamt rund 31 600 Gewerbe angemeldet. Zu den Gewerbeanmeldungen zählen Neuerrichtungen – Betriebsgründungen, sonstige Neugründungen und Umwandlungen – sowie Zuzüge und Übernahmen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen im Landesdurchschnitt bei 75,8.

Die höchste Quote wurde mit 120 Anmeldungen in der verbandsfreien Gemeinde Bendorf im Landkreis Mayen-Koblenz registriert. Insgesamt wurde der Wert von 100 Anmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in sieben Verbandsgemeinden übertroffen. Mit 39 Anmeldungen lag die Quote in der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Landkreis Bernkastel-Wittlich am niedrigsten.





Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Anstieg der nominalen Umsätze und Auftragseingänge im Baugewerbe, Zahl der Baugenehmigungen rückläufig

Von Matthias Kowalczyk

Das Wachstum des rheinland-pfälzischen Baugewerbes verlor 2022 an Dynamik. Im Bauhauptgewerbe lag zwar die Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitsstunden über dem Niveau des Vorjahres; der Anstieg fiel jedoch geringer aus als in den drei Jahren zuvor. Im Ausbaugewerbe erhöhten sich die Beschäftigtenzahl und die geleisteten Arbeitsstunden etwas stärker als im Bauhauptgewerbe. Deutlich gewachsen sind die nominalen Umsätze und Auftragseingänge des Baugewerbes. Die Zuwächse gingen jedoch mit kräftig steigenden Preisen für Baustoffe und Bauleistungen einher. Dieser Beitrag ist ein Auszug aus der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“, in der die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt wird.

Nominale Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen kräftig

Bauhauptgewerbe setzt 4,8 Milliarden Euro um

Die Erlöse im Bauhauptgewerbe nahmen 2022 kräftig zu. Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe, die im Rahmen der Konjunkturerhebung befragt wurden, lag bei knapp 4,8 Milliarden Euro. Gegenüber 2021 bedeutet das nominal, also nicht um Preisveränderungen bereinigt, ein Plus von 9,4 Prozent.

Starker Anstieg der Preise für Bauleistungen beeinflusst Umsatzentwicklung

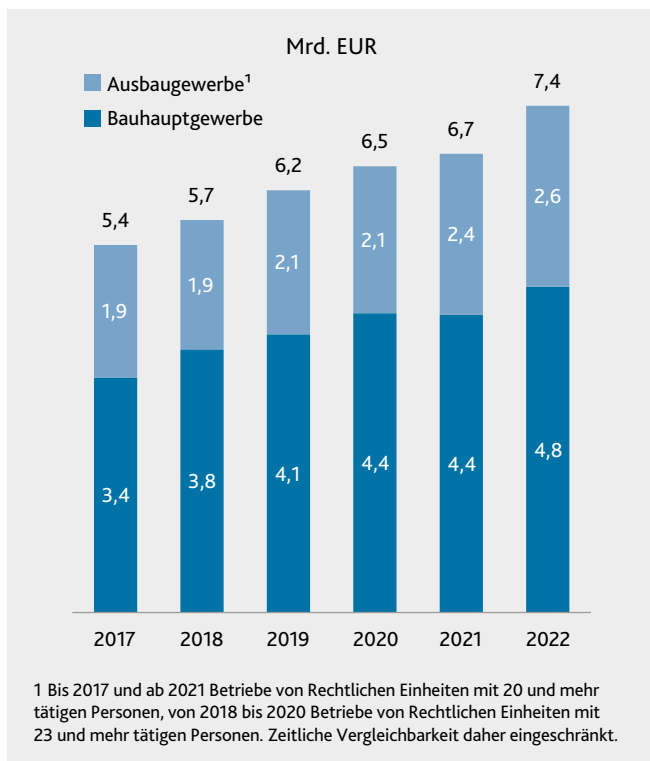
Die Umsatzentwicklung wurde 2022 maßgeblich von stark steigenden Preisen für Baustoffe und Bauleistungen beeinflusst. Während 2021 vorwiegend Lieferengpässe preistreibend wirkten, führten 2022 in erster Linie massiv gestiegene Energiepreise zu Preiserhöhungen bei diversen Baustoffen. Besonders energieintensive Baumaterialien wie Glas, Stahl und Zement verteuerten sich deutlich. Die Preise für Bauleistungen in Deutschland – Landesergebnisse für Rhein-

land-Pfalz liegen in dieser Statistik nicht vor – zogen infolgedessen deutlich an. Bauleistungen an Wohngebäuden verteuerten sich um 16 Prozent; die Kosten für Ausbauarbeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent und für Rohbauarbeiten um 16 Prozent. Für Instandhaltungsarbeiten wurden 16 Prozent und für Schönheitsreparaturen zwölf Prozent mehr verlangt. Im Tiefbau stiegen die Preise ebenfalls kräftig. Zum Beispiel lagen die Preise im Straßenbau um 16 Prozent über dem Vorjahresniveau. Es ist davon auszugehen, dass der nominale Umsatzzuwachs des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes überwiegend oder sogar vollständig auf die Preissteigerungen bei Baustoffen und Bauleistungen zurückzuführen ist. In Deutschland stand dem nominalen Anstieg der baugewerblichen Umsätze um 9,9 Prozent real, also um Preisveränderungen bereinigt, ein Minus von 5,8 Prozent gegenüber.

Deutschlandweite Verteuerung von Bauleistungen im zweistelligen Prozentbereich



G1 Umsatz im Baugewerbe 2017–2022



Kräftiges
Umsatzplus im
Wohnungsbau

Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau legten die nominalen Umsätze kräftig zu. Die rheinland-pfälzischen Tiefbaubetriebe erwirtschafteten zwölf Prozent mehr Erlöse als 2021. Alle drei Teilbereiche erzielten zweistellige Wachstumsraten: Der sonstige öffentliche Tiefbau, der Straßenbau und der gewerbliche Tiefbau kamen auf ein Umsatzplus von jeweils rund zwölf Prozent. Im Hochbau stiegen die Erlöse um 6,6 Prozent. Wachstumstreiber war hier der Wohnungsbau, dessen Umsätze um 21 Prozent zulegten. Neben den Preissteigerungen hat zumindest im ersten Halbjahr möglicherweise auch eine verstärkte Bautätigkeit zum Umsatzwachstum beigetragen. Trotz steigender Baukosten deutete 2021 insbesondere im Wohnungsbau ein kräftiges Plus bei den Auftragseingängen und bei den Baugenehmigungen auf einen hohen Bedarf an Bauleistungen hin. Im

öffentlichen und im gewerblichen Hochbau gingen die nominalen Umsätze dagegen um 2,3 bzw. 1,5 Prozent zurück.

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe waren 2022 in allen vier Quartalen höher als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Im ersten Vierteljahr lagen sie um zwölf Prozent über dem Niveau des Vorjahresquartals. Das kräftige Plus ist allerdings teilweise auf einen statistischen Basiseffekt zurückzuführen: Im ersten Quartal 2021 waren die Erlöse besonders niedrig, da Abrechnungen in das Jahr 2020 vorgezogen wurden, um von der Ende 2020 auslaufenden temporären Mehrwertsteuersenkung zu profitieren. Im zweiten Quartal 2022 stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,1 Prozent. Das größte Erlöswachstum verbuchten die befragten Betriebe im dritten Quartal (+15 Prozent). Im Schlussquartal lagen die Umsätze um 6,9 Prozent über dem Niveau des vierten Quartals 2021.

Erlöse über-
treffen in allen
Quartalen das
Vorjahres-
niveau

Die Auftragseingänge sind ein Indikator für die künftige Umsatzentwicklung. Der Wert der 2022 im Bauhauptgewerbe neu eingegangenen Aufträge übertraf das Vorjahresergebnis um 9,1 Prozent (Deutschland: +4,8 Prozent). Auch die Auftragseingänge liegen lediglich als nominale Kennzahl vor. Preissteigerungen, die in den Projektkosten neuer Bauvorhaben berücksichtigt werden, führen somit zu einem Anstieg des Wertes der Auftragseingänge. Zur Orientierung: Deutschlandweit sanken die Auftragseingänge preisbereinigt um 9,6 Prozent. Das nominale Ordervolumen in Rheinland-Pfalz legte insbesondere im Tiefbau kräftig zu (+15 Prozent). Alle Teilbereiche verzeichneten dabei ein zweistelliges Plus. Am kräftigsten stiegen die Auftragseingänge im Bereich Straßenbau (+17 Prozent). Im Hoch-

Weniger Auf-
tragseingänge
im Wohnungs-
bau



bau nahm das Ordervolumen um 3,4 Prozent zu. Der öffentliche Hochbau verbuchte dabei den größten Zuwachs (+35 Prozent). Deutlich gesunken ist die Nachfrage dagegen im Wohnungsbau (-12 Prozent). Hohe Baukosten durch stark steigende Preise für Baustoffe und die Erhöhung der Zinsen für Baukredite sowie der durch hohe Inflationsraten bedingte Kaufkraftverlust könnten zu einem Rückgang privater Bauvorhaben geführt haben.

Beschäftigungszuwachs im Bauhauptgewerbe setzt sich weiter fort

Beschäftigung steigt das siebte Jahr in Folge

Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe erhöhte sich das siebte Jahr in Folge. Gut 24 300 Personen waren 2022 in den Betrieben des Bauhauptgewerbes, die in die Erhebung einbezogen sind, beschäftigt. Das waren 1,5 Prozent mehr als 2021 (Deutschland: +1,6 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg 2022 schwächer als die Beschäftigtenzahl (+0,4 Prozent; Deutschland: +1 Prozent), sodass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten um 1,1 Prozent abnahm (Deutschland: -0,6 Prozent). Die Produktivität – gemessen als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – erhöhte sich um 8,9 Prozent (Deutschland: ebenfalls +8,9 Prozent). Sie lag 2022 bei 166 Euro und war somit geringer als im bundesweiten Durchschnitt (175 Euro).

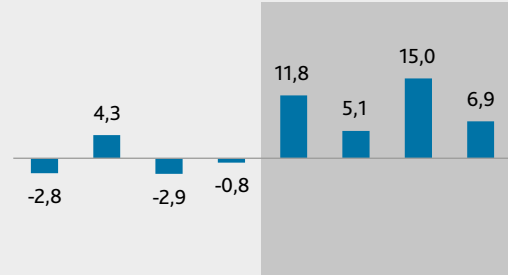
Entgeltsumme legt um 7,1 Prozent zu

Die Entgeltsumme im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe, die unter anderem die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten umfasst, erhöhte sich 2022 um 7,1 Prozent (Deutschland: +6,7 Prozent). Die Zunahme fiel deutlich stärker aus als der Beschäftigungszuwachs. Daraus resultiert ein höheres Entgelt je Beschäftigten: Das durchschnittliche Jahresentgelt betrug in Rheinland-Pfalz 44 800 Euro

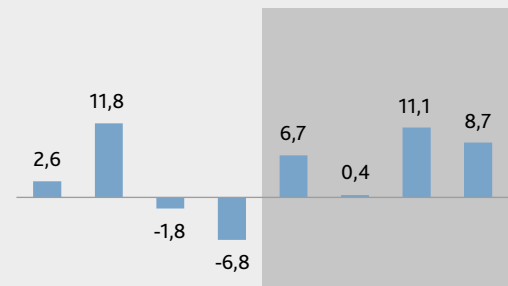
G2 Umsatz im Baugewerbe 2021 und 2022 nach Quartalen

Veränderung zum Vorjahresquartal in %

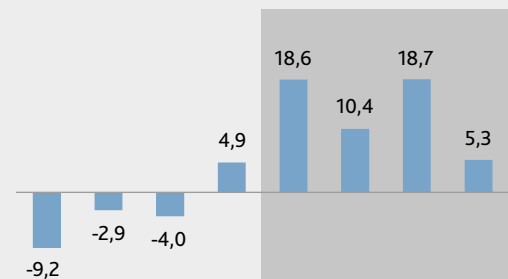
Bauhauptgewerbe



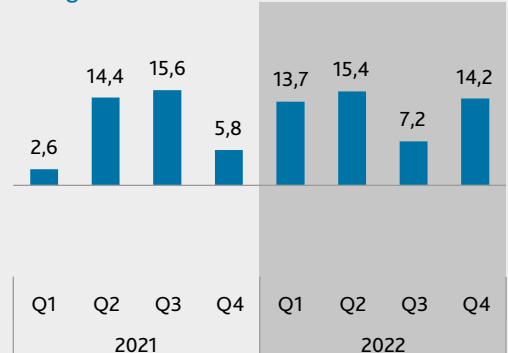
davon: Hochbau



davon: Tiefbau



Ausbaugewerbe¹



¹ Bis 2020 Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit 23 und ab 2021 mit 20 und mehr tätigen Personen. Zeitliche Vergleichbarkeit daher eingeschränkt.



(Deutschland: 44 000 Euro). Dies entspricht einer Steigerung um 5,4 Prozent (Deutschland: +5 Prozent). Je geleistete Arbeitsstunde wurden 38 Euro gezahlt (+6,6 Prozent; Deutschland: 37 Euro, +5,6 Prozent).

Umsätze und Entgelte im Ausbaugewerbe steigen kräftig

Umsätze im Ausbaugewerbe steigen um 13 Prozent

Die Zahl der Betriebe des Ausbaugewerbes, die in die Konjunkturerhebung einbezogen waren, erhöhte sich 2022 um 2,6 Prozent auf 497. Die ausbaugewerblichen Umsätze legten um 13 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro zu (Deutschland: +12 Prozent). Das Wachstum der Umsätze ist wie auch im Bauhauptgewerbe zumindest teilweise auf kräftige Preissteigerungen bei Baustoffen zurückzuführen, welche an die Kunden weitergegeben wurden.

Deutliches Umsatzplus in allen vier Quartalen

In allen vier Quartalen lagen die Erlöse über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresquartals. Im ersten und zweiten Quartal nahmen die nominalen Umsätze um 14 bzw. 15 Prozent zu. Im dritten Quartal verlor das Umsatzwachstum an Dynamik (+7,2 Prozent). Im Schlussquartal stiegen die Umsätze wieder

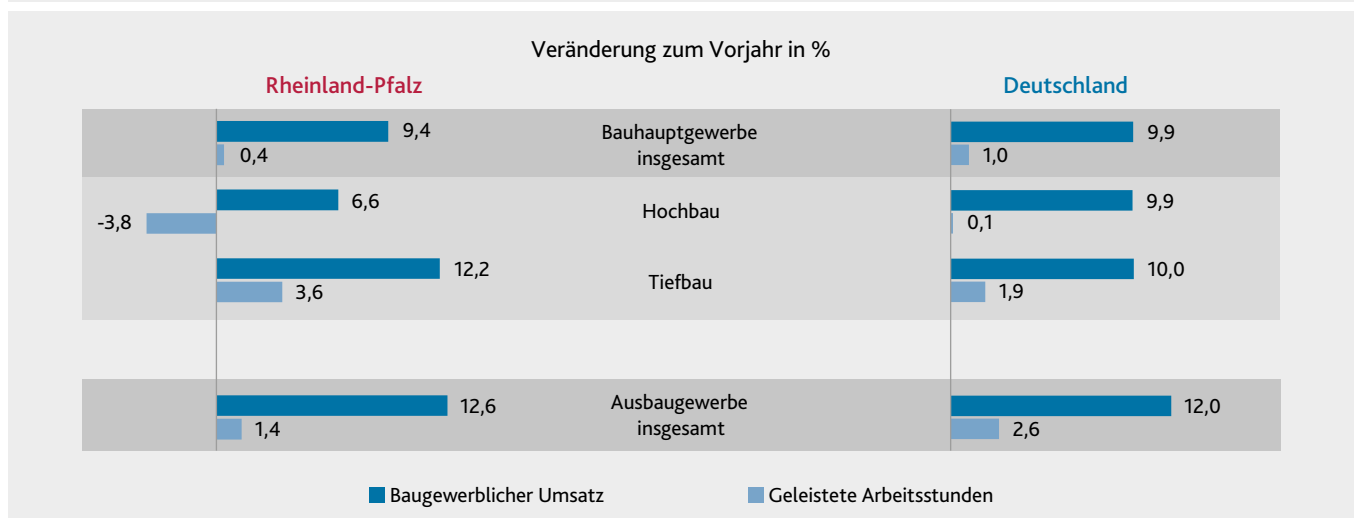
kräftig um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe erhöhte sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent auf 19 800 Personen (Deutschland: +3,5 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg weniger stark (+1,4 Prozent; Deutschland: +2,6 Prozent). Folglich ging die Zahl der Arbeitsstunden je Person zurück (-2,9 Prozent; Deutschland: -0,9 Prozent). Die Produktivität nahm derweil aufgrund der kräftigen Umsatzsteigerungen deutlich zu: Der Umsatz je Arbeitsstunde stieg um elf Prozent auf 116 Euro (Deutschland: +9,1 Prozent auf 121 Euro).

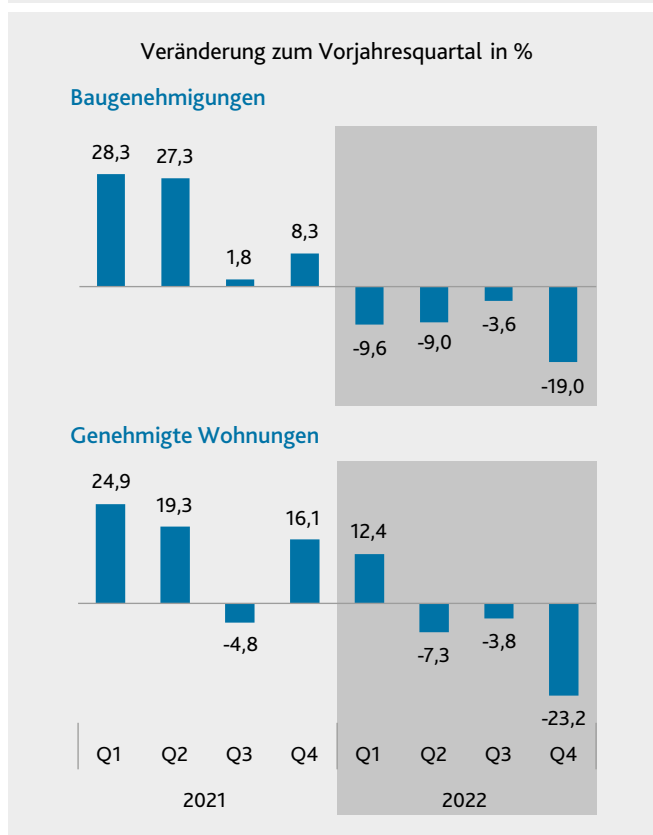
Zahl der Beschäftigten im Ausbaugewerbe steigt um 4,4 Prozent

Die Entgeltsumme im Ausbaugewerbe erhöhte sich 2022 um 8,1 Prozent (Deutschland: +7,5 Prozent). Die Bezahlung pro Kopf und pro Stunde nahm zu. Das durchschnittliche Jahresentgelt je Beschäftigten wuchs um 3,6 Prozent auf 37 100 Euro (Deutschland: +3,9 Prozent auf 38 600 Euro). Je geleistete Arbeitsstunde betrug das Entgelt 32 Euro (+6,7 Prozent; Deutschland: +4,8 Prozent auf 32 Euro).

G3 Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2022



G4 Baugenehmigungen und genehmigte Wohnungen 2021 und 2022 nach Quartalen



Rückgang bei Baugenehmigungen

Die Zahl der Baugenehmigungen ist ein wichtiger Frühindikator zur Einschätzung der Baukonjunktur, da sie über die zukünftige Bauaktivität Auskunft gibt. In Rheinland-Pfalz wurden 2022 wesentlich weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr (–10 Prozent; Deutschland: –12 Prozent). Der Rückgang ist auf die deutlich nachlassende Aktivität im Wohnbaubereich zurückzuführen. Die Zahl der Baugenehmigungen, die Wohngebäude betrafen, nahm im vergangenen Jahr um zwölf Prozent ab. Geringer fielen die Einbußen bei der Zahl der genehmigten Wohnungen aus (–4,9 Prozent). Ein Grund für den Rückgang könnten – wie auch bei der Entwicklung der Auftragseingänge – die kräftig gestiegenen Baukosten sowie der durch hohe Inflationsraten bedingte Kaufkraftverlust bei den Bauwilligen sein. Die Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude blieb dagegen nahezu konstant (+0,2 Prozent).

Zahl der Baugenehmigungen sinkt um zehn Prozent

Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine differenzierte Betrachtung des Baugewerbes wird auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen. Diese Statistiken erfassen Betriebe von Unternehmen (Rechtliche Einheiten) mit mindestens 20 Beschäftigten und decken knapp 44 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das Bauhauptgewerbe berücksichtigten Betriebe erwirtschafteten etwa 67 Prozent der baugewerblichen Erlöse und beschäftigen gut die Hälfte der baugewerblich tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 467 Betriebe erfasst. Jeder Betrieb hatte durchschnittlich 51 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 9,3 Millionen Euro.

Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 485 Betriebe. Der Anteil dieser Betriebe an allen im Ausbaugewerbe Beschäftigten sowie am gesamten ausbaugewerblichen Umsatz beträgt etwa 62 bzw. 65 Prozent. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 39 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 4,9 Millionen Euro kleiner als im Bauhauptgewerbe. Bis zum Berichtsjahr 2017 und seit 2021 umfasst die Erhebung im Ausbaugewerbe Betriebe von Unternehmen (Rechtliche Einheiten) mit mindestens 20 Beschäftigten. In den Jahren 2018 bis 2020 wurden Betriebe von Unternehmen (Rechtliche Einheiten) mit mindestens 23 Beschäftigten in die Erhebung einbezogen. Vergleiche zwischen diesen Zeiträumen sind dadurch nur eingeschränkt möglich.



Zahl der Baugenehmigungen bricht am Ende des Jahres ein

In allen vier Quartalen 2022 wurden deutlich weniger Baugenehmigungen erteilt als im Jahr zuvor. Im ersten und zweiten Vierteljahr war die Zahl der erteilten Genehmigungen um 9,6 bzw. neun Prozent geringer als im jeweiligen Vorjahresquartal. Neben einem durch hohe Baukosten bedingten Nachfrage-rückgang ist das Minus teilweise auch auf eine besonders hohe Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahreszeitraum zurückzuführen. Die Antragsfrist für das Baukindergeld endete am 31. März 2021 und könnte zu einem temporären Anstieg von Bauvorhaben geführt haben. Im dritten Jahresviertel lag die Genehmigungszahl um 3,6 Prozent unter dem Niveau von 2021. Zum Jahresende ging die Zahl der Baugenehmigungen noch mal besonders kräftig zurück. Im Schlussquartal war sie um 19 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Weniger Bauvorhaben privater Haushalte

Im Neubaubereich schrumpfte die Zahl der Baugenehmigungen um elf Prozent (Deutschland: -14 Prozent). Es wurden 15 Prozent weniger neue Wohngebäude genehmigt als 2021; die Zahl der genehmigten Wohnungen

nahm um 5,7 Prozent ab. Der Rückgang ist auf die gesunkene Zahl genehmigter Neubauten mit einer bzw. zwei Wohnungen zurückzuführen (-17 bzw. -13 Prozent). Die Zahl genehmigter neuer Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen nahm dagegen leicht zu (+1 Prozent). Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen nach Art der Bauherren wider: Die Zahl der Neubauwohnungen, bei denen private Haushalte als Bauherren fungierten, nahm gegenüber dem Vorjahr um 1500 bzw. 15 Prozent ab. Die Zahl der Neubauwohnungen im Auftrag von privaten Unternehmen stieg dagegen um 700 bzw. 13 Prozent. Von den 2022 genehmigten Neubauwohnungen entfielen 58 Prozent auf Privathaushalte und 41 Prozent auf Unternehmen. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck wiesen nur geringe Anteile auf.

Matthias Kowalczyk, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2022 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“ die am 30. März 2023 erschienen ist. In ausführlichen textlichen Analysen sind die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.



In der folgenden Ausgabe des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.



Titelfoto: © Maksym Yemelyanov – stock.adobe.com



Der zweite Bildungsweg: Angebote sowie geschlechter- und herkunfts- spezifische Unterschiede



Von Dr. Marco Schröder

Mehrere Tausend Heranwachsende gehen jedes Jahr in Rheinland-Pfalz von der Schule ab, bevor sie das angestrebte Bildungsziel erreichen konnten. Einige von ihnen verlassen das Gymnasium ohne Abitur, andere brechen die Schule ohne Berufsreife ab. Um auch vorzeitig Abgehende oder die Hochschulreife Anstrebende in ihrer Entwicklung zu unterstützen, haben sich im Bildungssystem neben den klassischen Institutionen der allgemeinbildenden Schulen wie beispielsweise das Gymnasium, die Realschule plus oder die Integrierte Gesamtschule auch andere Bildungswege etabliert, die sich unter der Bezeichnung „zweiter Bildungsweg“ zusammenfassen lassen. Zur Darstellung der Bedeutung alternativer Bildungswege lohnt ein Blick in die Zahlen und Daten der amtlichen Bildungsstatistiken.

Der „zweite Bildungsweg“

Definition des zweiten Bildungswegs

Unter der Begrifflichkeit „zweiter Bildungsweg“ wird in der Regel das Nachholen oder der nebenberufliche Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses verstanden. Während die Kultusministerkonferenz (KMK)¹ lediglich die Abendschulen, Kollegs und Nichtschüler- bzw. Externenprüfungen sowie die Abiturprüfung an Waldorfschulen zum „zweiten Bildungsweg“ zählt, werden von der Bundesagentur für Arbeit² und in wirtschaftswissenschaftlichen Lexika³ auch

andere Bildungseinrichtungen wie die berufsbildenden Schulen oder Volkshochschulen berücksichtigt.

Um einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der Schülerzahlen in alternativen Bildungswegen zu erhalten, wird im Folgenden eine Definition des zweiten Bildungswegs im weiteren Sinne verwendet, die auch Abschlüsse bzw. Zugangsmöglichkeiten zu höheren Bildungseinrichtungen über berufsbildende Schulen berücksichtigt.⁴ Im Fokus sollen dabei der Erwerb der Berufsreife als ersten allgemeinbildenden Schulabschluss und die Hochschulreife als Hochschulzugangsberechtigung stehen.

1 Vgl. Kultusministerkonferenz: Zweiter Bildungsweg. www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/bildungswege-und-abschluesse/zweiter-bildungsweg-nichtschueler-pruefung-und-waldorfschulen.html [abgerufen am: 12.06.2023]

2 Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Schulabschluss nachholen – zweiter Bildungsweg. www.arbeitsagentur.de/bildung/schule/zweiter-bildungsweg [abgerufen am: 12.06.2023]

3 Vgl. Gabler (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. V-Z. 16. Auflage, Wiesbaden 2005, S. 3 479.

4 Die Freien Waldorfschulen werden in Rheinland-Pfalz als reguläre Institution der allgemeinbildenden Schulen eingeordnet und daher nicht unter den Institutionen des „zweiten Bildungswegs“ aufgeführt.

Abgänge ohne Berufsreife

In Rheinland-Pfalz verließen 2022 rund 2 900 Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule ohne Berufsreife. Das waren etwa 7,6 Prozent aller Schulentlassenen. Zehn Jahre zuvor lag ihr Anteil noch bei 5,4 Prozent.

Schulabgänge
häufig durch
Jugendliche
mit Migrations-
hintergrund

Ein Grund für den Zuwachs ist auf die zunehmende Zahl der Abgängerinnen und Abgänger mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Während zwischen 2012 und 2022 der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen von 13 auf 26 Prozent stieg, nahm er bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die ohne Berufsreife von der Schule abgingen, von 20 auf 35 Prozent zu. Dabei lässt sich die Gesamtentwicklung nur eingeschränkt auf einzelne Bevölkerungsgruppen zurückführen. So waren zwar die jungen Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit am häufigsten von einem Abgang ohne Berufsreife betroffen; ihr Anteil an allen Abgängen lag jedoch bei weniger als sieben Prozent.

Männliche
Schüler als
„Bildungs-
verlierer“

Konstant hält sich hingegen der vergleichsweise hohe Männeranteil unter den Abgängen ohne Berufsreife. So lag dieser 2022 bei 62 Prozent – genau wie zehn Jahre zuvor. Da Jungen zudem häufiger eine Klassenstufe wiederholen, seltener auf ein Gymnasium gehen und in den internationalen Leistungstests wie zum Beispiel in der PISA-Studie⁵ häufig schlechtere Ergebnisse als Mädchen aufweisen, wird in Forschung und Politik seit gut zwei Jahrzehnten die Diskussion geführt,

5 Vgl. OECD: Was sind die Ursachen von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungsbereich? In: PISA im Fokus, Nr. 49, Paris 2015, S. 1-4.

ob männliche Schüler „Bildungsverlierer“⁶ im allgemeinbildenden Schulsystem seien. Die Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass die Ursachen weniger in der Überzahl der weiblichen Lehrkräfte oder einer nicht „jungengerechten“ Didaktik in Schulbüchern zu finden seien, sondern viel mehr auf Männlichkeitspraxen und unterschiedliche Werte zurückzuführen sind.⁷ So sind für männliche Schüler häufig – und in Abhängigkeit des gesellschaftlichen Milieus – soziale Dynamiken im Klassenkontext wichtiger als ihre Kompetenzen in schulische Leistung umzusetzen – auch aus Sorge, bei sehr guten Leistungen ausgegrenzt zu werden. Diese Voraussetzungen unterstützen einen frühzeitigen Abgang und erfordern alternative Bildungswege, um allgemeinbildende Abschlüsse nachzuholen.

Erwerb der Berufsreife über den zweiten Bildungsweg

Mit dem Abschluss der Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) wird ein erster allgemeinbildender Abschluss erworben, der zur Aufnahme vieler beruflicher Ausbildungen qualifiziert und den Übergang zu anderen weiterführenden Schulen ermöglicht. Üblicherweise wird die Berufsreife im rheinland-pfälzischen Schulsystem an Realschulen plus, Hauptschulen, Integrierten Gesamtschulen, Förderschulen oder Freien Waldorfschulen erworben. Auch an anderen Schularten kann bei vorzeitigen Abgängen ein Berufsreifezeugnis ausgestellt werden.

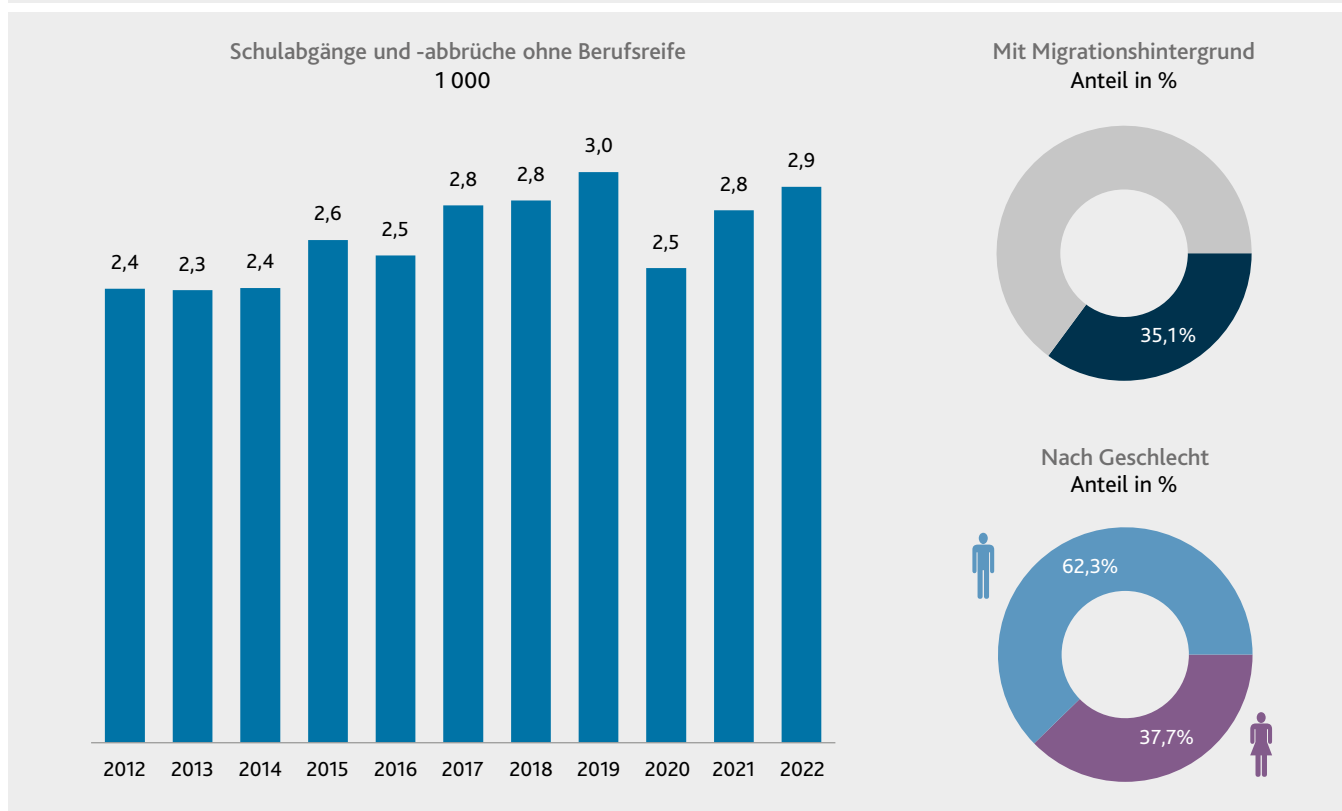
Berufsreife
über alter-
native Bil-
dungswege

6 Vgl. Hurrelmann, K./Schultz, T.: Jungen als Bildungsverlierer – Warum diese Streitschrift. In: Dies. (Hrsg.): Jungen als Bildungsverlierer. Brauchen wir eine Männerquote in Kitas und Schulen? Pädagogische Streitschriften. Weinheim, Basel 2012, S. 11.

7 Vgl. Budde, J.: Perspektiven für Jungenforschung an Schulen. In: Budde, J./Mammes, I. (Hrsg.): Jungenforschung empirisch. Zwischen Schule, männlichem Habitus und Peerkultur. Wiesbaden 2009, S. 76 f.



G1 Schulabgänge und -abbrüche ohne Berufsreife an allgemeinbildenden Schulen 2012–2022 nach Migrationshintergrund und Geschlecht



Gehen Schülerinnen und Schüler vor dem Abschluss in der neunten Klassenstufe oder mit einem Förderschulzeugnis ab, kann einer der folgenden Bildungsgänge besucht werden, um die Berufsreife nachzuholen:

Bildungsgänge zum Erreichen der Berufsreife

- Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- Berufliche Ausbildung ohne Berufsreife
- Besuch einer nichtschulischen Einrichtung und Ablegen einer Nichtschülerprüfung
- „Keine/r-ohne-Abschluss“-Klasse (KoA) an Realschule plus
- Besondere Maßnahmen: Berufsfachschule I und Abendhauptschule

Neben den Bildungsgängen zum Erreichen der Berufsreife haben sich auch Angebote etabliert, um einen mittleren Abschluss

nachzuholen. Hierzu zählen insbesondere erfolgreiche Berufsschulabschlüsse⁸ mit ausreichenden Fremdsprachenkenntnissen und mindestens einer Durchschnittsnote von 3,0 sowie Absolventinnen und Absolventen der Berufsfachschule II⁹.

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

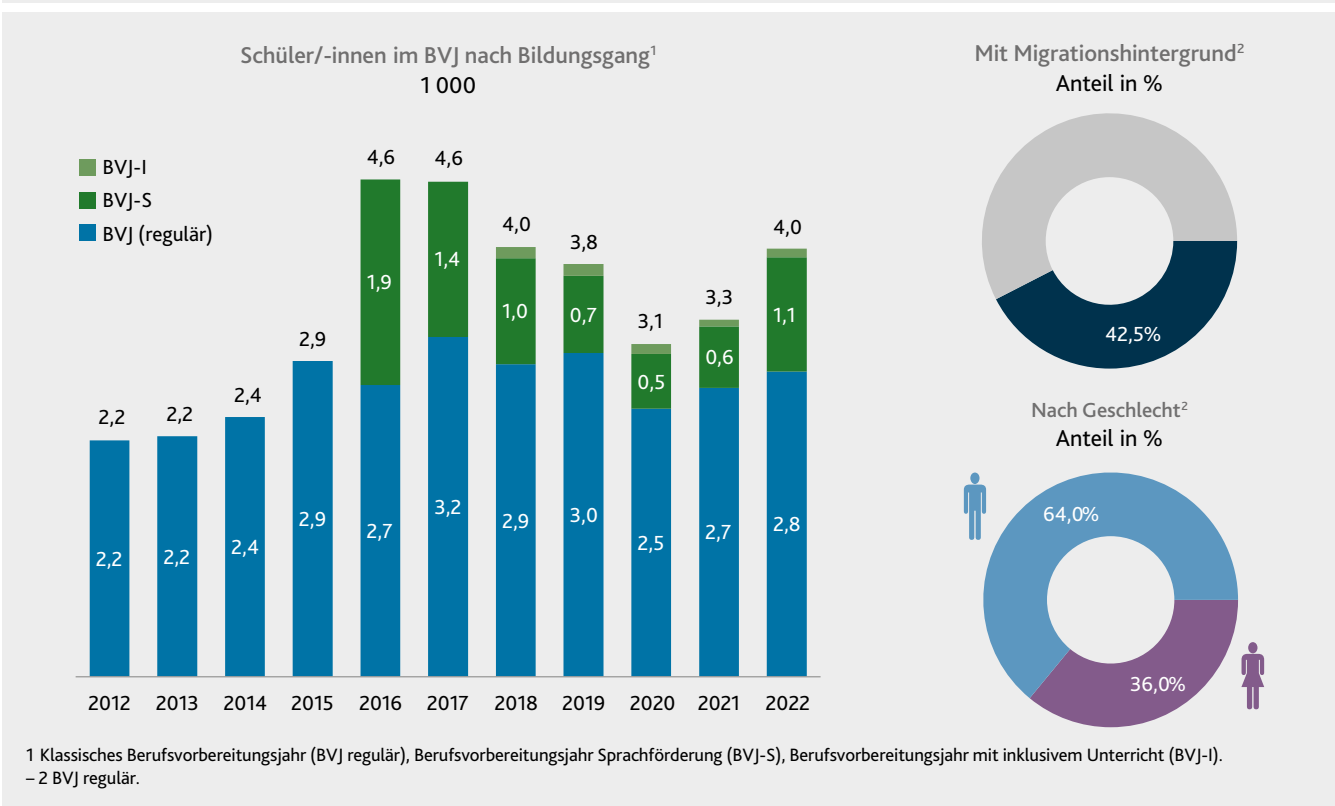
Das BVJ „bereitet Jugendliche ohne Berufsreifeabschluss auf den Eintritt in eine Berufsausbildung oder in ein Arbeitsverhältnis vor, wenn sie nach einem mindestens neunjährigen Besuch einer allgemeinbildenden Schule (z. B. Realschule plus, Förderschule Lernen) aus unterschiedlichen Gründen weder in ein Ausbildungsverhältnis eintreten noch ein

Erwerb der Berufsreife über das Berufsvorbereitungsjahr

⁸ Vgl. §9 Absatz 2 der BerSchulO RP.

⁹ Vgl. §2 Absatz 2 der BerFSchulBiV RP.

G2 Schüler/-innen im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) 2012–2022 nach Bildungsgang, Migrationshintergrund und Geschlecht



Arbeitsverhältnis aufnehmen können und nicht an einer Fördermaßnahme der Arbeitsagentur teilnehmen“.¹⁰ Als Abschluss erhalten die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler ein Abschlusszeugnis der Berufsschule, das die Berufsreife einschließt.

Ziele des BVJ-I und des BVJ-S

Neben dem klassischen BVJ hat sich das „Berufsvorbereitungsjahr Sprachförderung“ (BVJ-S) etabliert, das allerdings zu keiner Berufsreife führt, sondern im Schwerpunkt den Erwerb der deutschen Sprache und das Kennenlernen der deutschen Kultur fördert. Im sogenannten BVJ-I, dem Berufsvorbereitungsjahr mit inklusivem Unterricht, werden insbesondere schulpflichtige junge Menschen mit einem sonderpädagogischen

Gutachten mit dem Förderschwerpunkt Ganzheitliche Entwicklung gefördert. Auch in diesem BVJ-Bildungsgang wird in der Regel keine Berufsreife erworben.

In Rheinland-Pfalz besuchten etwa 4 000 Schülerinnen und Schüler das BVJ, darunter rund 2 800 den regulären Bildungsgang, der zur Berufsreife führt. Zehn Jahre zuvor lag die Zahl noch bei 2 200. Der Anstieg ist auf junge Menschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Während die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund gegenüber 2012 sogar leicht zurückging, stieg sie bei denjenigen mit Migrationshintergrund von 500 auf rund 1 200. Das war ein Plus von 141 Prozent. Der Anteil der Bildungsteilnehmenden mit Migrationshintergrund stieg dadurch von 23 auf 42 Prozent. Ursache ist unter anderem, dass

Viele BVJ-Teilnehmende mit Migrationshintergrund

¹⁰ Vgl. Ministerium für Bildung: Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Bildungsserver Berufsbildende Schule. Mainz 2023.



die Zahl der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund gestiegen ist und ohne Berufseinstieg, Ausbildungsplatz oder Aufnahme in eine Sondermaßnahme der Bundesagentur für Arbeit das Berufsvorbereitungsjahr besucht wird, um die Schulpflicht zu erfüllen bzw. den Berufsreife-Abschluss nachzuholen. Ein weiterer Grund für die Entwicklung ist möglicherweise, dass viele schutz- und asylsuchende Jugendliche zunächst zum Erwerb der deutschen Sprache das BVJ-S besuchen und anschließend in das reguläre Berufsvorbereitungsjahr wechseln.

Mehr Männer
als Frauen
im BVJ

In der Geschlechterverteilung zeigt sich wie bei den frühzeitigen Abgängen ohne Berufsreife, dass mehr Schüler als Schülerinnen das reguläre Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Im Schuljahr 2022/23 waren 64 Prozent der Teilnehmenden männlich. Ihre Zahl stieg sogar zwischen 2012 und 2022 von 1 400 auf

1 800 (plus 33 Prozent). Allerdings ist dies im Wesentlichen auf männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund zurückzuführen (plus 131 Prozent). Die Zahl der Schüler ohne Migrationshintergrund blieb gegenüber 2012 nahezu identisch.

Berufsausbildung ohne Berufsreife

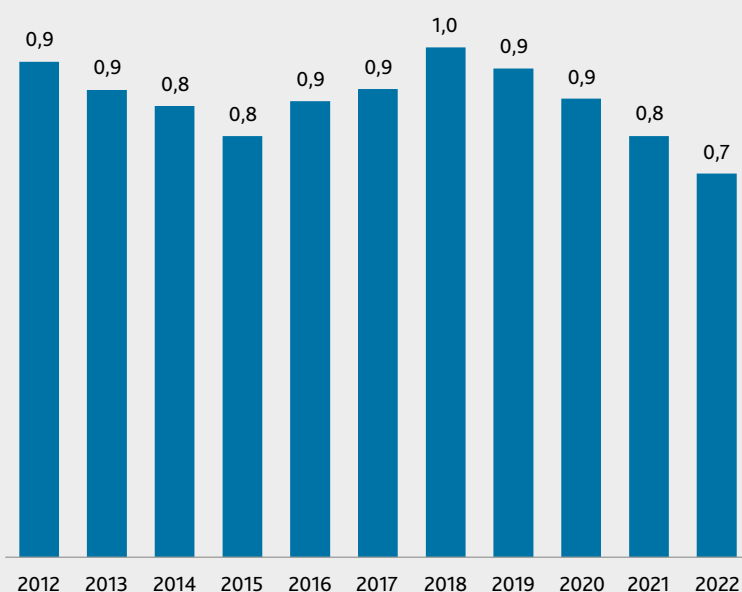
Auch ohne Berufsreife kann eine berufliche Ausbildung begonnen werden. Voraussetzung ist, dass mit einem Betrieb ein Ausbildungsvertrag geschlossen wird. Im Schulgesetz wird in diesem Fall geregelt, dass mit dem Abschlusszeugnis der Berufsschule auch die Berufsreife vergeben wird.¹¹ Der vergleichsweise offene Zugang ist im Kontext fehlender Fachkräfte von zunehmender Bedeutung, um junge interessierte Nach-

Keine Zunahme der Auszubildenden ohne Berufsreife

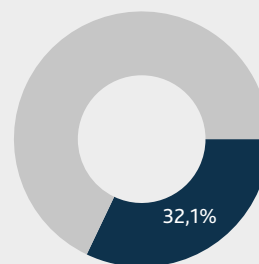
¹¹ Vgl. §11 Abs. 2 des SchulG RP.

G3 Auszubildende an Berufsschulen mit fehlender Berufsreife 2012–2022 nach Migrationshintergrund und Geschlecht

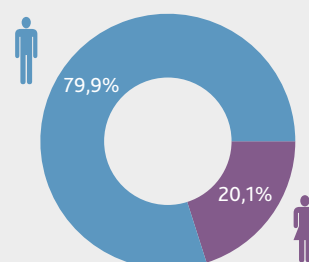
Auszubildende an Berufsschulen mit fehlender Berufsreife
1 000



Mit Migrationshintergrund
Anteil in %



Nach Geschlecht
Anteil in %



wuchskräfte für ein Ausbildungsverhältnis zu gewinnen.

Im Schuljahr 2022/23 hatten rund 700 Berufsschülerinnen und -schüler in einer Berufsausbildung keine Berufsreife und auch keinen höheren allgemeinbildenden Abschluss als Vorbildung. Das waren etwa 1,2 Prozent aller Berufsschülerinnen und -schüler, die eine berufliche Ausbildung absolvieren. Trotz Fachkräftemangels und trotz zunehmender Zahl an Abgängen ohne Berufsreife lag der Wert sogar leicht unter dem Niveau von 2012.

Ausbildungs-
angebote für
Menschen mit
Behinderung

Teilweise lässt sich die Zahl der Ausbildungsteilnehmenden ohne Berufsreife durch Jugendliche und junge Erwachsene erklären, die ein Gutachten mit einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt haben und eine Berufsausbildung nach §66 des Berufsbildungsgesetzes bzw. nach §42r der Handwerksordnung absolvieren, in deren Rahmen Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen festgelegt werden. Beispielsweise wurden 2022/23 rund 30 Personen ohne Berufsreife zur Fachpraktikerin bzw. zum Fachpraktiker Hauswirtschaft ausgebildet, eine speziell für Menschen mit Behinderung geregelte dreijährige Ausbildung. Etwa 17 Prozent der Auszubildenden ohne Berufsreife absolvierten eine spezielle Berufsausbildung für Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Alle anderen waren Auszubildende in regulären Ausbildungsberufen, darunter beispielsweise jeweils etwa 50 Personen in den Ausbildungen „Maler/in und Lackierer/in – Gestaltung und Instandhaltung“ und „Kraftfahrzeugmechatroniker/in“.

Während der Anteil der Berufsschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund, die als Vorbildung weder einen Berufsreife noch einen höheren Abschluss vorweisen konnten, in den letzten zehn Jahren von 17 auf 32 Pro-

zent gestiegen ist, sank der Frauenanteil in dieser Gruppe von 25 auf 20 Prozent. Neben der gestiegenen Zahl der männlichen und migrationserfahrenen Abgänge ohne Berufsreife begründet sich die Entwicklung möglicherweise auch in der stärkeren Öffnung der Zugangsmöglichkeiten zu Handwerksberufen, die traditionell stärker von Männern als von Frauen ausgeübt werden.

Zahl der Auszubildenden ohne Berufsreife mit Migrationshintergrund nimmt zu

Obwohl es auch an den Schulen des Gesundheitswesens teilweise möglich ist, eine Ausbildung ohne Berufsreifezeugnis zu beginnen, wurden in den vergangenen Jahren nur wenige Fälle verzeichnet. So meldeten diese Schulen im Schuljahr 2022/23 lediglich fünf Schülerinnen und Schüler ohne Berufsreifeabschluss in Rheinland-Pfalz. Seit 2012/13 waren es in der Summe nur 23 junge Menschen, bei denen keine Berufsreife als Vorbildung vorlag.

Andere Situation an den Schulen des Gesundheitswesens

Berufsreife im Rahmen der Nichtschülerprüfung

Neben dem Besuch einer schulischen Einrichtung ist es auch möglich, auf die Prüfung eines allgemeinbildenden Abschlusses zum Beispiel im Rahmen eines Angebots an einer nichtschulischen Einrichtung vorbereitet zu werden und den staatlichen Abschluss anschließend in einer sogenannten Nichtschülerprüfung zu erwerben.¹²

Die Volkshochschulen und andere Träger der Erwachsenenbildung haben sich darauf spezialisiert, Kurse zur Vorbereitung für das Nachholen von Schulabschlüssen anzubieten.¹³ Für das Jahr 2021 meldeten die rheinland-pfälzi-

Nachholen von Schulabschlüssen an den Volkshochschulen

¹² Vgl. Ministerium für Bildung: Prüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zum nachträglichen Erwerb der Qualifikation der Berufsreife. Mainz 2023.

¹³ Vgl. Landesverband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz: Positionspapier. Nachholen von Schulabschlüssen an Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz. Mainz 2023.



schen Weiterbildungsträger insgesamt rund 750 Teilnehmende im Sachgebiet „Nachholen von Schulabschlüssen“. Gegenüber 2012 war das ein deutlicher Rückgang: Die Zahl der geförderten Teilnehmenden in diesem Sachgebiet sank um 61 Prozent.

Erwerb der
Berufsreife
außerhalb des
Schulsystems

Die Schulaufsicht verzeichnete in 2022 etwa 400 Nichtschülerprüfungen. Zehn Jahre zuvor waren es noch gut 200 Prüfungsteilnehmende mehr. Nur knapp Dreiviertel der Teilnehmenden schließt die Prüfung erfolgreich ab. Dabei ist auffällig, dass Frauen zu 92 Prozent die Berufsreifeprüfung und Männer nur zu 68 Prozent bestehen. Außerdem hatten Prüfungsteilnehmende mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine Erfolgsquote von 86 Prozent, Deutsche hingegen nur von 75 Prozent. Ausländer- und

Männeranteile fielen bei Nichtschülerprüfungen etwas geringer aus als der jeweilige Anteil unter den Schülerinnen und Schülern, die ohne Berufsreifeabschluss von einer allgemeinbildenden Schule abgingen. Möglicherweise ist dies auf konkurrierende berufsorientierte Angebote im Rahmen der berufsbildenden Schulen zurückzuführen.

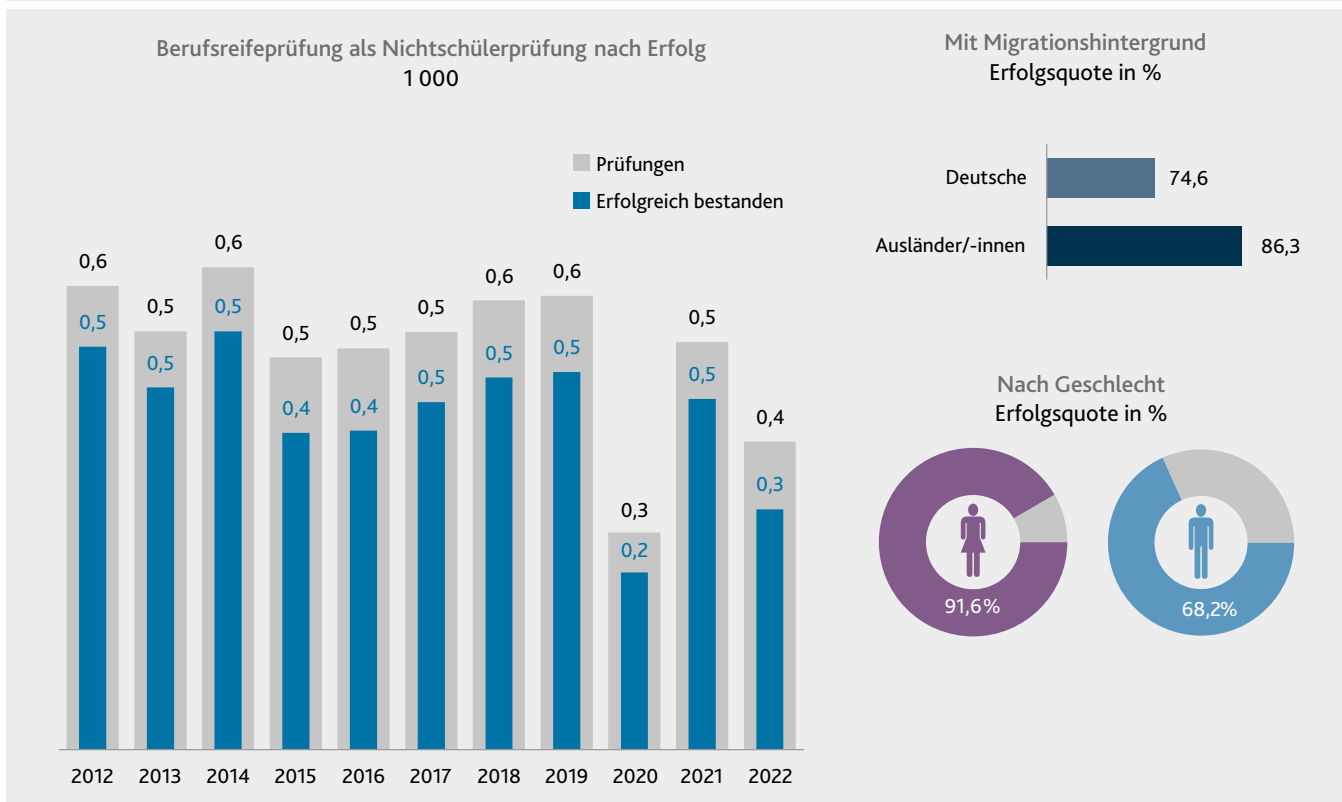
Berufsreife über die „Keine/r-ohne-Abschluss-Klasse“

In 2009 wurde die sogenannte „Keine/r-ohne-Abschluss“-Klasse, kurz KoA-Klasse, an ausgewählten Realschulen plus eingeführt.¹⁴ Darin werden in einem zusätzlichen 10. Schuljahr Schülerinnen und Schüler, die

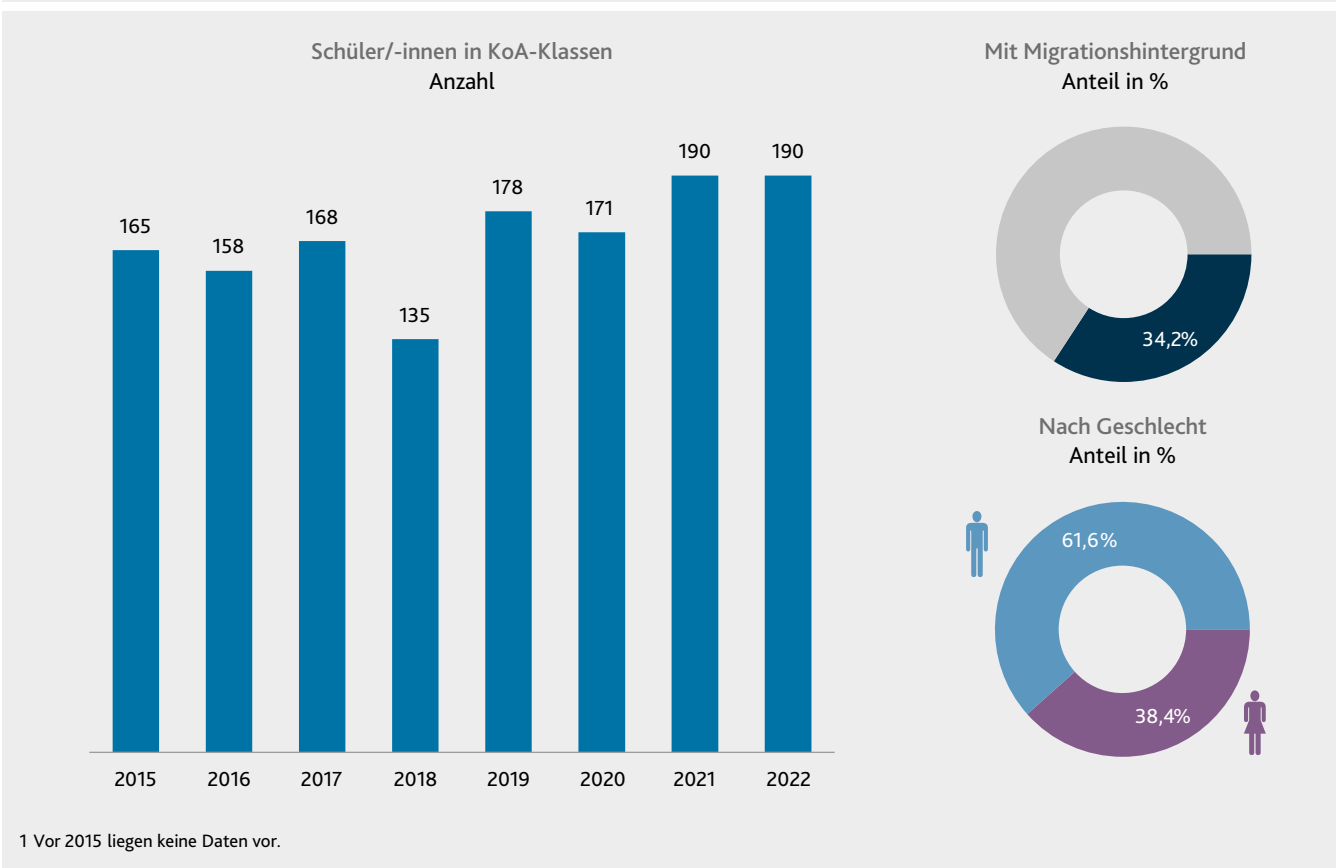
KoA-Klasse als
zweite Chance

14 Vgl. Ministerium für Bildung: Keine(r) ohne Abschluss. Bildungsserver. Mainz 2020.

G4 Berufsreifeprüfung als Nichtschülerprüfung 2012–2022 nach Erfolg, Staatsangehörigkeit und Geschlecht



G5 Schüler/-innen in „Keine/r-ohne-Abschluss“-Klassen (KoA-Klassen) 2015–2022¹ nach Migrationshintergrund und Geschlecht



andernfalls zum Ende der neunten Klassenstufe ohne Abschluss von der Schule abgegangen wären, berufsorientiert – unterstützt durch die Bundesagentur für Arbeit – und in kleinen Klassengruppen organisiert zur Berufsreife geführt.

Schülerzahlen
in KoA-Klassen
2021 und 2022
mit Höchst-
werten

Im Schuljahr 2022/23 besuchten 190 Schülerinnen und Schüler eine KoA-Klasse. Das war – wie im Vorjahr – der Höchstwert seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 2015. Etwa 34 Prozent der Teilnehmenden hatten einen Migrationshintergrund und 62 Prozent waren männlich. Das entspricht exakt der strukturellen Zusammensetzung der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsreife an allgemeinbildenden Schulen.

Besondere Maßnahmen: Berufsreife an der Berufsfachschule I und Abendhauptschule

Im eigentlichen Sinne ist die Berufsfachschule I eine Institution des Übergangsbereichs zwischen einem ersten allgemeinbildenden Abschluss und dem Beginn einer Ausbildung. In der Berufsfachschule I wird eine berufliche Grundbildung vermittelt.¹⁵ Obwohl die im Schulgesetz festgelegte Voraussetzung zum Besuch der Berufsfachschule I die Berufsreife ist, gibt es in Einzelfällen Schulversuche, in deren Rahmen auch Jugendliche ohne Berufsreifeabschluss den Bildungsgang besuchen dürfen. Zwischen

Berufsreife-
erwerb an BF I

¹⁵ Vgl. Ministerium für Bildung: Berufsfachschule I (BF I). Bildungsserver. Mainz 2023.



2019 und 2022 holten dadurch insgesamt etwa 110 Schülerinnen und Schüler die Berufsreife als Zweitabschluss an der Berufsfachschule I nach.

Angebote von Abendhauptschulen in anderen Bundesländern

In anderen Bundesländern wie im Nachbarland Hessen¹⁶ haben sich auch weitere Angebote zum Erwerb des Hauptschulabschlusses etabliert, beispielsweise eine Abendhauptschule. Eine solche Abendhauptschule gibt es in Rheinland-Pfalz nicht bzw. wird durch das Volkshochschulangebot ersetzt. Es ist allerdings für in Rheinland-Pfalz ansässige Bürgerinnen und Bürger möglich, eine Abendhauptschule in einem anderen Bundesland oder als Online- bzw. Fernkurs zu besuchen und die Berufsreife über eine Nichtschülerprüfung zu erwerben. Daten zur Wahrnehmung landesfremder Angebote liegen in der amtlichen Statistik nicht oder nur eingeschränkt vor. Aus der BAföG-Statistik ist beispielsweise ersichtlich, dass zwischen 2012 und 2021 insgesamt 15 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer Fördermittel für den Besuch einer Abendhauptschule erhalten haben. Dies ist – trotz geringer Fallzahl – zumindest ein Indiz dafür, dass auch andere Angebote außerhalb des Landes besucht werden, um die Berufsreife nachzuholen.

Erwerb der Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg

Studienberechtigung über alternative Bildungswege

Während die Berufsreife den Zugang zur beruflichen Ausbildung und der mittlere Abschluss einen Zugang für bestimmte Schulformen im Berufsbildungssystem öffnen, beispielsweise zu Höheren Berufsfachschulen, ist das Nachholen der Hochschulreife für die Durchlässigkeit im Bildungssystem von großer Bedeutung: Als

¹⁶ Vgl. Hessisches Kultusministerium: Schulen für Erwachsene. Abendhauptschule. Wiesbaden 2023.

Hochschulzugangsberechtigung ermöglicht der Hochschulreifeabschluss einen Übergang von der schulischen Sekundarstufe II in die akademische Bildung. Üblicherweise kann die Hochschulreife an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen erworben werden. Daneben haben sich eine Reihe an Bildungsinstitutionen des zweiten Bildungswegs etabliert, deren Ziel es ist, die Hochschulreife zu erlangen. So kann die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) zusätzlich an

- Kollegs,
 - Abendgymnasien,
 - Beruflichen Gymnasien,
 - Berufsoberschulen II (einschließlich fachgebundener Hochschulreife) oder
 - als Nichtschülerprüfung
- und die Fachhochschulreife an
- Fachoberschulen,
 - Berufsoberschulen I,
 - Dualen Berufsoberschulen sowie
 - über den Fachhochschulreifeunterricht an Fachschulen, Höheren Berufsfachschulen, dreijährigen Berufsfachschulen und Berufsschulen

erworben werden. Daneben kann eine Hochschulzugangsberechtigung auch über eine ausschließlich berufliche Qualifikation erlangt werden. Die „Landesverordnung über die unmittelbare Hochschulzugangsberechtigung beruflich qualifizierter Personen“ regelt die Voraussetzungen, die eine Hochschulzugangsberechtigung über berufliche Abschlusszeugnisse ermöglicht.

In Rheinland-Pfalz schlossen 2022 rund 19 300 Schülerinnen und Schüler die Schule oder eine Nichtschülerprüfung mit der voll-

Institutionen und Wege zum Erwerb der Hochschulreife

ständigen Hochschulreife¹⁷ ab. Während etwa 13 600 dies über den regulären Bildungsweg an einer allgemeinbildenden Schule gelang, waren es 5 700 junge Menschen, die ihre Hochschulreife über ein Angebot des zweiten Bildungswegs erwarben.

Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife an berufsbildenden Schulen

Hochschulreifeerwerb an Berufsoberschule II und Beruflichem Gymnasium

An berufsbildenden Schulen kann die Allgemeine Hochschulreife an beruflichen Gymnasien und an der Berufsoberschule II nachgeholt werden. Während der Besuch des beruflichen Gymnasiums unmittelbar auf einem mittleren Abschluss aufsetzt, setzt die Berufsoberschule II neben der Fachhochschulreife auch den Abschluss einer zwei- oder mehrjährigen beruflichen Ausbildung voraus.¹⁸ Dafür haben die Teilnehmenden an den Bildungsgängen der Berufsoberschule II die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres und in einem berufsbezogenen Schwerpunkt die Hochschulzugangsberechtigung für ein Universitätsstudium zu erlangen. Eine Besonderheit der Berufsoberschule II ist, dass auch die fachgebundene Hochschulreife erworben werden kann, die die Aufnahme eines fachlich kongruenten Universitätsstudiums ermöglicht.

Geschichte der beruflichen Gymnasien

An beruflichen Gymnasien kann hingegen nur die Allgemeine Hochschulreife und bei früheren Abgängen ggf. der schulische Teil der Fachhochschulreife erworben werden. Sie haben als eigenständige Schulform eine vergleichsweise lange Geschichte im rheinland-pfälzischen Berufsbildungssystem: Sie

17 Allgemeine Hochschulreife, fachgebundene Hochschulreife und Fachhochschulreife (schulischer und praktischer Teil); ohne Absolventen/-innen mit nur schulischem Teil der Fachhochschulreife.

18 Vgl. Ministerium für Bildung: Berufsoberschule II (BOS 2). Bildungsserver. Mainz 2023.

entwickelten sich bereits in den 1960er Jahren aus den Berufsfachschulen heraus und umfassen nur die gymnasiale Oberstufe, die sich in drei berufsbezogene Fachrichtungen gliedert: (1) Gesundheit und Soziales, (2) Technik und (3) Wirtschaft.¹⁹

Im Schuljahr 2022/23 besuchten rund 8 100 Schülerinnen und Schüler ein berufliches Gymnasium in Rheinland-Pfalz. Das war der niedrigste Wert innerhalb der letzten zehn Jahre. Gegenüber 2012 sank die Schülerzahl an beruflichen Gymnasien um zwölf Prozent. Eine vergleichbare Entwicklung ist bei den Absolventinnen und Absolventen mit Abitur zu beobachten: Rund 1 800 erfolgreiche Abschlüsse war die niedrigste Zahl der letzten zehn Jahre. Zwischen 2012 und 2022 sank die Abiturientenzahl an beruflichen Gymnasien sogar um 15 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der erfolgreichen Abiturprüfungen an allgemeinbildenden Schulen um nur 2,4 Prozent zurück.

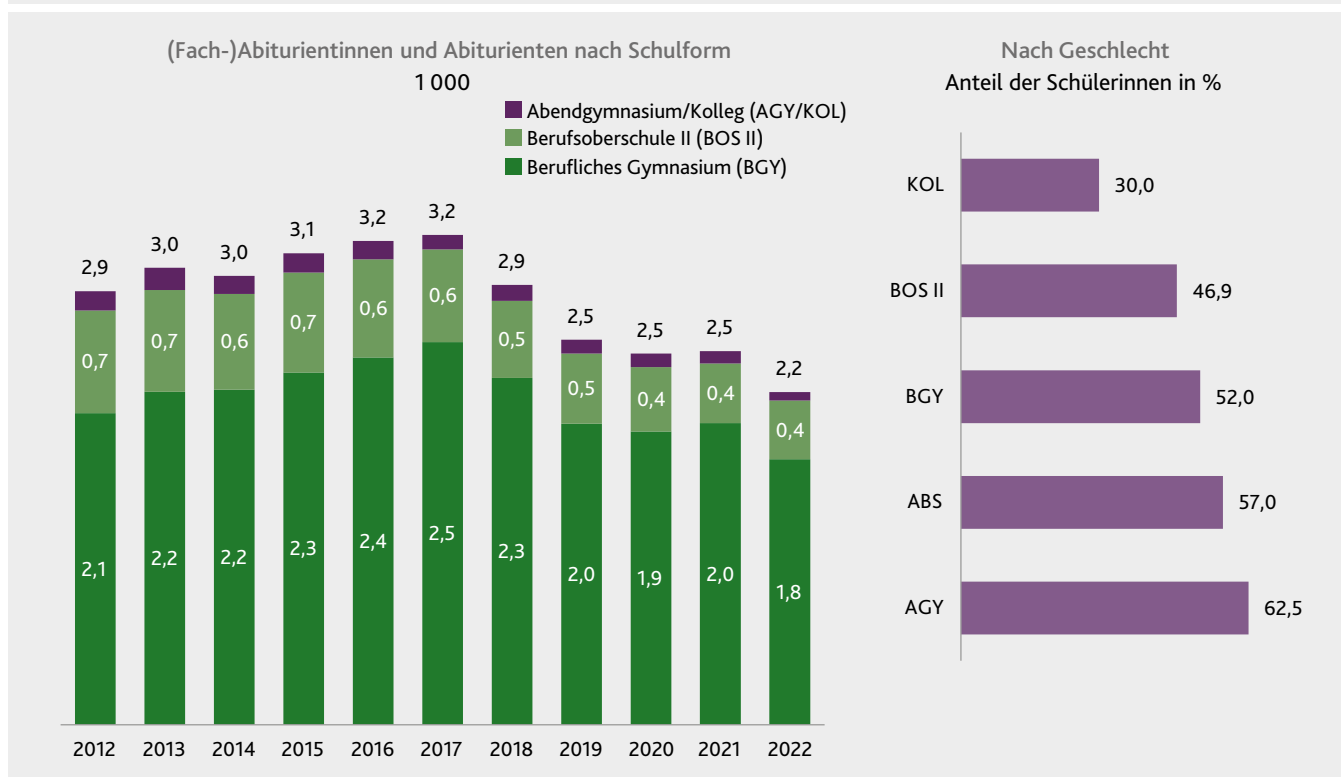
Die Berufsoberschule II nimmt gegenüber dem beruflichen Gymnasium bezogen auf die Schülerzahlen nur eine untergeordnete Rolle ein: Im Schuljahr 2022/23 besuchten nur 500 Schülerinnen und Schüler die Berufsoberschule II; rund 300 absolvierten in 2022 die Abiturprüfung erfolgreich und etwa 90 erlangten die fachgebundene Hochschulreife. Gegenüber 2012 haben sich die Schüler- (–44 Prozent) und Absolventenzahlen (–43 Prozent) beinahe halbiert. Die Entwicklung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass der Zugang zum Hochschulstudium inzwischen auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur möglich

Bedeutung der Berufsoberschule II nimmt ab

19 Vgl. Ministerium für Bildung: Das Berufliche Gymnasium. Informationen für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Lehrkräfte. Mainz 2017, S. 4.



G6 Erwerb der fachgebundenen und Allgemeinen Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg 2012–2022 nach Schulformen und Geschlecht



ist, beispielsweise durch eine erfolgreiche Meisterprüfung.²⁰

Junge Männer bevorzugen praxisbezogene Angebote an beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen II

Das berufliche Gymnasium und die Berufsoberschule II sind für junge Männer etwas attraktiver als das Angebot der Mainzer Studienstufe (MSS) allgemeinbildender Schulen. Während der Männeranteil unter den (Fach-)Abiturientinnen und Abiturienten allgemeinbildender Schulen bei 43 Prozent lag, waren es bei beruflichen Gymnasien 48 Prozent und bei der Berufsoberschule II sogar 53 Prozent. Auch der Anteil Absolventinnen und Absolventen mit Migrationshintergrund fiel mit 16 Prozent an der Berufsoberschule II bzw. 13 Prozent am beruflichen Gymnasium etwas höher aus als bei allgemeinbildenden Schulen

²⁰ Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit: Hochschulzugang in Rheinland-Pfalz. mwg.rlp.de/themen/wissenschaft/studieren-in-rheinland-pfalz/hochschulzugang [abgerufen am: 27.06.2023]

(neun Prozent). Die Ergebnisse deuten auf ein stärkeres Interesse an praxis- bzw. berufsbezogenen Lernangeboten bei männlichen bzw. migrationserfahrenen jungen Menschen hin.

Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife an Kollegs und Abendgymnasien sowie als Nichtschülerprüfung

An Abendgymnasien und Kollegs können interessierte Bürgerinnen und Bürger im Erwachsenenalter die Allgemeine Hochschulreife in drei Schuljahren nachholen. Während der Besuch eines Kollegs vor- und nachmittags stattfindet und damit nur eingeschränkt mit einer beruflichen Beschäftigung vereinbar ist, wird das Abendgymnasium seiner Bezeichnung entsprechend in Abend- und Wochenendkursen sowie einer reduzierten Fächerzahl organisiert, um auch

Abendgymnasium als berufs- und elternzeitbegleitendes Angebot

einen Besuch neben der Berufstätigkeit oder im Rahmen einer Elternzeit zu ermöglichen.²¹

In Rheinland-Pfalz besuchten 2022/23 etwa 290 Schülerinnen und Schüler ein Kolleg und 190 ein Abendgymnasium. Insbesondere die Zahl der Teilnehmenden an Kollegs ging in den letzten zehn Jahren mit einem Minus von 48 Prozent deutlich zurück. An Abendgymnasien sank die Zahl im gleichen Zeitraum um 18 Prozent – damit fiel der Rückgang etwas geringer aus. In der Folge ging auch die Zahl der erfolgreichen Abiturientinnen und Abiturienten an Kollegs und Abendgymnasien von insgesamt etwa 130 auf 60 pro Schuljahr zurück.

Abendgymnasium bei Frauen beliebt

Bezüglich der Geschlechterverteilung ist auffällig, dass der Frauenanteil unter den Absolventinnen und Absolventen an Abendgymnasien mit 63 Prozent überdurchschnittlich und an Kollegs mit 30 Prozent unterdurchschnittlich ausfällt. Möglicherweise ist das Angebot des Abendgymnasiums für Frauen in Elternzeit oder in einer Teilzeitbeschäftigung besonders attraktiv. Denn nach wie vor sind in Rheinland-Pfalz deutlich mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen als Männer in Teilzeit tätig²²; zudem wird Elternzeit wesentlich häufiger und umfangreicher von Frauen als von Männern in Anspruch genommen.²³

Der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund lag an Kollegs und Abendgymnasien zwar deutlich höher als an anderen allgemeinbildenden Schulen. Doch aufgrund der geringen Fallzahlen ist die Validität nicht gegeben und eine Interpretation methodisch nicht sachgerecht.

21 Vgl. Pfalz-Kolleg: Ausbildung. www.pfalz-kolleg.de/ausbildung [abgerufen am: 27.06.2023]

22 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2022.

23 Vgl. Mikrozensus 2021.

Neben dem Erwerb der Hochschulreife an Kollegs und Abendgymnasien kann die Allgemeine Hochschulreife auch über eine Nichtschülerprüfung erworben werden. Dabei wird in der Regel eine nichtschulische Einrichtung besucht, die auf die Abiturprüfung vorbereitet. Anschließend kann der staatliche Abschluss in einer Nichtschülerprüfung erworben werden. Die von der Schulaufsicht gemeldeten Fälle in Rheinland-Pfalz sind allerdings mehr oder weniger zu vernachlässigen: Im Jahr 2022 haben acht Personen an einer Nichtschülerabiturprüfung teilgenommen, von denen nur eine Person die Prüfung erfolgreich bestanden hat. Auch in den Vorjahren lag der Höchstwert bei maximal zwölf erfolgreichen Nichtschüler-Abiturientinnen und -Abiturienten.

Nichtschülerprüfung von geringer Bedeutung beim Erwerb der Hochschulreife

Erwerb der Fachhochschulreife an berufsbildenden Schulen

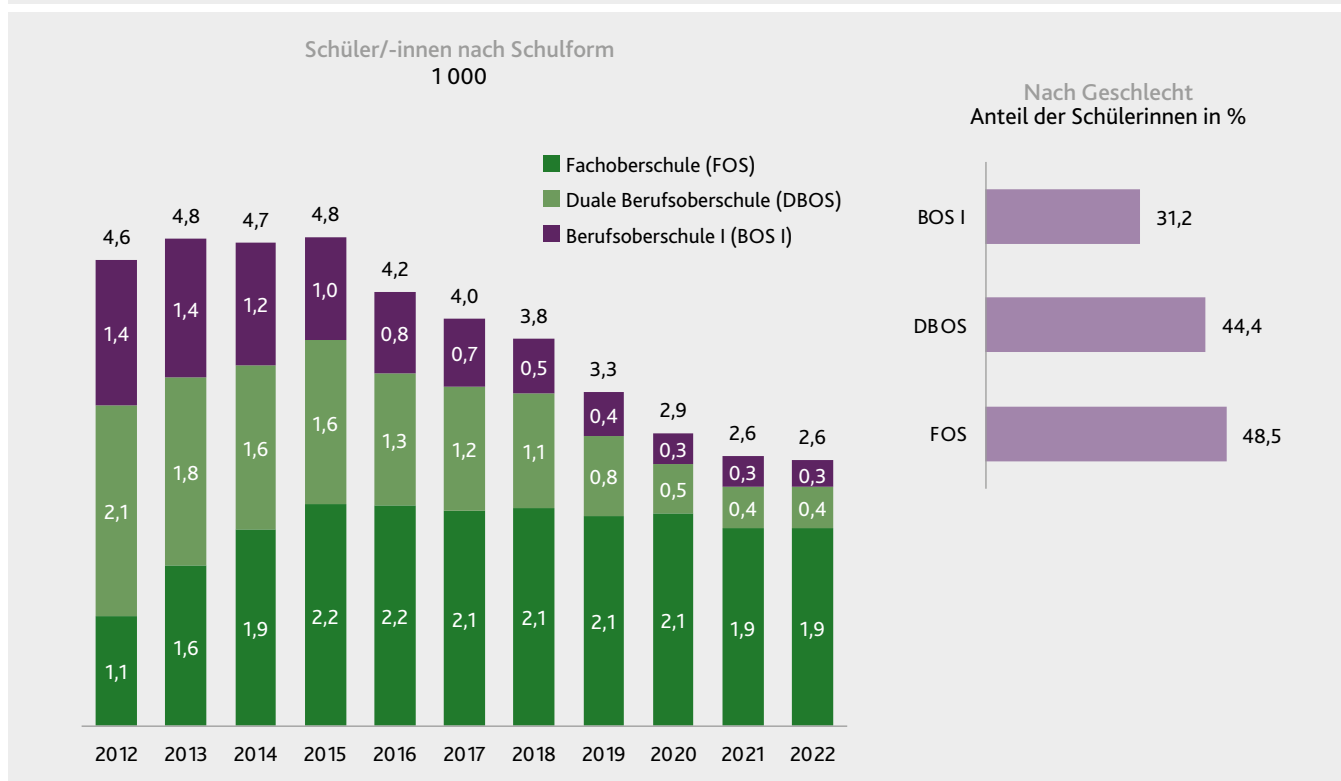
An berufsbildenden Schulen hat sich ein breites Angebot entwickelt, in dessen Rahmen die Fachhochschulreife als erste Studienberechtigung erworben werden kann. So bieten Fachoberschulen, Berufsoberschulen I, Duale Berufsoberschulen sowie über den Fachhochschulreifeunterricht die Fachschulen, Höheren Berufsfachschulen, dreijährigen Berufsfachschulen und Berufsschulen die Möglichkeit, die vollständige²⁴ Fachhochschulreife zu erwerben. Zudem führt beispielsweise der Bildungsgang „Polizei und Verwaltung“ auch ohne zusätzlichen Fachhochschulreifeunterricht zur Studienberechtigung an Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Einen besonders leichten Übergang von der allgemeinbildenden Schule in einen Bildungs-

24 Neben der vollständigen Fachhochschulreife kann in Rheinland-Pfalz auch der nur schulische Teil der Fachhochschulreife erworben werden; dieser ist ohne berufliches Praktikum allerdings noch keine Studienberechtigung.



G7 Schüler/-innen mit dem Bildungsziel des Erwerbs der Fachhochschulreife an Fach- und Berufsoberschulen 2012–2022 nach Schulformen und Geschlecht



Fachoberschule ermöglicht leichten Übergang in das Berufsbildungssystem

gang an berufsbildenden Schulen, der zur Fachhochschulreife führt, bieten die Fachoberschulen an. Sie sind unmittelbar an ausgewählten Realschulen plus organisatorisch angegliedert und können nach erfolgreichem Qualifizierten Sekundarabschluss I (mittlerer Abschluss) besucht werden. „Die Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule absolvieren in der elften Klasse jeweils an drei Tagen der Woche ein betriebliches Praktikum in der gewählten Fachrichtung“.²⁵ An den anderen Wochentagen und im 12. Schuljahr findet regulärer Unterricht mit einem berufsbezogenen Schwerpunkt statt: (1) Wirtschaft und Verwaltung, (2) Gesundheit und Soziales, (3) Technik, (4) Gestaltung oder (5) Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie.

25 Ministerium für Bildung: Fachoberschule. Bildungsserver. Mainz 2022.

Im Gegensatz zur Fachoberschule bedarf es für den Besuch der Berufsoberschule I neben einem mittleren Abschluss auch eines ersten beruflichen Abschlusszeugnisses einer mindestens zweijährigen Ausbildung.²⁶ Dafür ist der Bildungsgang ein Jahr kürzer als die Fachoberschule. An der Berufsoberschule I werden ebenfalls berufsbezogene Fachrichtungen angeboten (Gestaltung, Gesundheit und Soziales, Technik, Wirtschaft und Verwaltung). Die Duale Berufsoberschule ist in Abgrenzung zur Berufsoberschule I in Teilzeit organisiert und dauert zwei Jahre.

Im Schuljahr 2022/23 besuchten 1900 die Fachoberschule, 400 die Duale Berufsoberschule und 250 die Berufsoberschule I. Insgesamt erwarben 2022 rund 1100 Schüle-

Weniger Teilnehmende an Berufsoberschulen

26 Vgl. Ministerium für Bildung: Berufsoberschule I (BOS I): Bildungsserver. Mainz 2023.

rinnen und Schüler die Fachhochschulreife an einer der drei Schulformen. Gegenüber 2012/23 ging insbesondere die Zahl der Teilnehmenden an den Berufsoberschulen zurück, da die Aufnahmevoraussetzungen hoch sind und die Hochschulen sich für beruflich Qualifizierte zunehmend geöffnet haben. Die Entwicklung der Schülerzahl an der Fachoberschule hat sich weitestgehend stabilisiert: Durch den Ausbau der Fachoberschule stieg die Zahl zunächst bis 2014 und stagniert seither bei 1 900 bis 2 200 Schülerinnen und Schülern.

Fachhochschulreifeunterricht parallel zur beruflichen Ausbildung

Neben den Angeboten der Oberschulen können alle Personen mit einem mittleren Schulabschluss den Fachhochschulreifeunterricht wahrnehmen, die parallel eine berufliche Ausbildung an der Berufsschule, dreijährigen Berufsfachschule, höheren Berufsfachschule oder Fachschule absolvieren.²⁷ Der Fachhochschulreifeunterricht erstreckt sich in der Regel über die Dauer des beruflichen Ausbildungsgangs.

Acht Prozent aller Berufsschüler/-innen besuchen Fachhochschulunterricht

Rund 6 500 Schülerinnen und Schüler besuchten den Fachhochschulreifeunterricht – das waren etwa acht Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Berufs-, dreijährigen Berufsfach-, höheren Berufsfach- und Fachschulen. Diese Schulen meldeten für 2022 knapp 2 400 Absolventinnen und Absolventen, die die Fachhochschulreife als Zweitabschluss erwarben. Bezüglich der Entwicklung des Besuchs des Fachhochschulreifeunterrichts ist aufgrund unterschiedlicher Erfassungsmethoden in den einzelnen Jahrgängen keine valide Aussage möglich.

Die Geschlechterverteilungen bei den Absolventinnen und Absolventen mit Fach-

hochschulreife variieren stark zwischen den Schulformen. Während junge Frauen (52 Prozent) etwas häufiger als Männer die Fachhochschulreife an Fachoberschulen erwerben, waren die männlichen Absolventen bei den anderen Schulformen in der Mehrheit – insbesondere an der Berufsoberschule I (77 Prozent) und Dualen Berufsoberschule (58 Prozent). Hinsichtlich herkunftsbezogener Unterschiede lassen sich aufgrund der geringen Fallzahlen an den Berufsoberschulen keine validen Aussagen treffen.

FOS bei Frauen beliebt; Männer präferieren Berufsoberschulen

Studieren ohne Hochschulreife

Ein Studium kann in Rheinland-Pfalz nicht nur über den Erwerb der Hochschulreife aufgenommen werden. Seit einigen Jahren öffnen sich die Hochschulen des Landes zunehmend auch für beruflich Qualifizierte. Im Wintersemester 2021/22 meldeten die Hochschulen für etwa 3,5 Prozent der Studierenden im ersten Hochschulse semester eine berufliche Qualifizierung als Hochschulzugangsberechtigung. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei 1,8 Prozent.

Hochschulzugangsberechtigung über berufliche Qualifikation

Neben den beruflich Qualifizierten gibt es auch für Studieninteressierte aus dem Ausland, deren im Ausland erworbener Schulabschluss nicht der Hochschulreife in Deutschland gleichgestellt ist, die Möglichkeit, die Hochschulreife in einem Studienkolleg vor Studienbeginn nachzuholen. Der Abschluss des Studienkollegs wurde für etwa 0,6 Prozent der Studienanfängerinnen und Studienanfänger als Hochschulzugangsberechtigung gemeldet.

Studienberechtigung über Studienkolleg

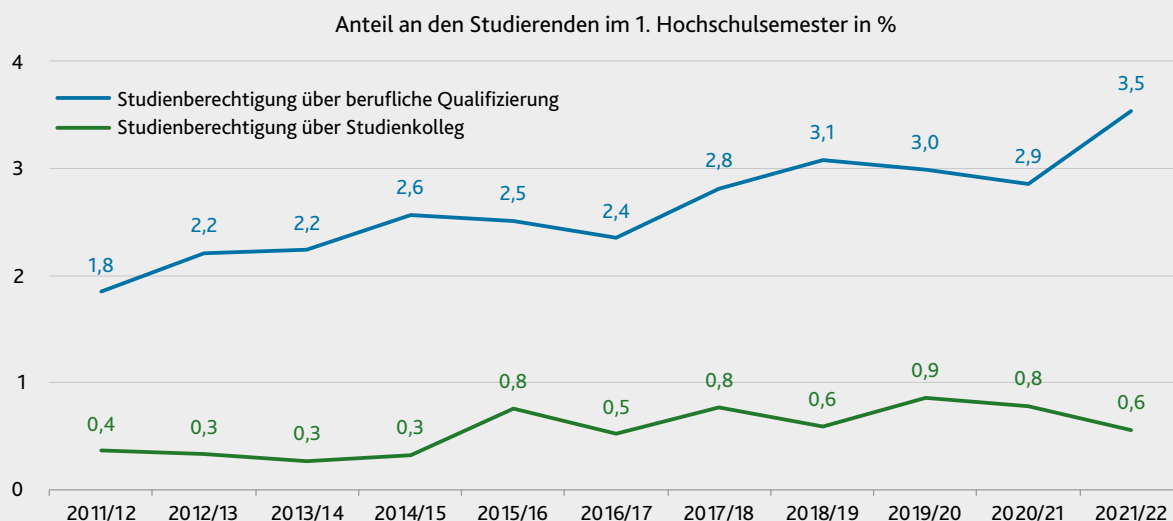
Ausblick

Nach wie vor gehen Schülerinnen und Schüler von der Schule ab, ohne das angedachte

²⁷ Vgl. Ministerium für Bildung: Duale Berufsoberschule & Fachhochschulreifeunterricht. Bildungsserver. Mainz 2023.



G8 Studierende im 1. Hochschulsemester mit beruflicher Qualifizierung oder Studienkolleg als Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2011/12 bis 2021/22



Bildungsziel zu erreichen. Für den weiteren Lebensweg ist es besonders kritisch, wenn nicht einmal die Berufsreife als erster Schulabschluss erreicht wurde. Um die Berufsreife nachzuholen haben sich in Rheinland-Pfalz vielfältige Möglichkeiten gebildet und als institutionalisierte Bildungsangebote etabliert. Auch wenn die Teilnehmendenzahlen in einzelnen Bildungsgängen gering sind, hat jede Schülerin und jeder Schüler, der über den zweiten Bildungsweg die Berufsreife nachholt und anschließend möglicherweise den Zugang zu einer Ausbildung oder einer weiteren Maßnahme erhält, einen hohen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wert.

Auch die Möglichkeit, die Hochschulreife nachträglich oder über einen berufsbildenden Zweig zu erwerben, öffnet für viele junge Menschen die Möglichkeit zur Aufnahme eines Studiums und damit einhergehend eines gesellschaftlichen und beruflichen Aufstiegs. Die zunehmende Anerkennung berufsbildender Abschlüsse und die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

sorgt für eine weitere Durchlässigkeit zwischen den schulischen, beruflichen und akademischen Bildungsbereichen.

Mit der Einführung des sogenannten Kerndatensatzes in der Schulstatistik und einer derzeit diskutierten Einführung eines Bildungsverlaufsregisters²⁸ wird es künftig – unter Einhaltung des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung – vermutlich möglich sein, Verläufe im Bildungssystem beobachten zu können. Dadurch könnten beispielsweise der Verbleib von frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgängern und die Nutzung der Angebote des zweiten Bildungswegs detailliert und im Längsschnitt ausgewertet werden.

Schulverläufe und Bildungsverlaufsregister als Zukunftsmodelle in der amtlichen Statistik

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat Bildung.

28 Vgl. Giar, K./Hohlstein, F./Wipke, M./Scharnagl, A.: Konzeption eines statistischen Bildungsverlaufsregisters in Deutschland – Entwicklungen bis 2023 und Ausgestaltungsoptionen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): WISTA, 03/2023. Wiesbaden 2023, S. 51 ff.

Die langfristige Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte



Von Dr. Annette Tennstedt

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist das Einkommen, das ihnen für den Konsum und die Vermögensbildung zur Verfügung steht. Es spiegelt das Einkommen aus der Teilnahme am Wirtschaftsprozess wider, das nach Umverteilung bei den Haushalten verbleibt. Das verfügbare Einkommen ist ein wichtiger Indikator für den materiellen Wohlstand in einer Region. Es ist seit 1991 kräftig gestiegen und lag 2021 bei 100 Milliarden Euro. Am gesamten verfügbaren Einkommen in Deutschland hat Rheinland-Pfalz einen Anteil von knapp fünf Prozent.

Primäres und verfügbares Einkommen im Überblick

Primär- und verfügbares Einkommen sind wohnortbezogene Kennzahlen

Neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentrale und bekannteste Größe werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) weitere wichtige Aggregate berechnet. Darunter sind zahlreiche Einkommensgrößen wie das primäre und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Während das Bruttoinlandsprodukt die Produktionsseite abbildet und am Produktions- bzw. Arbeitsort dargestellt wird, sind das primäre und das verfügbare Einkommen haushaltsbezogene Kennzahlen, die sich auf den Wohnort beziehen.

Einkommen aus Teilnahme am Wirtschaftsprozess

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte umfasst die Einkommen, die ihnen aus ihrer Teilnahme am Wirtschaftsprozess zufließen. Das Primäreinkommen setzt sich aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, dem Betriebsüberschuss/Selbstständigen-

einkommen und dem Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen zusammen. Unter Selbstständigeneinkommen¹ fallen Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, also z. B. von Einzelunternehmern, Freiberuflern oder selbstständigen Landwirten. Dazu zählen aber auch Einkommen aus der privaten Wohnungsvermietung und unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum. Empfangene Vermögenseinkommen fallen z. B. aus Zinsen für Geldanlagen und Dividenden an. Zu den geleisteten Vermögenseinkommen gehören insbesondere Zinszahlungen.

Das verfügbare Einkommen ist das Einkommen, das den privaten Haushalten nach Einkommensumverteilung verbleibt und für den Konsum und die Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Es ergibt sich aus dem Pri-

Einkommen nach Umverteilung

¹ In diesem Beitrag wird zur Vereinfachung meist nur der Begriff Selbstständigeneinkommen für dieses Aggregat verwendet.



märeinkommen, indem die von den privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die von ihnen empfangenen laufenden Transfers hinzuaddiert werden.

Zu den geleisteten laufenden Transfers gehören insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) sowie die Sozialbeiträge. Zu den Sozialbeiträgen zählen die tatsächlichen Sozialbeiträge der abhängig Beschäftigten zu den gesetzlichen Sozialversicherungen, aber auch die unterstellten Sozialbeiträge insbesondere für die Beamtinnen und Beamten. Außerdem umfassen die geleisteten Transfers die Nettoprämien für Schadenversicherungen.

Der größte Teil der empfangenen laufenden Transfers sind monetäre Sozialleistungen, insbesondere Geldleistungen der Renten- sowie der anderen Sozialversicherungen.

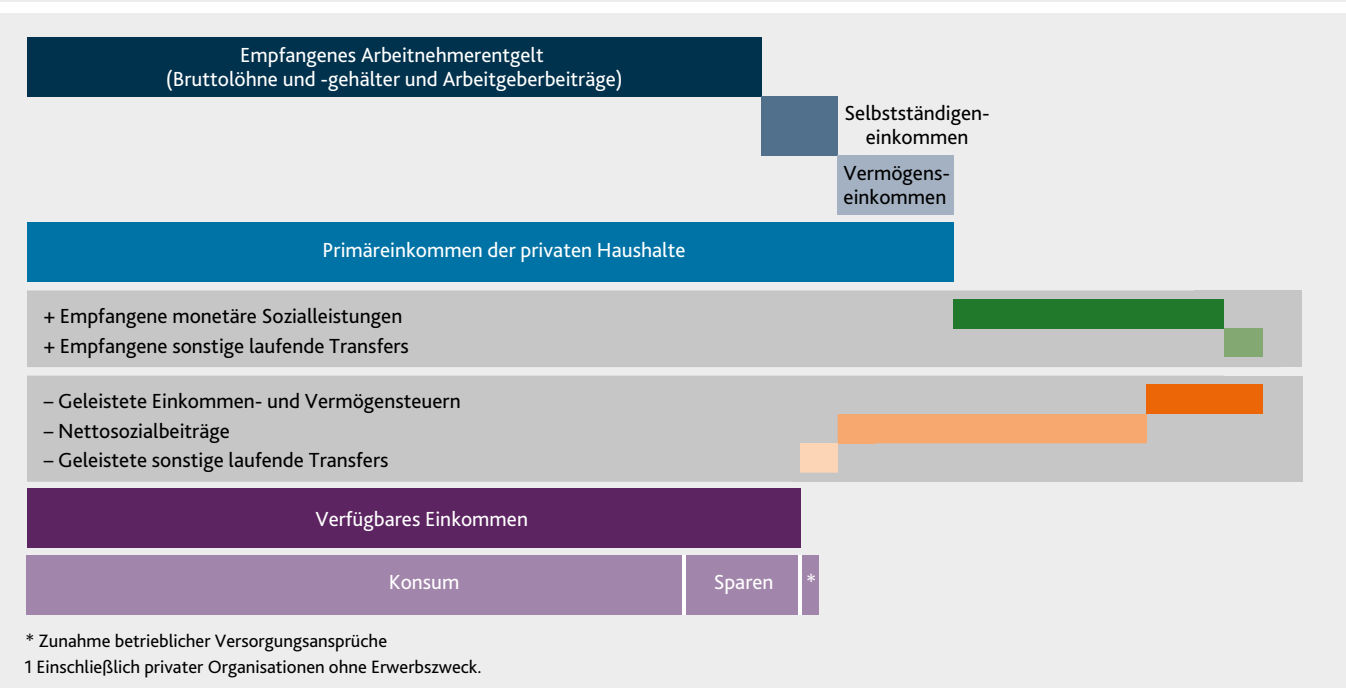
Weiterhin zählen dazu z. B. überwiegend vom Staat gezahlte Geldleistungen wie Wohngeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsofferfürsorge. Neben den Sozialleistungen sind auch die Leistungen aus Schadenversicherungen enthalten.

Das verfügbare Einkommen gilt als Indikator für den materiellen Wohlstand der Bevölkerung. Aufgrund unterschiedlicher regionaler Preisniveaus ist es aber kein Maß für die Kaufkraft in einer Region. Preisbereinigte Ergebnisse zum verfügbaren Einkommen gibt es nicht.

Die Ergebnisse, die in diesem Beitrag dargestellt sind, enthalten neben den Einkommen der privaten Haushalte auch die Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu gehören z. B. Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Vereine. Die Zusammenfassung der Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen

Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten

G1 Schematische Darstellung der Einkommensverteilung der privaten Haushalte¹ 2021





Berechnungsmethodik des primären und des verfügbaren Einkommens

Sowohl das Primäreinkommen als auch das verfügbare Einkommen werden überwiegend nach dem Top-Down-Verfahren berechnet. Dabei werden die Bundeswerte der einzelnen Komponenten anhand geeigneter Schlüsselgrößen auf die Länder verteilt. Aus der Summe bzw. Differenz der so errechneten Komponenten ergeben sich das primäre und das verfügbare Einkommen.

Der größte Teil des Primäreinkommens, das empfangene Arbeitnehmerentgelt, wird als Summe der Arbeitnehmerentgelte der Beschäftigten am Arbeitsort aus der Einkommensentstehungsrechnung und dem Saldo der Pendlereinkommen berechnet. Die übrigen Aggregate des Primäreinkommens werden anhand verschiedener Indikatoren auf die Länder verteilt, die in unterschiedlichem Maße die entsprechenden Aggregate repräsentieren.

Für die Berechnung der geleisteten und empfangenen Transfers wird eine Vielzahl von Quellen und Schlüsselgrößen verwendet. Insbesondere im Bereich der empfangenen Transfers stehen z. B. mit den Daten aus den Sozialversicherungen sehr gute Quellen zur Verfügung.

Das Primär- und das verfügbare Einkommen werden nur in jeweiligen Preisen dargestellt. Eine Preisbereinigung erfolgt nicht, da die Einkommensaggregate nicht in eine Preis- und eine Mengenkomponeute zerlegt werden können und es folglich keinen Preisindex für die relevanten Güterpreise gibt.

Die Berechnungen werden sowohl auf der Länder- als auch auf der Kreisebene durchgeführt.

ohne Erwerbszweck erfolgt aufgrund der engen monetären Verflechtung beider Sektoren. Allerdings haben die privaten Organisationen nur eine relativ geringe ökonomische Bedeutung.²

Langfristige Entwicklung der Einkommen

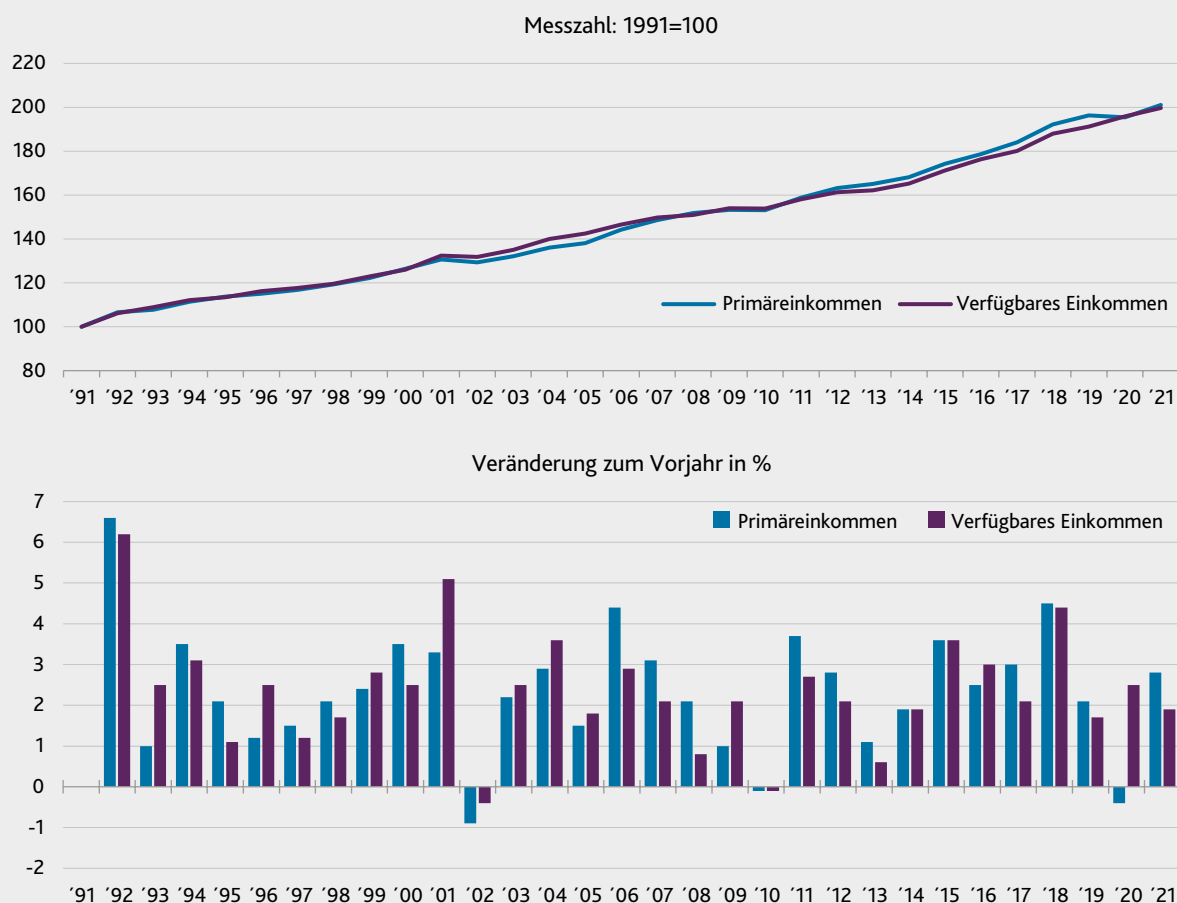
Das Primäreinkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck belief sich 2021 auf 121,4 Milliarden Euro. Das verfügbare Einkommen betrug 100 Milliarden Euro. Damit lag der rheinland-pfälzische Anteil sowohl am deutschen Primär- als auch am deutschen verfügbaren Einkommen bei 4,9 Prozent. Er ist damit höher als der Anteil des rheinland-pfälzischen am deutschen Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (4,4 Prozent).

Gegenüber 1991 hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verdoppelt; damit stieg es in ähnlichem Ausmaß wie in Deutschland und in Westdeutschland ohne Berlin (+102 bzw. +96 Prozent). Die Entwicklung des verfügbaren Einkommens verlief relativ stetig. Konjunkturelle Einflüsse machen sich im verfügbaren Einkommen weniger bemerkbar als im Bruttoinlandsprodukt. Seit 1991 wurde nur in zwei Jahren ein leichter Rückgang des verfügbaren Einkommens verzeichnet: Im Jahr 2002 während der High-Tech-Krise sank es um 0,4 Prozent und 2010 nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise um 0,1 Prozent. Der höchste Zuwachs ergab sich 1992 während des Wiedervereinigungsbooms von dem auch die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz profitierte (+6,2 Prozent).

Privaten Haushalten standen 100 Milliarden Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung

Verfügbares Einkommen hat sich seit 1991 verdoppelt

² Zur Vereinfachung werden in diesem Beitrag meist nur die Begriffe Primär- und verfügbares Einkommen verwendet. Damit sind hier immer die Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck gemeint.

G2 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹ 1991–2021

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Rückgang des Primäreinkommens während der Coronakrise 2020

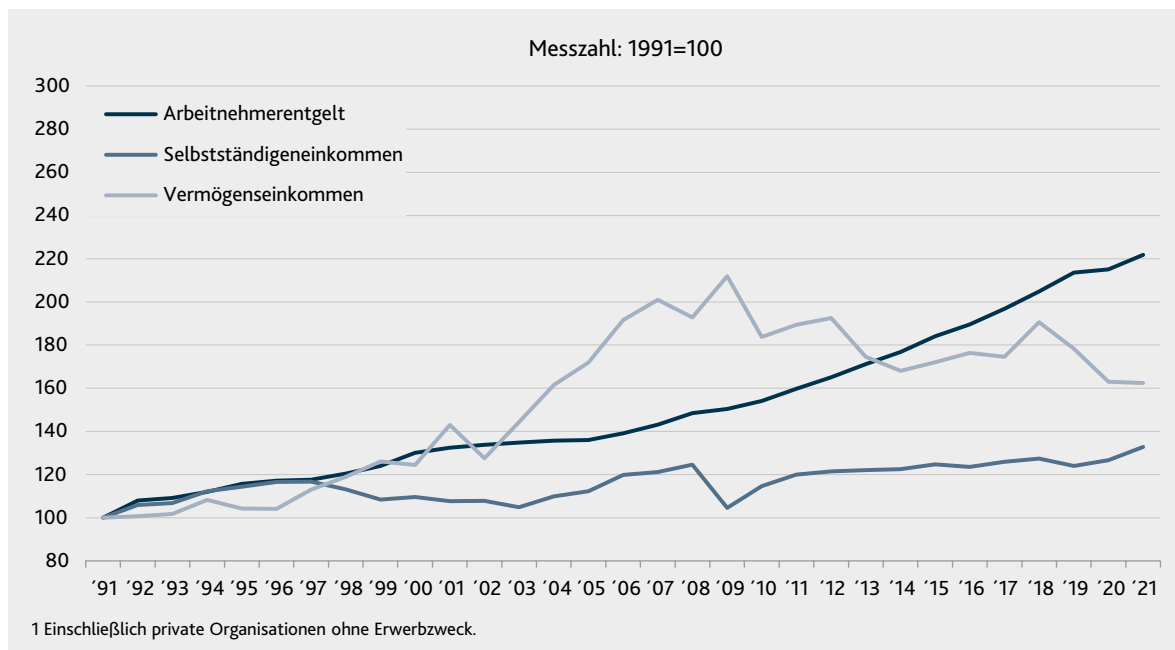
Auch das Primäreinkommen der privaten Haushalte verdoppelte sich im Zeitraum von 1991 bis 2021. Die jährlichen Veränderungsraten schwankten beim Primäreinkommen etwas stärker als beim verfügbaren Einkommen. Der auffälligste Unterschied in der Entwicklung beider Aggregatgrößen zeigte sich 2020: Im ersten Jahr der Coronapandemie sank das Primäreinkommen um 0,4 Prozent, während das verfügbare Einkommen kräftig um 2,5 Prozent stieg. Der Rückgang des Primäreinkommens ist darauf zurückzuführen, dass die Arbeitnehmerentgelte 2020 so schwach stiegen wie selten zuvor

(+0,7 Prozent) und gleichzeitig der Saldo der Vermögenseinkommen kräftig abnahm (–8,5 Prozent). Dass der Rückgang des Primäreinkommens nicht auf die Entwicklung des verfügbaren Einkommens „durchschlug“, ist stark steigenden monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte zu verdanken (+8,2 Prozent). Bedeutsame monetäre Sozialleistungen waren in dieser Zeit z. B. die Zahlungen des Staates an die privaten Haushalte für das Kurzarbeitergeld; sie stiegen 2020 beträchtlich. Auch die Zahlungen für Arbeitslosen- und Kindergeld fielen durch die Sozialschutzpakete und den Kin-

Starke Zunahme der empfangenen monetären Sozialleistungen 2020



G3 Arbeitnehmerentgelt, Selbstständigen- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹ 1991–2021



derbonus deutlich höher aus.³ Ein stärkerer Einbruch der Selbstständigeneinkommen wurde durch staatliche Hilfsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen ebenfalls verhindert.

Entwicklung der Teilaggregate

Arbeitnehmer-
entgelte stiegen
wesentlich
stärker als die
Selbstständigen-
und Vermögens-
einkommen

Die Teilaggregate des Primäreinkommens und des verfügbaren Einkommens entwickelten sich zwischen 1991 und 2021 sehr unterschiedlich. Die von den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern empfangenen Arbeitnehmerentgelte sind in den vergangenen 30 Jahren stetig gestiegen – selbst in Krisenzeiten. Während der High-Tech-Krise stiegen die Arbeitnehmerentgelte 2002 um 1,1 Prozent. In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise legten sie 2009 um 1,3 Prozent zu und in der Coronakrise 2020 um 0,7 Pro-

zent. Einen besonders kräftigen Zuwachs gab es im Wiedervereinigungsboom 1992 mit +8 Prozent. Am aktuellen Rand lag das Plus 2021 bei 3,1 Prozent.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer empfingen 2021 Entgelte in Höhe von 96,2 Milliarden Euro. Sie lagen um 122 Prozent über dem Niveau von 1991. Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex in Deutschland erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 78 Prozent.⁴ Neben dem Anstieg des durchschnittlichen nominalen Entgelts je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer trug auch die steigende Erwerbstätigkeit zu der positiven Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte bei.

Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen entwickelten sich deutlich volatiler und langfristig wesentlich schwächer als die

Selbstständigen-
einkommen stiegen
seit 1991 nur um
ein Drittel

³ Der Anstieg der monetären Sozialleistungen für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe war mit einem Plus von 25 Prozent der zweithöchste nach 1993.

⁴ Für Rheinland-Pfalz liegen Daten zum Verbraucherpreisindex erst ab 1995 vor. Zwischen 1995 und 2021 erhöhte sich der Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz um 52 Prozent und in Deutschland um 55 Prozent.



Arbeitnehmerentgelte. Sie sind stärker an die konjunkturelle Entwicklung gekoppelt.

Die Selbstständigeneinkommen nahmen zwischen 1991 und 2021 nur um 33 Prozent auf 10,8 Milliarden Euro zu. Einen besonders starken Rückgang gab es während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 mit einem Minus von 16 Prozent. Zwar erholten sich die Selbstständigeneinkommen im darauffolgenden Jahr kräftig (+9,6 Prozent), aber das Niveau von 2008 wurde erst 2015 wieder erreicht. In den anderen Jahren schwankten die Veränderungsraten des Selbstständigeneinkommens zwischen -4,2 und +6,6 Prozent. Zu der vergleichsweise schwachen langfristigen Entwicklung der Selbstständigeneinkommen dürfte auch die rückläufige Zahl der Selbstständigen beigetragen haben. Zwischen 1991 und 1997 sank die Zahl der Selbstständigen zunächst, bevor sie bis 2008 auf den Höchstwert von 220 700 Personen stieg. Seitdem nahm die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen kontinuierlich ab und belief sich 2021 nur noch auf 175 800 Personen.

Entwicklung der
Vermögensein-
kommen sehr
volatil

Der Saldo der Vermögenseinkommen stieg zwischen 1991 und 2021 mit +62 Prozent stärker als die Selbstständigeneinkommen, aber nur halb so stark wie die Arbeitnehmerentgelte. Im Jahr 2021 belief sich der Saldo auf insgesamt 14,4 Milliarden Euro. Der Saldo der Vermögenseinkommen ist sehr viel volatiler als das Selbstständigeneinkommen. In manchen Jahren waren bei dieser Einkommensart zweistellige Veränderungsraten zu beobachten, und zwar sowohl positive als auch negative. Der stärkste Anstieg wurde am Ende des High-Tech-Booms 2001 mit +15 Prozent verzeichnet. Dem folgte 2002 ein kräftiger Rückgang um elf Prozent, bevor

die Vermögenseinkommen in den folgenden fünf Jahren wieder deutlich zulegten.

Die höhere Volatilität der Selbstständigen- und der Vermögenseinkommen ist zum einen darauf zurückzuführen, dass diese Einkommen in konjunkturellen Abschwüngen tendenziell sinken, während die Arbeitnehmerentgelte meistens weiter steigen. Zum anderen sind das Selbstständigen- und das Vermögenseinkommen auch deshalb volatiler, weil ihre Niveaus deutlich geringer sind als das Niveau der Arbeitnehmerentgelte und sich somit ähnliche absolute Schwankungen relativ stärker auswirken.

Die unterschiedlichen Entwicklungen spiegeln sich auch in den Anteilen der Teilaggregate am Primäreinkommen wider. Der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte ist von 72 Prozent im Jahr 1991 bis 2021 auf einen Rekordwert von 79 Prozent gestiegen. Am geringsten war der Anteil 2007 mit 69 Prozent. Mitte der 2000er-Jahre stiegen die Vermögenseinkommen stark; ihr Anteil erhöhte sich von 15 Prozent im Jahr 1991 auf 20 Prozent im Jahr 2007 und erreichte 2009 mit gut 20 Prozent seinen Höchststand. Seitdem ist der Anteil der Vermögenseinkommen fast kontinuierlich gesunken und erreichte 2021 mit zwölf Prozent einen Tiefstand. Die Selbstständigeneinkommen hatten 1991 einen Anteil von 14 Prozent am Primäreinkommen. Der Höchststand wurde 1996 mit einem nur geringfügig höheren Wert erzielt. Seitdem war ein fast kontinuierlicher Rückgang zu beobachten; lediglich 2009 sank der Anteilswert kurzzeitig kräftiger. Das Minimum wurde 2019 mit einem Anteil von 8,5 Prozent erreicht. In den beiden Coronajahren 2020 und 2021 nahm der Anteil der Selbstständigeneinkommen zulasten der Vermögenseinkommen wieder leicht zu.

Knapp 80 Prozent
der Einkommen der
privaten Haushalte
stammen aus
Arbeitnehmerent-
gelten



Entwicklung der Transferzahlungen

Niveau der empfangenen Transfers beläuft sich auf etwa ein Drittel der Arbeitnehmerentgelte

Neben den drei Einkommenskomponenten, die das Primäreinkommen bilden, haben die empfangenen und geleisteten Transfers Einfluss auf Höhe und Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte.

Empfangene Transfers erhöhen das Einkommen der privaten Haushalte. Den mit Abstand größten Teil der empfangenen Transfers machen die monetären Sozialleistungen aus. Die empfangenen monetären Sozialleistungen beliefen sich 2021 auf 32,9 Milliarden Euro und damit auf circa ein Drittel des Niveaus der empfangenen Arbeitnehmerentgelte bzw. mehr als die Summe aus den Selbstständigeinkommen und dem Saldo der Vermögenseinkommen. Die empfangenen monetären Sozialleistungen lagen 2021 um 170 Prozent über dem Niveau von 1991 und legten damit wesentlich stärker zu als die Arbeitnehmerentgelte (+122 Prozent). In den meisten Jahren waren moderate Zuwächse zu verzeichnen. Starke Anstiege gab es lediglich Anfang der 1990er-Jahre sowie während der beiden großen Wirtschaftskrisen 2009 und 2020 (jeweils +8,2 Prozent).

Leistungen für Arbeitslosen- und Sozialhilfe schwanken stark

Monetäre Sozialleistungen schwächen die negativen Effekte von Krisen auf die Einkommen der privaten Haushalte ab. Dies zeigt sich insbesondere in den empfangenen Sozialleistungen für das Arbeitslosen- und das Kurzarbeitergeld sowie für die Sozialhilfe. Während des Konjunktureinbruchs nach dem Platzen der Dotcom-Blase 2002 und 2003 stiegen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe kräftig an (+12 bzw. +11 Prozent). Während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erhöhten sich 2009 die Leistungen für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe um 15 Prozent und im ersten Coronajahr 2020 sogar

um 25 Prozent. Neben dem Arbeitslosengeld ist darin das Kurzarbeitergeld enthalten, das in beiden Krisen massiv zunahm und dadurch einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhinderte.

Die Transferzahlungen an die privaten Haushalte aus der Alters- und Hinterbliebenenversorgung fließen stetig und stiegen mit Ausnahme der ersten Hälfte der 1990er-Jahre vergleichsweise moderat. Seit 2014 sind die Zuwachsraten höher als in den 2000er-Jahren. Darin spiegeln sich die Alterung der Gesellschaft, die mit einer steigenden Zahl an Rentenbeziehern einhergeht, und höhere Rentenanpassungen wider. Im Jahr 2021 entfielen gut die Hälfte der empfangenen Transfers auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Die empfangenen sonstigen laufenden Transfers, zu denen vor allem Leistungen aus Nichtlebensversicherungen und die übrigen laufenden Transfers vom Staat gehören, betrugen 2021 rund 6,1 Milliarden Euro und waren somit 182 Prozent höher als 1991.

Geleistete Transfers reduzieren das Einkommen der privaten Haushalte. Im Jahr 2021 summierten sich die geleisteten Transfers auf 60,4 Milliarden Euro; sie waren rund anderthalb Mal höher als die empfangenen Transfers.

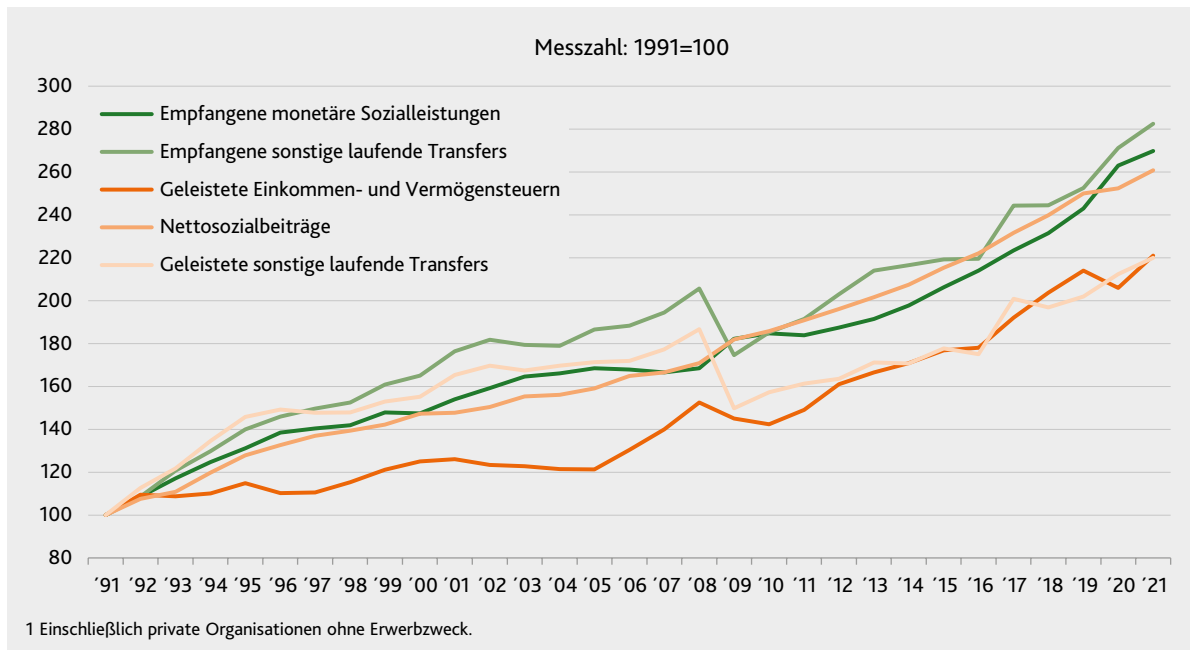
Den größten Teil machen mit knapp zwei Drittel die Nettosozialbeiträge aus. Sie beliefen sich 2021 auf 38,9 Milliarden Euro; das entspricht dem Niveau der gesamten empfangenen Transfers. Gegenüber 1991 nahmen die Nettosozialbeiträge um 161 Prozent zu. Sie stiegen fast genauso stark wie die empfangenen Transfers und deutlich stärker als die empfangenen Arbeitnehmerentgelte. Die Nettosozialbeiträge sind von Jahr zu

Stetige Zunahme der Transfers für Alters- und Hinterbliebenenversorgung

Geleistete Transfers betragen das Anderthalbfache der empfangenen Transfers

Nettosozialbeiträge stiegen stärker als die Arbeitnehmerentgelte

G4 Empfangene und geleistete Transfers der privaten Haushalte¹ 1991–2021



Jahr gestiegen. Außer Anfang der 1990er-Jahre lagen die Veränderungsraten zwischen 0,5 Prozent (2004) und 6,4 Prozent (2009).

Einkommen- und Vermögensteuern weniger als halb so hoch wie die Nettosozialbeiträge

Die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern machten 2021 rund 28 Prozent der geleisteten Transfers aus (16,8 Milliarden Euro). Gegenüber 1991 nahmen sie um 121 Prozent zu. Sie erhöhten sich deutlich weniger als die Nettosozialbeiträge, aber genauso viel wie die empfangenen Arbeitnehmerentgelte. Die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern sind stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig und schwanken daher beträchtlich. Der höchste Zuwachs war 2008 mit neun Prozent zu beobachten. Der stärkste Rückgang wurde im Folgejahr 2009 während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einem Minus von 4,8 Prozent verzeichnet. Auch im ersten Coronajahr 2020 sanken die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern kräftig (–3,8 Prozent). Bereits 2021

legten sie aber wieder deutlich zu (+7,3 Prozent). In den drei Jahren vor der Coronakrise waren ebenfalls starke Zuwächse zu beobachten.

Nur einen Anteil von 7,8 Prozent an den geleisteten Transfers hatten 2021 die geleisteten sonstigen laufenden Transfers (4,7 Milliarden Euro). Sie stiegen gegenüber 1991 um 120 Prozent.

Die überdurchschnittliche Entwicklung sowohl der empfangenen als auch der geleisteten Transfers im Vergleich zum Primäreinkommen und zum verfügbarem Einkommen, zeigt die wachsende Bedeutung der staatlichen Umverteilung.

Staatliche Umverteilung hat zugenommen

Einkommen je Einwohnerin und Einwohner knapp unter Bundesdurchschnitt

Für Ländervergleiche und für den Vergleich mit der Bundesebene müssen Einkommen auf die Einwohnerzahl bezogen werden.



Bevölkerungsstruktur beeinflusst das Einkommen je Einwohnerin und Einwohner

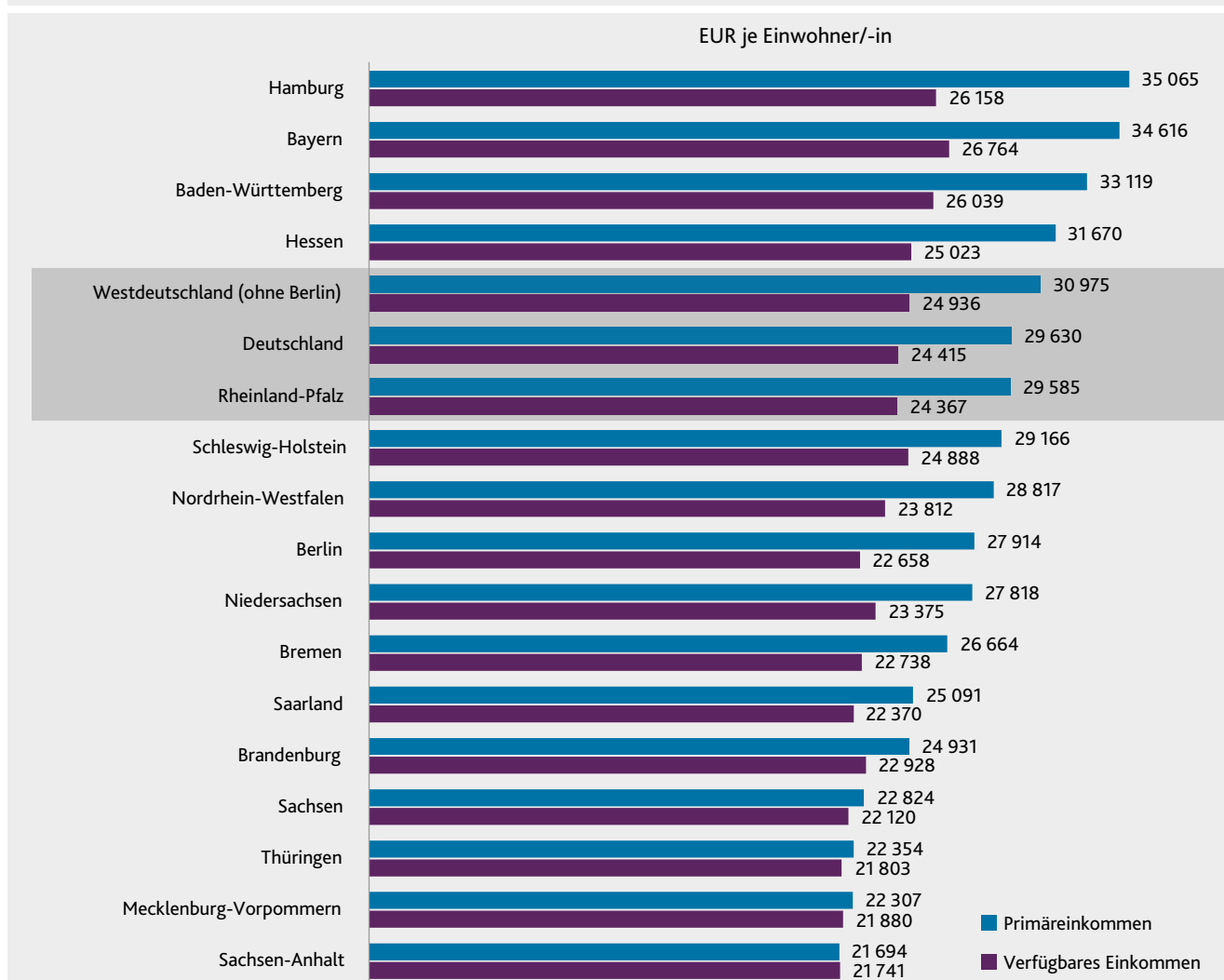
Bei der Interpretation der Pro-Kopf-Größen müssen jedoch strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern beachtet werden. Insbesondere die Altersstruktur der Bevölkerung hat einen Einfluss auf die Ergebnisse. Je höher der Anteil an Kindern und Rentnern im Vergleich zum Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter ist, umso niedriger dürfte tendenziell das Einkommen pro Kopf sein. Zudem ist zu beachten, dass es sich bei den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

ermittelten Einkommensgrößen um gesamtwirtschaftliche Größen handelt, aus denen keine Rückschlüsse auf die individuelle Einkommensverteilung möglich sind.

Im Jahr 2021 betrug das Primäreinkommen je Einwohnerin und Einwohner in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 29 585 Euro. Das waren 45 Euro weniger als in Deutschland und 1390 Euro weniger als in Westdeutschland ohne Berlin. An der Spitze stand Hamburg mit einem primären Pro-Kopf-

Rheinland-Pfalz beim verfügbaren Einkommen pro Kopf im Ländervergleich auf Platz 6

G5 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹ 2021 nach Bundesländern



¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbzweck.

T1 Einkommensumverteilung der privaten Haushalte¹ 2021

Merkmal	Insgesamt				je Einwohner/-in		
	Mill. EUR	Anteil am Primär- einkommen	Veränderung zu		EUR	Veränderung zu	
			2020	1991		2020	1991
			%			%	
Arbeitnehmerentgelt	96 180	79,2	3,1	121,8	23 445	3,0	105,0
+ Betriebsüberschuss,Selbständigeneinkommen	10 824	8,9	4,8	32,8	2 638	4,6	22,8
+ Saldo Vermögenseinkommen	14 367	11,8	-0,4	62,4	3 502	-0,5	50,2
= Primäreinkommen	121 371	100,0	2,8	101,1	29 585	2,7	85,9
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	32 903	27,1	2,6	169,8	8 020	2,5	149,4
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	6 097	5,0	4,2	182,5	1 486	4,0	161,2
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	16 773	13,8	7,3	121,0	4 088	7,2	104,2
- Nettosozialbeiträge	38 937	32,1	3,3	160,8	9 491	3,2	141,1
- Geleistete sonstige laufende Transfers	4 698	3,9	3,6	120,0	1 145	3,4	103,4
= Verfügbares Einkommen	99 963	82,4	1,9	99,7	24 367	1,8	84,6
- Private Konsumausgaben	87 482	72,1	3,7	98,8	21 324	3,6	83,7
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	2 985	2,5	-4,1	223,9	728	-4,2	199,6
= Sparen	15 467	12,7	-8,3	121,9	3 770	-8,4	105,1

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022

Einkommen in Höhe von 35 065 Euro. Am niedrigsten war es in Sachsen-Anhalt mit 21 694 Euro.

Verfügbares Einkommen je Kopf in Bayern am höchsten

Das verfügbare Einkommen je Einwohnerin und Einwohner belief sich in Rheinland-Pfalz 2021 auf 24 367 Euro. Der Abstand zu Deutschland war etwa genauso hoch wie beim Primäreinkommen, zu Westdeutschland ohne Berlin betrug er jedoch nur 569 Euro. Der höchste Pro-Kopf-Wert des verfügbaren Einkommens wurde in Bayern mit 26 764 Euro verzeichnet – dicht gefolgt von Hamburg. Das niedrigste verfügbare Einkommen pro Kopf hatte – wie beim Primäreinkommen – Sachsen-Anhalt mit 21 741 Euro.

Im Ländervergleich lassen sich somit die Umverteilungseffekte gut beobachten: Die Spanne zwischen dem höchsten und niedrigsten Pro-Kopf-Wert ist beim Primäreinkommen fast dreimal so hoch beim verfügbaren Einkommen.

Der Anteil des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin und Einwohner am Primäreinkommen je Einwohnerin und Einwohner betrug in Rheinland-Pfalz 2021 ebenso wie in Deutschland 82 Prozent. In den ostdeutschen Ländern, in denen die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen vergleichsweise gering sind, ist dieser Anteil deutlich höher. Er liegt in allen fünf ostdeutschen Ländern höher als 90 Prozent. In Sachsen-Anhalt war das verfügbare Einkommen je Einwohnerin und Einwohner 2021 sogar geringfügig höher als das Primäreinkommen je Einwohnerin und Einwohner; die empfangenen Transfers waren hier also höher als die geleisteten.

Im Zeitraum von 1991 bis 2021 lagen die rheinland-pfälzischen Primär- und verfügbaren Einkommen je Einwohnerin und Einwohner in fast allen Jahren leicht unter dem Niveau in Westdeutschland ohne Berlin und in der Nähe des Bundesdurchschnitts, wobei

82 Prozent des Primäreinkommens verbleiben den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern für Konsum und Sparen

Primär- und verfügbares Einkommen je Einwohnerin und Einwohner seit 1991 nahezu im Bundesdurchschnitt



dieser in der Mehrzahl der Jahre leicht überschritten wurde. Die empfangenen Arbeitnehmerentgelte pro Kopf waren zwar immer

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt Wirtschaft und Kultur der Stadt Stuttgart als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die in diesem Beitrag dargestellten Jahresergebnisse zum Primär- und verfügbaren Einkommen sind auf den Berechnungsstand August 2022 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt und in der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises Reihe 1 Band 5 veröffentlicht.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.

höher als in Deutschland, die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen sowie die empfangenen Transfers jedoch meistens geringer. Die geleisteten Transfers pro Kopf lagen sowohl Anfang der 1990er-Jahre als auch zwischen 2004 und 2015 über dem Bundesdurchschnitt, was vor allem auf höhere Nettosozialbeiträge zurückzuführen ist. Die pro Kopf geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern waren seit 1993 geringer als in Deutschland. Da die jährlichen Veränderungsraten der Einwohnerzahl relativ gering sind, unterscheidet sich die langfristige Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommensgrößen nicht wesentlich von der Entwicklung der Einkommen insgesamt.

Fazit

Das verfügbare Einkommen hat sich in Rheinland-Pfalz seit 1991 verdoppelt. Dabei sind die Arbeitnehmerentgelte wesentlich kräftiger gestiegen als die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen. Noch stärker nahmen die Komponenten der Einkommensumverteilung zu: Dies gilt vor allem für die empfangenen monetären Sozialleistungen und die geleisteten Nettosozialbeiträge.

Einkommen- und Vermögensteuern pro Kopf unter Bundesdurchschnitt

Dr. Annette Tennstedt leitet das Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	125 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 144
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 807	69 144
	27 027		



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103 ^{1,2}	4 133 ^{1,2}	4 107	4 108	4 134	4 159	4 160	4 162
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	493 ^{1,2}	534 ^{1,2}	503	505	533	566	569	571

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 544	1 703	453	1 172	861	1 747	454	554	1 204
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 221	3 061	2 746	2 703	2 703	2 981	2 674	2 631	2 784
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	7,9	8,6	7,7	8,4	7,6	8,2	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 214	4 495	4 456	4 186	4 707	5 471	4 826	4 186	4 678
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	12,8	13,3	13,4	15,5	13,7	13,1	13,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	5	11	9	14	7	5	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	1,8	4,1	3,3	4,7	2,6	1,9	3,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-1 710	-1 483	-2 004	-2 490	-2 152	-1 555	-1 894
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-4,9	-4,7	-5,7	-7,0	-6,1	-4,9	5,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	10 996	11 470	37 284	11 096	13 396	11 930	13 083
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	5 604	6 665	31 867	5 973	7 897	7 083	7 418
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	8 870	8 644	9 473	10 156	9 815	9 225	10 190
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	3 772	3 906	4 150	5 351	4 662	4 520	4 941
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	2 126	2 826	27 811	940	3 581	2 705	2 893
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 300	14 277	12 317	12 042	13 319	13 911	14 978	13 570	14 426

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2019	2020	2021			2022		
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 435	1 429	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480	1 500
* Frauen	1 000	667	667	677	689	689	689	691	700

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2019	2020	2021			2022			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	190	195	193	200	208	214	208
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	434	439	442	444	448	450	449
* darunter Frauen	1 000	342	343	350	354	356	357	360	361	361
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	15	15	12	14	16	17	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	436	443	439	440	440	446	441
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	319	326	325	323	326	330	328
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	225	223	233	237	236	238	239	242	240
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	450	457	460	459	458	463	464

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Arbeitslose	Anzahl	112 137	102 515	95 369	100 370	106 231	109 045	107 573	108 405	110 213
* Frauen	Anzahl	50 284	47 178	42 719	46 746	50 678	49 686	49 113	49 549	50 849
Männer	Anzahl	61 853	55 337	52 649	53 623	55 552	59 359	58 460	58 856	59 364
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	48 647	40 333	38 516	38 334	39 818	42 107	41 155	41 465	42 978
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	63 490	62 182	56 853	62 036	66 413	66 938	66 418	66 940	67 235
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,0	4,6	4,2	4,5	4,7	4,9	4,8	4,8	4,9
* Frauen	%	4,7	4,5	4,0	4,4	4,8	4,7	4,6	4,6	4,8
* Männer	%	5,2	4,6	4,4	4,5	4,7	5,0	4,9	4,9	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,3	3,8	3,3	3,6	4,2	4,2	4,0	4,0	4,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,3	2,6	3,0	3,8	3,6	3,3	3,2	3,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,5	4,4	4,5	4,6	4,7	4,6	4,7	4,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,5	5,1	4,9	5,0	5,1	5,2	5,1	5,2	5,2
* Ausländer/-innen ⁹	%	12,1	11,9	9,9	11,7	13,2	13,6	12,6	12,6	12,8
Deutsche	%	4,0	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6	3,6	3,6	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	66 290	14 748	11 078	7 994	3 161
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	37 337	45 781	46 667	46 896	47 713	43 200	43 049	42 598	42 129

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹²		Einheit	2021	2022			2023			
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	208 203	205 800	204 709	234 355	235 461	234 978	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	103 554	102 437	101 951	120 421	120 781	120 347	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	139 561	137 922	136 992	156 138	157 127	156 900	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	55 985	55 358	55 140	65 188	65 511	65 415	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	54 172	53 567	53 348	63 456	63 745	63 667	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	628	536	625	534	609	289	327	292	285
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	512	467	516	234	263	251	225
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	3	3	-	2	2	4	-
Unternehmen	Anzahl	66	75	78	60	81	38	55	34	38
private Haushalte	Anzahl	558	459	544	471	528	249	270	254	247
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	1 764	1 263	1 370	924	899	968	1 200
* Umbauter Raum	1 000 m ³	822	728	965	711	868	459	524	457	663
* Wohnfläche	1 000 m ²	154	137	182	134	158	87	98	80	117
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	6 966	5 277	6 128	3 531	3 770	3 280	4 275
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	305	305	406	285	368	198	225	223	300

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	121	130	138	117	140	99	88	119	143
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	10	13	11	8	12	10	18
Unternehmen	Anzahl	76	69	80	68	83	49	43	64	75
private Haushalte	Anzahl	32	47	48	36	46	42	33	45	50
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	13	124	8	24	9	12	35
* Umbauter Raum	1 000 m ³	846	862	1 194	746	864	709	354	783	600
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	181	126	969	139	84	55	96	82
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	127	152	139	103	121	98	70	121	132

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	2 042	1 565	1 570	1 138	1 121	1 318	1 397
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	8 044	6 202	7 145	4 342	4 655	4 507	5 179



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 053	10 436	11 638	9 636	9 808	9 586	11 683	9 774	10 033
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 450	1 237	1 042	1 084	1 661	1 037	1 082
darunter										
* Kälber	t	7	6	6	8	5	4	8	5	4
* Jungrinder	t	9	8	11	12	3	3	7	6	5
* Schweine	t	9 640	9 164	10 158	8 355	8 734	8 480	9 982	8 696	8 921
* Eierzeugung ²	1 000	21 737	22 974	23 426	22 717	23 083	20 812	22 795	20 568	19 702

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 025	1 027	1 026	1 012	1 023	1 022	1 021
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 993	258 732	257 344	257 686	257 906	261 050	261 412	261 083	260 712
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	35 291	30 684	32 937	32 027	35 653	29 906	31 666
* Entgelte	Mill. EUR	1 157	1 248	1 160	1 260	1 600	1 192	1 224	1 307	1 563
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 263	9 646	10 602	9 469	9 918	8 929	10 420	8 188	8 929
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 549	5 531	6 240	5 586	6 011	5 084	5 631	4 534	4 768
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 276	2 398	2 484	2 207	2 357	2 464	3 118	2 347	2 635
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	101	123	95	103	90	124	92	107
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 352	1 615	1 755	1 580	1 447	1 291	1 548	1 216	1 418
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 543	3 041	3 449	3 161	3 358	2 729	2 923	2 303	2 392
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 106	1 076	1 088	899	965	1 085	1 468	977	1 169
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 658	5 297	5 750	5 155	5 534	5 082	5 771	4 628	4 979
Exportquote ⁶	%	56,4	54,9	54,2	54,4	55,8	56,9	55,4	56,5	55,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	140,6	115,0	106,7	100,7	93,5	73,7	86,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	139,7	108,3	114,9	87,9	91,2	76,1	80,4
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	152,8	106,4	92,9	116,4	90,7	70,6	94,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	195,4	259,0	261,9	274,4	251,2	229,2	246,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	94,3	162,7	113,6	80,2	101,6	64,0	69,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	142,4	102,7	114,9	77,1	80,8	68,4	69,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	171,4	118,4	94,9	137,9	75,5	59,3	94,0

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	170	171	171	171	171	171	171	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 083	10 229	10 136	10 124	10 142	10 270	10 284	10 298	10 319
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 246	1 245	1 375	1 155	1 282	1 242	1 408	1 166	1 251
* Entgelte ³	Mill. EUR	49	51	46	53	53	46	49	55	59
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	311	302	397	299	279	309	302	227	187
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	296	286	372	283	265	295	287	213	172

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 163	24 349	24 425	24 017	24 436	24 723	24 725
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 655	2 420	2 671	2 074	2 536	2 363	2 603
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	491	456	497	397	452	402	444
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	831	815	902	804	888	772	941	832	934
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	1 263	1 160	1 286	905	1 143	1 129	1 225
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	668	638	707	456	597	608	679
* Entgelte	Mill. EUR	85	91	85	89	94	80	88	92	100

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Mill. EUR	363	397	379	363	407	278	415	362	424
Mill. EUR	68	82	83	83	84	63	108	64	83
Mill. EUR	135	140	139	125	140	110	151	137	151
Mill. EUR	160	176	157	155	183	105	155	160	190
Mill. EUR	83	93	77	81	100	52	80	81	102

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Anzahl	485	497	484	480	499	499	496	495	525
Anzahl	18 926	19 764	19 137	18 985	19 750	19 555	20 000	19 751	20 247
1 000 h	5 610	5 687	5 652	5 571	5 745	5 611	5 754	5 637	6 080
Mill. EUR	170	184	168	184	171	181	184	198	187
Mill. EUR	588	662	609	747	506	637	653	853	595

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
2015=100	103,2	105,5	104,0	104,0	104,0	105,8	105,7	105,9	105,9
2015=100	117,7	138,1	143,3	134,3	139,0	129,5	154,7	136,7	139,4
2015=100	107,8	112,0	117,0	109,4	111,9	103,4	123,1	109,3	110,3

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	106,2	108,3	107,2	107,3	107,5	108,4	108,5	108,2	108,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	117,2	129,9	136,4	133,6	134,6	115,0	138,5	131,4	138,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	108,8	110,4	120,2	116,2	115,2	93,0	111,1	105,0	110,7

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1, 2}**

Hoch. Handel

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2015=100	106,1	105,7	105,1	105,2	104,7	105,2	105,5	105,5	105,4
* Umsatz nominal ³	2015=100	120,6	128,0	139,5	113,3	130,4	120,3	157,1	127,5	144,8
* Umsatz real ³	2015=100	109,8	107,5	120,0	96,8	110,5	95,6	124,0	100,0	112,9

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	80,4	91,7	84,1	87,6	89,4	92,6	95,3	98,3	99,7
* Umsatz nominal ³	2015=100	75,7	112,7	99,6	115,8	135,7	90,2	105,0	114,1	125,6
* Umsatz real ³	2015=100	65,2	90,9	83,2	95,8	110,9	69,0	79,9	86,3	94,5

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	408	659	410	666	843	368	521	732	928
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	55	112	146	63	73	130	166
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	1 075	1 761	2 142	935	1 267	1 901	2 388
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	156	315	423	170	200	355	464

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 517	1 663	1 186	1 440	1 541	1 476	1 203	1 459	1 477
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	705	1 029	1 000	907	807	933	966
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	8	13	10	6	13	6	3
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	6	4	3	3	5	3	1
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	-	4	3	-	1	-	2
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	2	1	1	1	1	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	3	1	2	3	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	890	1 310	1 233	1 163	1 030	1 195	1 284

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	136	232	211	152	142	167	205
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	73	104	73	85	82	93	87
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	57	55	13	51	65	13	10	15	53
Radfahrer	Anzahl	46	52	21	40	50	20	17	35	39
Fußgänger	Anzahl	20	19	16	22	17	26	19	16	16

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	13 347	9 710	11 146	9 732	14 107	10 143	12 106
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	1 478	1 231	1 327	776	1 739	1 299	1 391
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	8 680	8 992	10 127	7 210	8 546	7 663	10 539	7 506	9 123
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	1 073	833	744	889	1 215	775	1 014
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	581	397	456	347	496	471	443

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	55 209	56 046	61 922	58 585	71 740	60 536	60 859
Personenkilometer ³	Mill.	546	626	577	595	625	644	615	620	657

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Güterempfang	1 000 t	1 001	960	1 069	984	1 053	1 002	835	1 011	981
* Güterversand	1 000 t	823	695	789	792	760	682	617	850	704

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 558	5 070	4 926	5 625	4 998	5 173	5 184	5 693	4 821
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	341	378	346	358	343	433	381	419	414
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 183	4 639	4 532	5 214	4 604	4 645	4 697	5 127	4 256

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2021	2022			2023				
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	32	38	29	47	38	34	29	33	28
*	Halbwaren	Mill. EUR	172	206	203	206	243	172	181	182	166
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 979	4 396	4 300	4 960	4 324	4 439	4 487	4 912	4 062
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 126	1 318	1 353	1 468	1 402	1 246	1 153	1 303	1 089
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 853	3 078	2 947	3 493	2 922	3 192	3 334	3 609	2 973
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 159	3 455	3 413	3 877	3 459	3 470	3 509	3 808	3 405
darunter in/nach											
	EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 559	2 896	2 835	3 248	2 928	2 932	2 980	3 165	2 907
	Belgien	Mill. EUR	241	273	316	341	314	252	245	270	227
	Luxemburg	Mill. EUR	55	57	58	69	61	50	56	57	54
	Dänemark	Mill. EUR	50	56	53	62	55	71	57	70	51
	Finnland	Mill. EUR	32	37	26	41	36	34	29	52	39
	Frankreich	Mill. EUR	437	504	502	584	495	527	521	565	514
	Griechenland	Mill. EUR	79	97	29	77	66	76	51	50	91
	Irland	Mill. EUR	27	30	19	27	24	26	28	38	27
	Italien	Mill. EUR	271	311	327	358	314	319	331	341	291
	Niederlande	Mill. EUR	275	334	336	335	327	361	360	321	416
	Österreich	Mill. EUR	193	204	203	222	220	199	188	212	193
	Schweden	Mill. EUR	71	79	70	87	84	87	86	95	77
	Spanien	Mill. EUR	195	221	221	253	229	230	250	268	228
	Portugal	Mill. EUR	39	33	28	33	28	47	43	48	42
	Großbritannien	Mill. EUR	194	217	202	244	205	219	207	236	185
*	Afrika	Mill. EUR	105	138	130	146	123	131	147	162	118
*	Amerika	Mill. EUR	608	761	699	808	752	815	761	874	626
	darunter nach USA	Mill. EUR	407	518	507	548	516	563	503	622	416
*	Asien	Mill. EUR	631	655	633	730	610	692	712	787	612
	darunter nach China	Mill. EUR	198	181	193	227	188	165	171	194	161
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	54	60	51	64	53	65	53	62	59

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 517	4 029	3 914	4 273	3 944	3 691	4 009	4 114	3 896
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	333	399	398	411	344	340	504	361	464
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 021	3 460	3 379	3 716	3 432	3 154	3 233	3 404	3 089
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	51	45	50	55	35	46	37	32
* Halbwaren	Mill. EUR	243	353	378	399	353	323	310	340	353
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 737	3 056	2 956	3 266	3 025	2 797	2 877	3 027	2 703

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2021	2022			2023				
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	641	786	816	838	809	689	684	704	690
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 096	2 270	2 140	2 429	2 216	2 108	2 193	2 323	2 013
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 492	2 785	2 713	2 953	2 875	2 437	2 889	2 983	2 712
darunter aus											
	EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 148	2 438	2 339	2 548	2 547	2 105	2 537	2 570	2 404
	Belgien	Mill. EUR	251	329	302	343	359	269	363	312	322
	Luxemburg	Mill. EUR	44	54	40	59	56	52	67	60	60
	Dänemark	Mill. EUR	47	40	51	42	36	22	53	43	33
	Finnland	Mill. EUR	13	17	16	19	13	18	17	17	15
	Frankreich	Mill. EUR	310	350	363	376	360	321	347	380	348
	Griechenland	Mill. EUR	20	25	10	30	12	22	42	41	23
	Irland	Mill. EUR	62	48	65	60	102	25	21	29	18
	Italien	Mill. EUR	248	256	273	281	267	191	269	286	267
	Niederlande	Mill. EUR	262	329	307	306	342	270	316	343	298
	Österreich	Mill. EUR	157	159	138	161	168	134	137	137	128
	Schweden	Mill. EUR	34	30	29	34	31	32	32	38	38
	Spanien	Mill. EUR	166	170	153	156	159	163	182	177	184
	Portugal	Mill. EUR	28	36	30	42	37	34	34	38	36
	Großbritannien	Mill. EUR	74	72	84	101	60	66	67	87	61
*	Afrika	Mill. EUR	58	93	119	119	100	83	46	74	80
*	Amerika	Mill. EUR	291	352	362	355	271	377	303	320	430
	darunter aus USA	Mill. EUR	220	268	299	235	202	302	242	243	375
*	Asien	Mill. EUR	667	787	705	834	689	778	757	724	661
	darunter aus China	Mill. EUR	344	417	376	421	364	420	362	334	316
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	9	13	10	7	13	9	7	7

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	3 101	2 418	2 423	2 950	3 592	2 418	2 878
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	512	444	444	346	452	361	372
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	2 031	1 520	1 556	2 077	2 538	1 686	2 033
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	2 538	1 974	1 926	2 538	2 992	1 911	2 247
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	397	259	307	295	409	210	299
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 597	1 301	1 240	1 733	2 020	1 340	1 523

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	452	397	464	388	420	365	489	359	475
davon										
* Unternehmen	Anzahl	42	50	61	44	55	67	56	48	60
* Verbraucher	Anzahl	294	244	291	229	255	200	318	212	272
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	87	96	99	79	104	88	117
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	17	25	19	11	19	11	11	26
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	81	89	68	57	149	57	57	62	163

Handwerk²

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	98,6	98,0	99,7	98,4	97,8	97,4	98,9	97,3	96,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	101,2	110,3	104,3	117,9	93,9	107,8	114,4	124,7	101,5

Preise

Preise	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	103,0	109,8	109,4	109,3	109,9	116,1	116,1	116,3	116,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	100,7	102,8	103,0	103,0	103,1	104,2	104,4	104,3	104,4

Verdienste⁷**Monatlicher
Nominallohnindex⁸**

Monatlicher Nominallohnindex ⁸	Einheit	2021	2022				2023			
		Juni	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Monatlicher Nominallohnindex ⁸	2022=100	.	98,0	99,0	106,9	99,0	99,2	104,0	109,6	108,6

**Vierteljährlicher
Nominallohnindex^{8,9}**

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	2022=100	96	100	92	106	93	100	93	115	96
* Frauen	2022=100	96	(100)	92	108	(92,8)	(97,5)	(93,7)	(116,1)	97
* Männer	2022=100	96	(100)	92	105	(92,4)	(101,2)	(92,8)	(113,6)	96
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	.	(100)	.	.	(96,6)	(96,5)	(97,3)	(109,5)	101
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	97	(100)	92	108	(92,3)	(106,3)	(92,6)	(108,8)	96
* Dienstleistungsbereich	2022=100	95	(100)	92	105	(92,6)	(96,6)	(93,3)	(117,4)	96

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

**Geld und Kredit¹**

Geld und Kredit ¹	Einheit	2020	2021		2022				2023	
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	127 152	127 965	130 771	133 534	148 827	154 395	155 394
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 822	7 268	8 279	8 960	11 093	10 931	11 226
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 487	7 165	7 282	7 289	10 187	11 795	12 038
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	111 843	113 532	115 210	117 285	127 547	131 669	132 130
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	124 234	125 171	127 715	130 486	142 886	146 110	146 973
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	116 732	117 688	120 128	122 766	134 918	138 126	138 763
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 502	7 483	7 587	7 720	7 968	7 984	8 210
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 918	2 794	3 056	3 048	5 941	8 285	8 421
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	129 485	136 413	137 653	138 529	139 990	140 220	141 975	143 161	140 024
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	96 046	96 165	97 267	97 619	99 498	99 480	94 385
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	14 917	15 662	16 062	16 211	16 332	17 768	20 061
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 458	1 410	1 422	1 438	1 582	1 952	3 110
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 232	25 292	25 239	24 952	24 563	23 961	22 468
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	135 790	136 322	137 789	137 907	139 614	141 025	137 953
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	123 943	130 373	131 459	131 609	133 238	133 312	135 023	136 426	133 505
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	4 331	4 713	4 551	4 595	4 591	4 599	4 448
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	1 863	2 207	2 201	2 313	2 361	2 136	2 071

Steuern

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftssteuern	Mill. EUR	5 354	6 516	5 273	2 824	11 528	9 876	4 910	6 063	6 129
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 820	1 730	954	1 625	3 011	2 409	877	1 158	2 363
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 023	1 067	841	1 585	1 044	789	870	1 373	1 049
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	200	209	-	642	-	-	-	502	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	268	271	46	-23	714	753	-28	-38	669
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	220	146	32	55	477	61	24	62	306

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	27	7	96	-3	3	7	72	-4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	23	21	-	91	-	-	-	67	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	277	219	27	-89	779	804	5	-311	343
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-72	-	-102	-	-	-	-99	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 534	4 785	4 320	1 199	8 518	7 466	4 033	4 905	3 766
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	493	566	559	527	-310	430	754	149
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 955	4 292	3 754	640	7 991	7 776	3 603	4 151	3 617

Zölle

Mill. EUR	254	327	329	285	310	260	253	237	265
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	49	47	28	21	79	96	23	18	57
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	2	3	8	1	-13	11	8	10	-9
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	43	20	20	92	85	15	8	66

Landessteuern

Landessteuern	Mill. EUR	110	123	96	103	151	128	91	89	171
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	40	26	28	27	36	30	36	102
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	64	56	50	54	55	48	42	37	36
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	16	22	15	14	64	31	15	14	27
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	3	2	3	2	12	2	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	3	2	2	0	5

Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	955	...	866	1 570	1 545	1 047	1 072	1 067	...
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	...	6	4	5	5	6	4	...
Grundsteuer B	Mill. EUR	151	...	162	140	151	162	181	152	...
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	785	...	682	1 407	1 369	859	861	888	...
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	14	...	16	19	21	21	25	23	...

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.



noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

verbände	Mill. EUR	1 475	...	1 334	2 668	1 544	1 545	1 606	2 013	...
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	730	...	633	1 299	1 295	718	775	721	...
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	484	...	430	1 007	72	554	540	940	...
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	91	...	87	199	1	84	80	173	...

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 386	1 343	1 255	1 143	2 003	1 284	1 109	920	2 189
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	96	103	151	128	91	89	171
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	725	674	327	555	1 293	996	281	353	959
Lohnsteuer	Mill. EUR	348	366	278	542	363	243	276	449	353
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	114	115	19	-10	304	320	-12	-16	284
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	110	72	14	25	239	30	11	44	152
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	12	3	42	-1	1	3	32	-2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	139	110	14	-45	389	402	2	-156	172
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	541	524	777	458	559	160	691	478	1 055
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	287	359	354	482	169	242	424	839
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	167	237	418	104	77	-9	449	53	216
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	39	19	-	0	33	0	3
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	7	16	8	-	0	14	0	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 631	3 262	2 655	1 261	5 855	5 162	2 512	2 998	3 084
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	28	21	79	96	23	18	57
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	811	762	409	689	1 373	1 088	374	474	1 052
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 764	2 437	2 178	532	4 403	3 978	2 082	2 507	1 972
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	39	19	-	0	33	0	3

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



Neuerscheinungen im Juli 2023

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2022 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2022)

Kennziffer: B3023 202222

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2022

Kennziffer: C3073 202321

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2023

Kennziffer: D1023 202305

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2023 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 202305

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Mai 2023

Kennziffer: E1033 202205

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2023

Kennziffer: E1113 202305

Bauhauptgewerbe im Mai 2023 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 202305

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im April 2023

Kennziffer: E4023 202304

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 1. Vierteljahr 2023

Kennziffer: E5023 202341

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2023

Kennziffer: F2033 202305

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2022

Kennziffer: F2073 202200

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich April 2023

Kennziffer: G1073 202304

Aus- und Einfuhr im Mai 2023

Kennziffer: G3023 2022305

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2023

Kennziffer: G4023 202305

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2023

Kennziffer: H1023 202304

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 1. Vierteljahr 2023

Kennziffer: H1073 202341

Binnenschifffahrt im April 2023

Kennziffer: H2023 202304

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Die steuerpflichtigen Einkünfte der Personengesellschaften und Gemeinschaften 2018

Kennziffer: L4073 201800

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2022 – Reihe 1, Band 1
(Berechnungsstand: Mai 2023)
Kennziffer: A6215 202200

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 1. Vierteljahr 2023 – Reihe 1
Länderergebnisse, Band 3
(Berechnungsstand: Mai 2023)
Kennziffer: A6235 202341

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2021 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
(Berechnungsstand: August 2022)
Kennziffer: P1315 202200

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2021 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
(Berechnungsstand: August 2022)
Kennziffer: P1325 202200

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juli 2023
Kennziffer: Z2201 203207

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © gopixa – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte